DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

254 22. JAHRGANG November 2005 4,50

LINKE IM AUFWIND ODER EGAL? STAATSMACHT UND / ODER APO?

Hilfe die Linkspartei (?/!) ist da

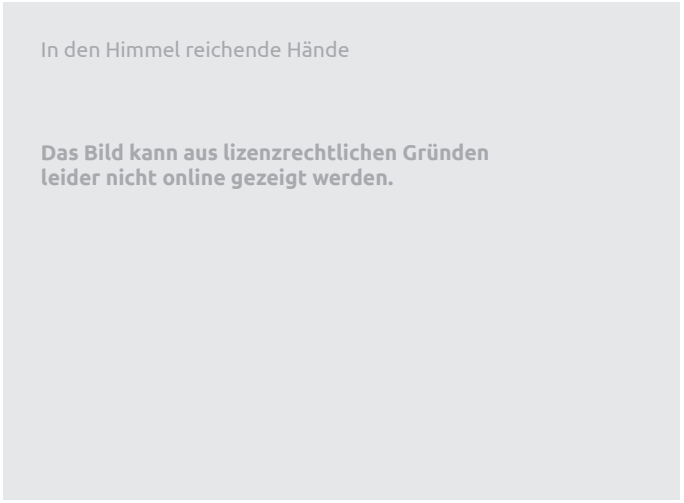
Sieben Jahre Rot-Grün haben das System unseres Sozialstaats grundlegend umgewälzt. Die Pflege des Erbes der Ära Kohl wurde angereichert mit ganz neuen, ganz innovativen, furchtbar mutigen Reformen. Schön frei und flexibel ist es jetzt hier, Deutschland kann weltweit Kriege führen, die Bosse dürfen nach Belieben heuern und feuern, die Löhne befinden sich ganz entspannt im freien Fall, und das Unternehmertum blüht in unzähligen Ich-AGs.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● In den Kollektiven der letzten 30 Jahre wurde die heutige Erwerbsarbeitsrealität oft schon gelebt: mobil, flexibel, eigenverantwortlich und engagiert arbeiteten wir mit hohem Einsatz für Niedriglöhne. Aus der Kritik an entfremdeten Ausbeutungsverhältnissen und einem entmündigenden und repressiven Staat entstanden vielfältige selbstorganisierte Projekte und Bewegungen für ein »Leben ohne Chef und Staat«. An die Stelle herkömmlicher Organisierung in Parteien und Gewerkschaften trat die »Politik der ersten Person« mit unterschiedlichsten Formen persönlich-politischer Selbstverwirklichung, fantasievollen Spontiaktionen, autonomen Hausbesetzungen....

Heute müssen wir mehr oder weniger hilflos zusehen, wie Staats- und Gewerkschaftshetze als medial hochglanzpolierte Begleitmusik zur Abschaffung von Sozialstaat, Tarifverträgen und staatlichen Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen. Die Freiheit von der wir träumten, fällt uns als Deregulierung auf die Füße, Engagement und Eigenverantwortung sollen wir jetzt in Billigjobs zeigen – die Ideale von einst zeigen als Wiedergänger eine schaurige Fratze. Wer hat die Definitionshoheit in diesem Land?

Am Wahlwochenende zitierte Tom Schimmek in der *tageszeitung* (taz) unter dem Titel 'Arschlochalarm!' den 33jährigen Daniel Dettling von 'berlinpolis': »'Unsere Vorgängergeneration hat die APO gemacht, wir machen Denkfabriken', sagt der Direktor der 'Denkfabrik der nächsten Generation'. Er will eine 'konstruktive APO' machen, träumt von neuen 'Handlungs-Eliten'. Das 'enge Korsett der Siebziger und Achtziger', findet Dettling, war irgendwie 'miefig', 'ohne Vision von sich selbst'. Passt so gar nicht zum 'radikal beschleunigten Wandel' der Gesellschaft. 'Wir haben uns im selben Jahr wie Attac gegründet.'«

Seine Kunden sind Konzerne, Unternehmensverbände und die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSM), die als Vorhut des Neuen Denkens von Arbeitgeberverbänden – allen voran Gesamtmetall – und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln getragen wird, und selbst von der *Zeit* als »Lautsprecher des Kapitals« bezeichnet wird. Unter www.chancen-fuer-alle.de öffnen sie den Giftschrank ihrer Reformvorschläge. Für die passende Stimmung sorgen die Cocktails am INSM-eigenen Bundespressestrand und die Gute-Laune-Kampagne, in der sich unter Führung der Bertelsmann-Stiftung die ganze Bandbreite der Gehirnwäsche-Industrie zusammen gefunden hat, denn: »Du bist Deutschland«.



Diese Kultur der großen Koalition hat nun ihr politisches Pendant gefunden. Ist damit der Rollback perfekt? Werden Begriffe wie »sozial«, »Gerechtigkeit« oder »Solidarität« jetzt endgültig ersetzt durch »neu«, »Chancengleichheit« oder »Eigenverantwortung«? Werden zukünftig Städte wie Unternehmen geführt, z.B. per Managementauftrag an Bertelsmann (wie durch seine Tochterfirma Arvato AG im britischen East Riding of Yorkshire)? Wird das globale Kapital sich nach und nach alle Infrastrukturen einverleiben und immer größere Bevölkerungsteile der Armut und Ausgrenzung preisgeben?

Oder gibt es endlich klare Verhältnisse, wenn nicht mehr »wir« regieren, und hat »die« Linke dadurch jetzt die historische Chance, sich selbst zu definieren und quer durch viele Schichten der Bevölkerung für eine breite soziale Protestbewegung zu mobilisieren? Brauchen soziale Bewegungen einen parlamentarischen Arm, und welche Einflussmöglichkeiten haben sie, um gemeinsam mit diesem etwas zu bewegen? Die Vernunftpartnerschaft von PDS und WASG nehmen wir als Anlass, über Strategien zur Umsetzung politischer Forderungen von unten zu diskutieren, vor allem unter der Fragestellung, welchen Stellenwert selbstorganisierte Strukturen und Unternehmungen darin haben.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 9

SCHWERPUNKTTHEMA

Soziale und kulturelle Linke
»Eine andere Welt ist möglich«:
Frommer Wunsch oder realistische Option? Seite 7

Das »Gute Leben« für alle:
Strategische Optionen für die Linkspartei
Privatisierung:
Anatomie einer profitablen Täuschung Seite 8

»Motor einer Wende«:
Think Big!
Kooperativen und linke Visionen
Notwendige Debatte:
Endlich Grundsatz- und Strategiedebatte führen! Seite 9

AUS DEM INHALT:

THE INDYPENDENT

Zwanzigmal im Jahr gibt es »The Indypendent«, eine linke Zeitung, die kostenlos in New York City verteilt wird. Die Inhalte und Diskussionen sind denen in der deutschen linken Zeitungslandschaft nicht unähnlich. Seite 3

MEDIEN

In unserer letzten Ausgabe stellten wir den vor zehn Jahren verstorbenen Versandbuchhändler Josef Wintjes vor. Fortgesetzt wird der Bericht in dieser Ausgabe mit Berichten seiner Weggefährten Werner Pieper, Peter Salomon, Herbert Friedrich Witzel, Ingrid und Reinhard Harbaum über ihre Verbindungen und Erlebnisse mit Josef Wintjes. Seite 4/5

NEW WORK

»New Work« heißt das Konzept, mit dem Frithjof Bergmann der Krise der Arbeitsgesellschaft beikommen will. Weltweit stoßen Bergmanns Ideen auf große Resonanz, die ihren Niederschlag auch in praktischen Projekten gefunden hat. Franz Nahrada hat Bergmanns Konzept von »Neuer Arbeit« mit Andreas Exner erörtert, um das Verhältnis von New Work zur Wert- und Arbeitskritik zu klären und die Chancen, damit Wege aus dem Kapitalismus zu eröffnen, auszuloten. Seite 6

STATTBAU HAMBURG

1985 wurde die STATTBAU HAMBURG gegründet. Die Zeiten waren damals aufregend. Die Sanierung der innerstädtischen Wohngebiete Hamburgs war eines der zentralen politischen Themen in der Hansestadt. Jeder drohende Abriss eines Mehrfamilienhauses beschäftigte monatelang die Öffentlichkeit. Hausbesetzungen waren an der Tagesordnung. Die Hafenstraße in St. Pauli war Anfang der 80er Jahre besetzt worden und wurde zum bundesweit beachteten Projekt für die Widerständigkeit der jungen Generation. Nach mehreren Jahren der öffentlichen Diskussion um die Hafenstraße trat schließlich STATTBAU auf die Bühne, um zwischen Besetzern, Hauseigentümern und Stadt zu vermitteln. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Geschichte liegt im Trend: Die aktive Beschäftigung mit landeseigenen frühgeschichtlichen Zeiten interessiert immer mehr Menschen. Vor allem Kinder und Jugendliche wollen möglichst konkret erfahren, mit welchen Werkzeugen ihre Vorfahren arbeiteten und was sie damit abends auf den Tisch zaubern konnten. In der Lausitz machen dies ehemalige arbeitslose Menschen möglich: eine Reise in die Vergangenheit, um sich selbst eine Zukunft zu geben. Ein Bericht über die Lausitzer Zeitreisen eG auf Seite 12.

Der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens feiert bald sein zwanzigjähriges Bestehen. Rück- und Ausblick auf Seite 13.

www.contraste.org

D 8008

OLG-ENTSCHEIDUNG: AN DAS GEWISSEN VON BUNDESWEHRSOLDATEN DARF APPELLIERT WERDEN!

Ermittlungswahn fand ein Ende

Ende September hat das Oberlandesgericht Koblenz (OLG) entschieden, dass es nicht strafbar ist, Soldaten des Jagdbombergeschwaders 33 (Büchel) zur Befehlsverweigerung aufzufordern und deshalb die Revision der Staatsanwaltschaft Koblenz als unbegründet zu verwerfen ist.

Hermann Theisen, Red. Heidelberg ● Damit endet ein nunmehr eineinhalbjähriger Rechtsstreit um einen *Aufruf zur Befehlsverweigerung*, mit dem an die in Büchel stationierten Soldaten appelliert wird: »Verweigern Sie konsequent Ihre entsprechenden Einsatzbefehle! Lehnen Sie sich auf gegen jegliche Unterstützung der nuklearen Teilhabe! Ermutigen Sie Ihre Kameraden, sich Ihrem Ungehorsam anzuschließen!«

Dieser Aufruf führte vor dem Amtsgericht Cochem zu Geld- und Haftstrafen (ohne Bewährung!), worauf das Landgericht Koblenz das Urteil aufhob und die beiden Angeklagten, Hanna Jaskolski (Erfstadt) und Hermann Theisen (Heidelberg) vom Vorwurf der Aufforderung zu Straftaten freisprach. Die dagegen gerichtete Revision der Staatsanwaltschaft Koblenz wurde nun abgewiesen, womit der Freispruch rechtskräftig ist.

Chronologie der Ereignisse

Der *Aufruf zur Befehlsverweigerung* wurde im März, Juni und November 2004 ummittelbar an die Soldaten des Jagdbombergeschwaders 33 verteilt. Im Oktober 2004 und im Februar, März, Juni und Juli 2005 wurde er in Briefsendungen an Einwohner der Verbandsgemeinde Ulmen verschickt. Daraufhin beantragte die Staatsanwaltschaft Koblenz den Erlass von Strafbefehlen bzw. die Zulassung von Anklagen gegen 13 Personen, worauf das Amtsgericht Cochem im vorauseilenden Gehorsam Gewehr bei Fuß stand und die Strafbefehle bzw. Anklagen entsprechend zuließ. Im Rahmen jener Ermittlungen wurde bei einem der Beschuldigten eine Hausdurchsuchung durchgeführt, wobei 1.800 Aufrufe beschlagnahmt worden sind. Wenig später erklärte das Landgericht Heidelberg jene Hausdurchsuchung als rechtswidrig, worauf die beschlagnahmten Aufrufe von der Polizei wieder herausgegeben worden sind.

Jener Ermittlungswahn fand nun mit der Entscheidung des Oberlandesgerichts Koblenz eine Ende – die federführende Staatsanwältin Harnischmacher erklärte nach der Urteilsverkündung auf Anfrage, dass sie sich an die Entscheidung des OLG Koblenz gebunden fühle und sämtliche noch laufende Verfahren nun einstellen werde.

Begründung des Oberlandesgerichts

Das Oberlandesgericht Koblenz bezog sich in seiner Entscheidung explizit auf die im Juni d.J. ergangene Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, mit welcher dem Major Florian Pfaff das Recht zugesprochen worden ist, seine mit dem Irak-Krieg in Verbindung stehenden Befehle unter Berufung auf das Grundrecht auf Gewissensfreiheit zu verweigern. In Anspielung auf diese Entscheidung erklärte der Vorsitzende Richter des 1. Strafsenats des OLG Koblenz, Hartmut von Tzschoppe, in seiner mündlichen Urteilsbegründung: »Die Angeklagten haben im Grunde nichts anderes getan, als die Soldaten zu einer Gewissensentscheidung aufzurufen.(...) Sie haben nicht etwa die Soldaten einfach nur aufgefordert, gewisse Befehle nicht zu befolgen. Sie haben argumentiert, und zwar intensiv argumentiert.« Das OLG blieb aber nicht bei der Beurteilung des Flugblattes stehen. Nach Auffassung der Richter müssten auch Soldaten, die dem Aufruf folgen, straflos bleiben, wenn es sich um »eine sorgfältige, an Recht und Moral orientierte Gewissensfreiheit handelt«, so von Tzschoppe.

Befehlsverweigerung in der Bundeswehr? Warum eigentlich nicht!

Bundesverwaltungsgericht und Oberlandesgericht Koblenz bestätigen gleichermaßen einen juristischen Sachverhalt, der bereits im Wehrstrafgesetz und im Soldatengesetz festgeschrieben ist, der aber im Alltag der Bundeswehr bislang noch nicht wirklich angekommen zu sein scheint: Ein Bundeswehrsoldat darf, ja muss unter bestimmten Voraussetzun-

Fortsetzung auf Seite 2

GROSSER KONGRESS 2006:

Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

Bisher gibt es in Deutschland kaum Verbindungen zwischen politischen Protestbewegungen gegen neoliberale Globalisierung und Sozialabbau oder Erwerbsloseninitiativen einerseits und Projekten solidarischer Ökonomie andererseits. Nach kollektiven politischen Aktionen gehen viele AktivistInnen allein nach Hause. Armut, Prekarität oder Stress am Arbeitsplatz mit all ihren Folgen müssen sie individuell bewältigen. Diejenigen die im Sektor solidarischer Ökonomie arbeiten, werden häufig vom materiellen Überlebenskampf aufgefressen und ziehen sich aus politischen Zusammenhängen zurück. Wir laden Menschen aus den verschiedensten sozialen Bewegungen und Projekten ein, gemeinsam zu diskutieren, ob solidarische Ökonomie eine wirksame politische Strategie gegen Armut und Ausgrenzung sein kann, und wie angesichts der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft eigene wirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden können.

VeranstalterInnen:
Bewegungsakademie e.V. Verden, OekoGeno-Akademie Freiburg und ein breiter Kreis von MitträgerInnen (im Aufbau).

Tragt Euch ein in die Info-Mailingliste:
http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/solidar-info
(keine Mailflut)

ROBERT-HAVEMANN-GESELLSCHAFT

Nachruf auf Werner Theuer

Werner Theuer ist kürzlich im Alter von 55 Jahren verstorben. Er war langjähriger Mitarbeiter des Robert-Havemann-Archiv in Berlin, des wichtigsten nichtstaatlichen Archivs zur Geschichte der DDR-Bürgerbewegung. Der von Andreas Otto, Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft, verfasste Nachruf lautet wie folgt:

»Nachlassverwalter der Bürgerbewegung. Selbstverständnis und künftige Arbeit der unabhängigen Archive.« Das war der Titel des Vortrages, den Werner Theuer (E.T.A.) Ende Mai im Haus der Demokratie gehalten hat. Kurz darauf wurde er schwer krank und verstarb am 14. September 2005 im Alter von nur 55 Jahren. Ein Fünftel dieses Lebens arbeitete er im Robert-Havemann-Archiv und hat den Archivbestand zu Leben und Wirken Robert Havemanns aufgebaut und erschlossen. Als bleibendes Zeugnis seines Schaffens liegt ein Findbuch vor, das den Bestand für die Nutzer zugänglich macht. Es befindet sich in der Druckvorbereitung, genauso wie seine große Havemann-Bibliographie, die nicht nur alle auffindbaren Publikationen des bekanntesten Dissidenten der DDR, sondern auch die Sekundär-Quellen verzeichnet.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

gen seine Befehle verweigern! Spätestens nach Vorliegen des schriftlichen OLG-Urteils wird es also darum gehen, zu fragen, inwieweit die Leipziger und Koblenzer Entscheidung Konsequenzen für die Bundeswehr haben muss, oder mit anderen Worten: inwieweit es sich die Bundeswehr künftig noch leisten kann, ihren Soldaten rechtswidrige Befehle zu erteilen (Kosovo-Krieg, Irak-Krieg, nukleare Teilhabe), anstatt den Soldaten Rechtssicherheit zu bieten bzw. sie ausschließlich auf rechtmäßigem Terrain agieren zu lassen. Den Bundeswehrsoldaten bleibt zu wünschen, dass sie sich auch selbst mit der Rechtsfrage ihrer Einsatzbefehle auseinander setzen und von ihrem Recht der Befehlsverweigerung regen Gebrauch machen! Und die Entscheidungsträger und Juristen der Bundeswehr sowie der Wehrbeauftragte? Sie sollten sich beide Urteile gründlich ansehen!●

Wer Interesse an dem Urteil des OLG Koblenz hat, wende sich an den Autor: Hermann Theisen, Moltkestraße 35, D-69120 Heidelberg, (hermann.theisen@t-online.de).

Doch E.T.A. hatte nicht nur eine berufsmäßige Beziehung zu den Dokumenten im Archiv, er zählte zur DDR-Opposition der siebziger und achtziger Jahre. Bereits 1968, im Jahr des Prager Frühlings, gehörte er zu einer Gruppe um Gerd Poppe, die die Wochenenden in Stahnsdorf verbrachte und dort über Politik und Gesellschaft diskutierte. Natürlich ging es nicht nur um Politik, immerhin gehörte E.T.A. zur Beatgeneration, spielte Gitarre und liebte den Blues. Es ging auch um Lebensfreude, darum, der Allmacht der SED zu entfliehen, die selbst Männer mit langen Haaren schon als Feinde der DDR ansah. Aus dieser Zeit stammt der Spitzname, den Werner Theuer seiner Verehrung für den Romantiker und Kammergerichtsrat E.T.A. Hoffmann verdankte. Mehrere Theaterstücke, die er gemeinsam mit seinem Freund Peter Rosenberg verfasste, griffen den sozialistischen Obrigkeitsstaat an. So das Stück »Sockenschuss« aus dem Jahr der Solidarnosc-Gründung 1980. Darin wird ein gewisser »Opposinsky« von der Stasi verhört, weil er mit einer roten und einer weißen Socke an den Füßen eine Fahrkarte nach Warschau kaufen wollte. 1981 unterzeichnete E.T.A. den Brief Robert Havemanns an Leonid Breshnew, der Vorschläge für eine atomare Abrüstung beider Militärblöcke in Europa enthielt. Er wurde mehrmals verhaftet und verhört, stellte 1982 einen Ausreiseantrag und ging zwei Jahre später nach Westberlin. Bis zum Ende der DDR unterstützte er die Freunde im Osten.

Als 1992 der Aufbau des Robert-Havemann-Archivs begann, führte der Lebensweg des gelernten Dokumentars zurück in den Prenzlauer Berg. Zumindest, was die Arbeit anbelangte. Mit der dem Archivar eigenen akribischen Arbeitsweise, mit Ruhe und Übersicht wurde E.T.A. zum Anlaufpunkt für Wissenschaftler aus dem In- und Ausland. Mehrere Bände zu Robert Havemann, die in unserer Schriftenreihe erschienen, hat er inspiriert und fachlich begleitet. Er war in der politisch-historischen Bildung tätig und setzte sich für die Ehrung der Widerstandsgruppe »Europäische Union«, der Robert Havemann angehört hatte, in der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel ein. Mit fünfzig begann er ein Fernstudium an der Fachhochschule Potsdam. Zum Abschluss erhielt er den Preis für hervorragende Diplomarbeiten im Fachbereich Informationswissenschaften. Darauf konnte er stolz sein. Nun hat uns E.T.A. für immer verlassen – als Freund und Kollege fehlt er uns sehr.●

www.havemann-gesellschaft.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2005

Weitere Abos fehlen

Nach der Riesenüberraschung vom vergangenen Monat durch den frühzeitigen erfolgreichen Abschluss unserer Spendenkampagne 2005 sind wir wieder auf dem Boden der Tatsachen angelangt. Unter Berücksichtigung der Neuabos fehlen uns nun schon 20 weitere Abos, die die zu erwartende Deckungslücke für das kommende Jahr um 900 EUR erhöhen. Mindestens 155 neue Abos benötigen wir, um auch ohne Spenden über die Runden zu kommen. Eine endgültige Bilanz für das Jahr 2005 ziehen wir in der kommenden Ausgabe.

Redaktion Heidelberg ● Die fehlenden Abos verursachen im Jahr 2006 eine Deckungslücke von **6.975 EUR**, die durch die weitere Spendenbereitschaft bereits Ende Oktober 2005 um **886,64 EUR** gemindert werden können. Benötigt werden also voraussichtlich noch 6.088,36 EUR. Wenn wir wieder wie geplant, unsere Altschulden um weitere 2.000 EUR auf 4.000 EUR abbauen wollen, werden insgesamt 8.088,36 EUR benötigt.

Auch im Oktober gingen weitere Spenden ein, für die wir uns herzlichst bedanken:
- Ivonne Jurisch, Berlin (5 EUR)
- Buchladen König Kurt, Dresden (20 EUR)
- Dorothee Schuld, Köln (20 EUR)
- Uwe Sandlos, Vöhringen (50 EUR)
- N.N., Niederlande (10 EUR)
- Matthias Gaßner, Wien (5 EUR)
- Bernd Maier-Staud, Frankfurt/Main (100 EUR)

ABOKAMPAGNE 155+

Leider blieben auch weitere Kündigungen nicht aus. Gekündigt wurden fünf Abos und 2 Fördermitgliedschaften über 62 EUR. Ein Neuabo kam hinzu und ein bisheriges Abo wurde auf eine Fördermitgliedschaft umgestellt:
- Daniel Habenicht, Bielefeld (62 EUR)

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006: 8088,36 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 155+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Anti-Atom-Camp in Hitzacker vom 12.11. bis 25.11.2005

Auch dieses Jahr soll es anläßlich der Castor-Transporte ins Wendland wieder ein Widerstandscamp in Hitzacker beim archäologischen Zentrum geben. Diesmal nicht erst in der heißen Phase, sondern schon im Vorfeld. So bleibt genug Zeit sich und die Umgebung kennen zu lernen.

Wir versuchen das Unmögliche, ein selbstorganisiertes Camp! Welche Aktionen, Workshops und Konzerte dort dann stattfinden hängt also genauso von euch ab, wie dass es Essen gibt (keine Angst, in der heißen Phase kocht wieder das Kochkollektiv Rampenplan). Es wäre schön, wenn auf diesem Weg wieder stärker herrschaftskritische und emanzipatorische Inhalte in die Anti-AKW-Bewegung getragen werden um so gemeinsam unsere Utopie zu leben....

Ihr könnt auch gerne schon früher in die Traumschule in Riebau (Altmark beim Wendland) kommen und dort das vorbereiten, was ihr für das Camp als wichtig empfindet. Es wäre schön das Camp mit Menschen jeden Alters zu gestalten. Auch wenns Mitte November schon grauslig kalt sein kann ist's in den Zelten und Wägen dank vieler Öfen warm, und an Bewegungsmöglichkeiten wird es wohl auch nicht mangeln.

Ansonsten brauchen wir noch Lebensmittel, LKW-Batterien und Reifen (20"), Musik, Geld und natürlich euch (auch mit Bauwagen ,Trekka oder LKW) und eure Ideen. **Kommt in Scharen!!!!!!!!!!!!!!!!!!**

Kontakt:
Traumschule, Dorfstr.78a, D-29416 Riebau
Fernsprech: 039037/958993 (lange klingeln lassen)
Oder im Internet:
www.castorgruppehitzacker.tk

KURT'S SURF CENTER: LINKE LINK-LISTE

Links-Zeitung im Netz

Seit Anfang August ist ein neues Angebot im Web. Unter linkszeitung.de produzieren eine Handvoll Redakteure um den Münchner Werner Jourdan ein neues tagesaktuelles Angebot aus Sicht der Linken. In ihrem Selbstverständnis zwar parteiunabhängig bezieht sich die neue Website trotzdem unverkennbar auf die neue Linkspartei: »Dass es in Deutschland eine neue Linke gibt, beschäftigt derzeit Demoskopen, Publizisten und Politiker. Vor wenigen Tagen erst wurde die Linkspartei gegründet. Da darf eine Links-Zeitung nicht fehlen.«

Trotzdem spart das virtuelle Blatt auch nicht mit Kritik, wo sie angebracht ist. So wird z.B. die Räumung des Berliner Bethanien, die vom PDS-Bezirksbürgermeister veranlasst wurde, aufs Korn genommen. Das Angebot scheint zudem allen anfänglichen Unkenrufen zu Trotze angenommen worden zu sein. Für Oktober werden die für Werbekunden wichtigen Page Impressions auf ca. eine halbe Million geschätzt.

Dennoch ist Zeitungmachen, wie wir von CONTRASTE selber wissen, natürlich kein einfaches Geschäft und wo sie tagesaktuell sein soll, ist kritische Berichterstattung noch schwerer. So scheint die eigene journalistische Arbeit bei der Links-Zeitung bei genauerer Betrachtung noch reichlich dünn gesät und erschöpft sich in 5 Meldungen der Sparte »Nur bei uns zu lesen: Links-Zeitung exklusiv«. Der Rest sind Agentur- und überarbeitete Vorabmeldungen.

Verstärkung ist also angesagt und wurde auch schon angekündigt. So schreibt im Weblog pikkings.de ein angeblicher *Spiegel*-Mitarbeiter: »Es sind einige Kollegen aus der Redaktion *Der Spiegel*, die ab und an für www.Linkszeitung.de schreiben werden. Natürlich nicht ständig sondern eben gelegentlich. Herr Jourdan ist ein lieber Freund und Kollege den wir seit vielen Jahren sehr schätzen. Daran ändert auch die räumliche Trennung nichts. Leider bringen wir im Blatt nicht mehr die kritischen Artikel unter, die wir gerne unterbrächten.«

Interessant ist auch die linke Link-Liste. Da finden wir unter »T« nicht etwa das linke Online-Magazin Telepolis, das mit frecher tagesaktueller Berichterstattung eigentlich vormacht, was ein linkes Online-Medium leisten kann (heise.de/tp), sondern lediglich das »Tacheles«.

Und was ist mit »C« wie CONTRASTE, wird sich der verdutzte Leser fragen. Klar doch: da heißt der Eintrag CDU-Bundespartei...

Aber vielleicht muss die linke Link-Liste sich auch noch weiter aufbauen. Neue Links können (und sollten also auch) empfohlen werden.●

THE INDYPENDENT – EINE ALTERNATIVE IM NEW YORKER MEDIENDSCHUNGEL

A free paper for free people

Die Redaktionsräume liegen zentral in Manhattan. Es herrscht reges Treiben in den Räumen des Indypendent, der linken Zeitung in New York City. Es ist Dienstagabend, und es kommen die Menschen zusammen, die die nächste Ausgabe des »indy« vorbereiten und sich auch darüber unterhalten, wie das Projekt längerfristig finanziell abgesichert werden kann. 20-mal im Jahr gibt es die Zeitung, die kostenlos in New York City verteilt wird. Und obwohl prekär produziert, macht The Indypendent einen sehr professionellen Eindruck. Die Diskussionen sind denen in der deutschen linken Zeitungslandschaft nicht unähnlich. Das nachfolgende Interview ist ein Nachdruck aus ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 498 / 16.9.2005. Für ak sprach Georg Wissmeier mit Ellen Davidson einer Mitarbeiterin des Indypendent und in den 1980er Jahren Redakteurin bei der linken Wochenzeitung The Guardian.

Georg Wissmeier: *Du bist Mitarbeiterin des Indypendent. Im Untertitel der Zeitung steht »a free paper for free people«. Wofür steht das?*

Ellen Davidson: Free heißt zum einen kostenlos und zum anderen, dass wir unabhängig sind. Das ist für uns sehr wichtig. Indymedia heißt für uns Unabhängigkeit. Alle Medien in den USA haben irgendeine Form von Abhängigkeit, sei es durch Werbung oder indem sie zu einem großen Medienkonzern gehören, was natürlich Auswirkungen auf die Inhalte hat. Und im Gegensatz zu anderen Medien haben wir bei uns keine Hierarchie, sondern wir sind ein Kollektiv, das die Zeitung macht.

Was war der Grund, den Indypendent zu gründen?

Es gab einfach keine unabhängige linke Zeitung in New York. Und so haben ein paar Leute 2001 mit dem Indypendent angefangen. Das war zeitgleich mit dem Start von Indymedia, der unabhängigen Website. Seit zwei Jahren versuchen wir 20 Ausgaben jährlich zu produzieren. Wir kommen im Wechsel alle zwei oder drei Wochen raus, und das gelingt uns auch regelmäßig, und mit einer Auflage von 10.000 sind wir nicht ganz klein.

Zeitung machen ist teuer. Wie wird das Projekt finanziert?

Nun, das ist ein ständiges und großes Problem. Wir haben einige wenige bezahlte Anzeigen von kleinen Verlagen und von Buchhandlungen. Dann haben wir rund 200 Menschen, die uns durch ein Abo unterstützen. Wir machen viel Fundraising, und unsere großen Partys sind berühmt. Dann haben wir vor dem Beginn des Irakkriegs ein Poster gedruckt, auf dem alle militärischen Waffenstandorte in den USA zu sehen sind. Dieses Poster hat eine irre Verbreitung und hat uns eine große Geldsumme gebracht, die unser Erscheinen für einige Jahre absichert.

Ihr deckt eine erstaunliche Themenpalette auf euren 16 Seiten ab.

Der Schwerpunkt liegt aber auf der lokalen Berichterstattung. Wir schreiben z.B. über Mietentwicklungen, ein riesiges Problem in NYC, wie du dir vorstellen kannst, oder über Umweltprobleme in den Stadtteilen. Wir gehen vor allem in die anderen Stadtteile von New York City, also nach Brooklyn, Queens und in die Bronx. Die anderen großen Zeitungen sind sehr auf Manhattan zentriert. Unsere Leute suchen nach Themen in den anderen Stadtteilen und Themen, die die anderen Medien nicht berücksichtigen. Manchmal gelingt es uns auch Themen zu bringen, die dann von den großen Zeitungen aufgegriffen werden. So haben wir letztens über einen Soldaten geschrieben, der aus dem Irakkrieg zurückkam und in der Zwischenzeit obdachlos wurde. Die New York Post hat diese Story aufgegriffen und sie zwei Wochen später als ihre Exklusivstory verkauft. Das können sie hervorragend, gnadenlos von uns abschreiben und es als Exklusivstory verkaufen.

Großes Thema in allen Medien zur Zeit sind die Neubaupläne für ein neues Stadion in Brooklyn.

Ja, das ist ein wichtiges Thema in der Stadt. In Brooklyn sollen viele Menschen vertrieben werden und viele alte Gebäude und Wohnsubstanz platt gemacht werden. Der Plan ist, zusätzlich eine riesige Kaufhausmeile zu errichten. Nur, wir brauchen absolut kein neues Sportstadion. Für Brooklyn ist darüber hinaus wieder im Gespräch bzw. in der Planung, neue Wolkenkratzer hinzustellen, was das besondere Flair von Brooklyn radikal verändern würde.

Die Pläne schwirrten im Hinblick auf die Bewerbung von NYC für die Olympiade 2012 herum. Nun hat London den Zuschlag bekommen. Was hat das für Auswirkungen auf die Stadionpläne?

Die Entscheidung für London war hoffentlich gut für uns – schlecht für London. Es gibt aber tatsächlich Pläne für mindestens zwei neue Stadien. Eines in Brooklyn und ein weiteres, das Westsidestadion, in Manhattan. Das Westsidestadion in Manhattan dürfte mit der Olympia-Entscheidung aus dem Spiel sein. Aber für Brooklyn existieren die Vorhaben weiter.

Neben der lokalen Berichterstattung ist ein großer Schwerpunkt der Irakkrieg. Habt ihr dazu in der Redaktion eine gemeinsame Position?

Ja. Wir sind dagegen, das ist klar. (lacht) Viele von uns in der Redaktion, haben neben der Zeitungsarbeit noch andere politische Aktivitätsfelder. Ich selbst bin in der War Resistance League aktiv, andere sind in der Mieterbewegung oder in Gewerkschaften aktiv, aber als Redaktion machen wir keine gemeinsame antimilitaristische Arbeit, außer eben, und das hat einen großen Stellenwert, durch die Zeitung. Wir bringen im Indypendent ganz viel über konkrete Widerstandsaktionen und lokale Proteste gegen den Krieg im Irak. Wir berichten z.B. über die Kampagnen und Aktivitäten gegen die Rekrutierungsversuche der Army an den Highschools. Dagegen gibt es ganz viele Aktivitäten, und die unterstützen wir, indem wir darüber schreiben.

Wie kommen die Leute an die Zeitung? Wie ist euer Vertriebssystem?

Auch da läuft viel durch Eigeninitiative. Die Menschen aus der Redaktion verteilen Exemplare auf Veranstaltungen, Demos, in ihren Stadtteilen. Und wir nutzen die noch existierende linke Infrastruktur wie Buchhandlungen und Kneipen etc.

Und die Verteilung klappt? Bei 20 Ausgaben im Jahr ist das ein erheblicher Aufwand.

Manchmal klappt es, manchmal nicht so. Wie es halt so ist in freiwilligen linken Kollektiven. Wir versuchen das zu verbessern. Aber der Vertrieb ist von so banalen Dingen abhängig, ob jemand ein Auto und gerade Freizeit hat. Na ja, und dann ist es so, alle lieben es zu schreiben, aber beim Vertrieb hapert es dann manchmal.

Immerbin habt ihr auch schon Auflagen von über 100.000 gehabt.

Ja, letztes Jahr beim Kongress der Republikaner in NYC hatten wir so eine hohe Auflage. Da war das mit der Verteilung gar kein Problem. Alle waren motiviert, und bei jeder Demo wurde der Indypendent verteilt. Diese Woche hat richtig Spaß gemacht. Dort kam das Indymedia-Prinzip richtig zum Tragen. Wir haben ein eigenes Mediencenter aufgebaut und haben es bei diesem Event umsetzen können, dass jede/r berichten und seine Eindrücke vermitteln kann. Alle möglichen Medienformen wurden genutzt, und so kam eine unglaubliche Vielfalt zu Stande. Wir hatten die exklusivsten Bilder, und wir waren im Prinzip überall, wo die normalen Berichterstatter nicht hingehen. Die Mainstream-Zeitungen sind damals zu uns gekommen, weil es bei uns Informationen gab, die sie sonst nicht bekamen. Was noch viel wichtiger war: Es gab unglaublich viele positive Rückmeldungen von den NutzerInnen und danach von den LeserInnen des Indypendent.

The Indypendent erscheint nur in New York City?

Im Prinzip ja. Ein paar hundert Exemplare verschicken wir in andere Städte, wo FreundInnen die Zeitung verteilen, aber halt nur ganz wenig.

Gibt es noch ähnliche Zeitungsprojekte in den USA?

Meines Wissens nur noch in Washington D.C. Vielleicht gibt es noch welche in Kalifornien, aber ich weiß es leider nicht. Daran siehst du, dass die Vernetzung nicht sehr gut ist.

Ihr entscheidet alles gemeinsam im Kollektiv. Ein zeitaufwendiger Prozess ...

Wir versuchen alles im Konsens zu regeln. Aber wir haben zur Sicherheit, damit es keine Blockade gibt, eine Regelung, dass Entscheidungen mit mindestens zwei Drittel Mehrheit getroffen werden müssen. Unser größtes Problem ist, dass wir zu wenig Platz bzw. zu viele Artikel haben. Wir diskutieren darüber, was wir bringen, und es kommt fast nie vor, dass wir uns nicht einigen können.

Wie ist euer Arbeitsrhythmus?

Jeden Dienstag haben wir ein offenes Redaktionstreffen, und wenn wir ein Schwerpunktthema in einer Ausgabe haben, treffen wir uns gesondert noch an einem Freitag, um über das Thema zu diskutieren und die Inhalte festzulegen. Wenn die Themen für die Artikel festgelegt sind, entscheidet das verantwortliche Redaktionsteam, wie viel Platz für jeden Artikel zur Verfügung steht. An einem Wochenende wird dann redigiert, korrigiert und am Wochenanfang das Layout gemacht.

Die ganze Arbeit wird von unbezahlten Menschen geleistet, nur ein Mensch hat eine halbe, schlecht bezahlte Stelle.

Wobei diese Stelle keine Redaktionsstelle ist, sondern die Bezahlung ist für die Koordination, Organisation, Verwaltung, Vertrieb etc.

Das ist eine enorme Leistung, seit fast fünf Jahren auf diesem Level das Erscheinen des Indypendent abzusichern. Und ihr habt noch keine Ermüdungserscheinung?

Gar nicht. Mein persönliches Ziel ist es, die Zeitung noch viel besser zu machen, so in Richtung des früheren Guardian, bei dem ich Redakteurin war. Weißt du, das war eine richtige Zeitung. Der Guardian wurde 1948 gegründet und war eine seriöse linke Wochenzeitung mit 20 bis 24 Seiten. Der Guardian bezog sich auf die diversen Bewegungen und hatte eine hervorragende internationale Berichterstattung. Wenn es zum Beispiel eine Kampagne gegen Apartheid gab, hatten die Leute ihre Informationen aus dem Guardian. Als der Guardian 1992 eingestellt wurde, gab es ein riesig großes Loch auf der Linken. The Indypendent ist nicht der Guardian, aber es ist die Zeitung, die dieser guten alten linken Wochenzeitung am nächsten kommt. Eine Zeitung, die die AktivistInnen unterstützt, aber auch offen ist für Debatten. Wobei mir schon sehr daran gelegen wäre, wenn wir im Indypendent mehr Debattenbeiträge hätten und dies Angebot von den AktivistInnen der verschiedenen Bewegungen mehr genutzt werden würde.

Was war dafür verantwortlich, dass es den Guardian nicht mehr gibt?

Das Geld, um es verkürzt zu sagen. Aber teilweise waren wir auch etwas leer gelaufen. Der Guardian wurde ja von der »alten« Linken gegründet und ging dann auf die »neue« Linke in den 1960er/70er Jahre über. Und wir wurden Ende der 1980er logischerweise ebenso wie anderswo in der Welt von der Krise der Linken erfasst, wir waren ein Bestandteil davon.

Die Angestellten des Guardian ab Ende der 1960er Jahre repräsentierten die verschiedenen Strömungen der Linken in den USA. Der Guardian hatte trotzdem oder vielleicht auch gerade deswegen eine »Linie«. Das fehlt heute beim Indypendent, da sind die Positionen etwas beliebiger. Die Linie beim Guardian war übrigens nicht die Linie einer Partei, sondern das war die Linie der dort Beschäftigten, und das fehlt mir beim Indypendent.

Deswegen gibt es wahrscheinlich auch wenig Streit, weil man gar keine Perspektive in einer Veränderung sieht?

Ja, mir kommt das manchmal etwas verrückt vor. Das sieht man auch daran, dass wir kein gemeinsames redaktionelles Editorial haben. Logisch, dass alle Menschen beim Indypendent eine Meinung haben, aber wir haben keine Redaktionsmeinung.

Wie willst du dann Debatten organisieren. Mehr extern?

Nun, wir wollen gezielt Menschen ansprechen, die an solchen Diskussionen interessiert sind. Wir wollen gezielt Positionen abdrucken, die innerhalb der Linken unterschiedliche Sichtweisen haben, wie z.B. zu den bevorstehenden Bürgermeisterwahlen in NYC oder zu den unterschiedlichen Vorgehensweisen von Gruppen in der Bewegung gegen den Irakkrieg. Da sind wir dabei, und ich glaube, dass wir das hinbekommen.

Welche Zukunft gibst du dem Indypendent?

Nun, ich hoffe, dass es uns zunächst gelingt, die finanzielle Situation zu stabilisieren und wir mehr Seiten produzieren können. Der »indy« ist für die New Yorker Linke wichtig, und die Arbeit der jungen GenossInnen und aller Beteiligten im Indypendent ist einfach erstaunlich. Mit dieser Energie werden wir noch lange eine gute Zeitung machen können.●

Anmerkung:
The Indypendent online: http://indypendent.org

Anzeige

ak 500 Party

Im November erscheint die **500. Ausgabe** von ak – **analyse und kritik**, und das wollen wir kräftig feiern, unter uns und mit euch!

Sa., 19.11.2005 – ab 20 Uhr
Werkstatt 3, Hamburg
www.akweb.de

VON DER ANTI-SPRINGER-KAMPAGNE ZUM AUFBAU EINER EIGENSTÄNDIGEN ALTERNATIVPRESSE

Josef Wintjes bot ein Forum für die antiautoritäre Linke

Bereits 1966 wies das Bundeskartellamt darauf hin, dass das Unternehmen Springer über eine marktbeherrschende Stellung bei den überregionalen Straßenverkaufszeitungen und Sonntagszeitungen verfüge. 1967 betrug der Anteil der Springer-Presse wochentags 30% und sonntags 90% des gesamten Presseaufkommens. »Das Denken des Menschen abzuschaffen wurde zum konsequenten und erklärten Ziel des Verlegers,« konstatierte Dutschke-Biograph Ulrich Chaussy. »Jeden Befreiungsversuch der Menschen aus den Zwängen des Spätkapitalismus stellt die Springerpresse als Verbrechen dar.«

auf Anzeigen produziert werden. Bei in der Regel periodischer Erscheinungsweise verfolgen sie das Ziel der Herstellung von Gegenöffentlichkeit zur traditionellen Presse.«

Alternativpresse fernab der studentischen Zentren

Eines von vielen Medienprojekten, das Ende der 60er Jahre – fernab der Zentren des studentischen Protests – entstand, war das *Nonkonformistische Literarische Informationszentrum* in Bottrop. Josef Wintjes, ein junger Industriekaufmann bei Krupp, hatte sich 1969 vorgenommen, einen Vertrieb für *nonkonformistische Literatur* aufzubauen; erst einige Monate später sprach er von *Alternativpresse*. Wintjes hatte die Vision einer großen harmonischen Alternativfamilie, in der jeder seinen Platz finden sollte. Gemeinsam sollten politisierte Studenten, introvertierte Dichter, Landkommunarden, Drogenkonsumenten, Esoteriker, Anarchisten, Rockmusiker und viele andere in eine solidarische, friedliche Welt aufbrechen.

»Josef Wintjes begann als kompletter Dilettant«, äußerte Christoph Schubert, ein damaliger Weggefährte, später. Wintjes »brachte für die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, die denkbar schlechtesten Voraussetzungen mit.« Schubert vermisst buchhändlerische Kenntnisse, die Fähigkeit informative Rezensionen schreiben zu können und kritisiert die technische und graphische Qualität des *Ulcus Molle-Infos*.

Seine unerfahrene und unbedarfte Herangehensweise wurde Wintjes in diversen Selbstverständnisdebatten vorgehalten. Doch die Vertreter der politischen und subkulturellen Alternativpresse erkannten die Chance, die sich ihnen mit Wintjes' Vorhaben bot: Die Gegenöffentlichkeit blieb nicht mehr auf die studentische Szene und auf politische und literarische Elfenbeintürme beschränkt. Bei aller Kritik im Detail war das alternative Umfeld bereit, Wintjes so zu akzeptieren, wie er war. Das Handwerk, dass

Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Als Reaktion auf die Berichterstattung der Massenmedien über die studentische Protestbewegung verabschiedete eine Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) im September 1967 eine »Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für Demokratisierung der Öffentlichkeit.« Darin wurde erstmalig im Zusammenhang mit bundesdeutschen sozialen Bewegungen von Gegenöffentlichkeit gesprochen.

Die Herstellung von Authentizität, die Aufhebung der Trennung von Kommunikator und Rezipient sowie die Verbindung von Kommunikation und Aktion bildeten für den Kommunikationswissenschaftler Kurt Weichler die drei Eckpunkte einer alternativen Medientheorie, die er in seinem Werk *Die anderen Medien* formulierte.

Unter Alternativpresse verstand er »Zeitschriften und Zeitungen, die von demokratisch strukturierten in selbstverwalteten Betrieben nach dem Kostendeckungsprinzip, das heißt ohne Profitmaximierung und unter Verzicht ihm 1969 noch gefehlt hatte, erlernte Wintjes in den Folgejahren. Sein Umfeld begleitete ihn dabei durch einen ständigen kritischen und konstruktiven Dialog.

Indem er verschiedenste Informationen zusammentrug, für neue Ideen stets offen blieb und niemanden ausgrenzte, übernahm Wintjes in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine wichtige verbindende Funktion.

Kulturrocker bietet antiautoritärer Linken ein Forum

Nachdem sich der Sozialistische Deutsche Studentenbund 1970 aufgelöst hatte, suchten viele Linke eine Perspektive in straff organisierten, dogmatischen K-Gruppen. Der antiautoritäre Teil der Bewegung fand sein Forum neben dem Offenbacher Sozialistischen Büro (SB) und dem *Frankfurter Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten* (ID) auch in Wintjes' Literarischem Info-Zentrum.

Mit seinen kulturellen und politischen Schriften aus Klein- und Kleinstverlagen versorgte der Kulturrocker, wie er auch genannt wurde, vor allem Interessenten in Kleinstädten und auf dem Land, die keinen Zugang zu den subkulturellen Milieus hatten, die in einigen Großstädten entstanden waren. Als Diskussionsorgan gab Wintjes von November 1969 bis November 1990 das *Ulcus Molle Info* heraus. Überregionale Bedeutung erlangte das *Ulcus Molle Info* seit seiner 16seitigen 10. Ausgabe, die dem Kleinverleger-Idol V. O. Stomps gewidmet war und zur Frankfurter Buchmesse 1970 erschien.

In den ersten fünf Jahren betrieb Wintjes sein Infozentrum neben seiner Arbeit als Industriekaufmann. Seit 1974 kümmerte er sich hauptberuflich um den Vertrieb von experimenteller, spiritueller, politischer und emanzipatorischer Literatur. Während seiner Hoch-Zeit, Ende der 70er Jahre, erreichte das *Ulcus Molle Info* eine Auflage von 2.500 Exemplaren. Später blieb auch dies Organ von der Krise der Alternativmedien nicht verschont.

Erhöhter ökonomischer Druck

Alternative Zeitungsmacher mussten ebenso wie ihre Gesinnungsgenossen in Bioläden und Fahrradkollektiven erfahren, dass eine Abkopplung vom gesellschaftlichen Produktionsprozess in hochindustriellen Gesellschaftssystemen kaum möglich ist.

So stand auch Josef Wintjes mit seinem Literaturvertrieb in den späten 80er und 90er Jahren unter erhöhtem ökonomischen Druck. Im Oktober 1987 gründete er die Servicezeitschrift für Nachwuchsautoren, *Impressum*, die bis zu seinem Tod am 24. September 1995 erschien. Mit ihr versuchte er neue Leser und Kunden zu gewinnen.

Auf den folgenden Seiten berichten die Weggefährten Werner Pieper, Peter Salomon, Herbert Friedrich Witzel, Ingrid und Reinhard Harbaum über ihre Verbindungen und Erlebnisse mit Josef Wintjes. Diese Beiträge sind gekürzte Versionen von Texten, die demnächst als Erinnerungsschrift im Göttinger Rainer Pinkau Verlag erscheinen werden.●

Ulcus Molle 1984

VERBINDENDE GEMEINSAMKEITEN

Als Bottrop das Zentrum einer Bewegung war oder Biby & me

Keine Ahnung, wann der Kontakt entstand. Grundsätzlich verband uns vor allem Krupp und eine Zeit des Aufbruchs: meine Eltern hatten ein Erholungsheim für Krupp-Bergleute im Sauerland geführt, er arbeitete direkt für den Herrn der Dicken Berta – und irgendwie verband das. Im Gegensatz zu den meisten Schreibkollegen mit Abitur waren wir bürgerliche Prolls: er aus dem Kohlenpott, ich das Landei. Außerdem hatten wir, im Unterschied zu vielen Jungpoeten jener Zeit, eine abgeschlossene Berufsausbildung, wussten aus eigener Erfahrung, was Maloche ist.

von Werner Pieper ● Als er dann bei Krupp kündigte, just als ich das erste folgenschwere Heft zum Thema *Ernährung & Bewusstsein* zusammenstellte, druckte er im Info meine Glückwünsche ab: »Du hättest das Lachen in meinem Gesicht und das der Sonne überm Kuhstall sehen sollen, als ich dein Kündigungsschreiben gelesen habe ...« Das war schon ein mutiger Schritt, Mitte der 70er Jahre eine Karriere als Computer-Fachmann für Menschen aufzugeben, die im Computer eine Manifestation des Bösen sahen.

Wir sogenannten Hippies waren ihm im Prinzip schon zu flippig. Um so mehr freut es mich noch heute, dass er wiederholt sehr liebe Worte für mich fand. So, als er mir das Info 11/73 widmete und die LeserInnen aufklärte: »Wer ist Pieper? ....frühzeitig ausgestiegen – ein enormer Kenner von Subkulturen, Mythologien, Mystiken & politischen/bewusstseinsmäßigen Ansprüchen – mit Basiskontakten zur sog. Szene (gemeint ist: mit Schlafsack on the road) ... Pieper ist einfach ehrlich und echt (deshalb braucht er auch keinen Vornamen!).« Ich hatte immer das Gefühl: von so einem Leben träumte er, aber als Familienvater aus Bottrop wusste er um seine Verantwortungen, die diese Träume nicht in der Praxis zuließen. Da kam ich ihm gerade recht und für mich waren die Besuche in Bottrop auch immer eine Erdung.

Wenige Verlage überlebten

Ab 1973 nahm er regelmäßig 20-30 Exemplare des *Grünen Zweiges*. Es war nicht die Menge, sondern der Fakt, überhaupt in einem überregionalen Vertrieb zu sein, der für uns zählte. Andere, wie Raymond Martin, diverse Release-Gruppen und die ersten beiden Naturkostläden (Peace Food, plus Hamburger) nahmen zwar mehr, aber nicht unbedingt alle Ausgaben. Biby war toleranter oder pragmatischer. Damals war unser inoffizieller Werbespruch: »Bei uns findet jeder etwas, das er bescheuert findet!« Da wir nie einen treffenderen Spruch fanden, haben wir bis heute niemals Verlags-Werbung gemacht.

So war es schon ein EgoBoost, als Biby mein Buch *Zukunftsperspektiven* auf Nr. 1 seiner Anmacher-Liste setzte, zumal ich im selben Monat noch mit der Übersetzung von Nicholas Alberys *Generalproben für das Jahr 2000* auf Platz 5 landete, während Erneste Callenbach, Theodore Roszak und Bernd Kramer die Plätze dazwischen füllten. Er meinte es wirklich gut mit mir. Nur einige wenige der Namen, die damals das *Ulcus Molle Info* regelmäßig aufführte, haben bis heute im Verlagswesen überlebt: Antje Kunstmann entdeckte ich dort, Benno Käsmayr und seinen *Maro Verlag* (druckt heute noch für mich) sowie den Grafiker Walter Hartmann (heute unser Hausgrafiker). Verstorben ist Rolf Brück, ausgewandert Bernd Brummbär, Ziegenhirte wurde Raymond Martin (seine alten Ladenhüter aus den 70ern vertickt er heute bei ebay als Raritäten), verschollen Rolf Ulrich Kaiser (*über dessen Lebensweg ich dringend Infos suche. W.P.*)... Namen wie *Pängg, Germania, SUCK, Hotcha!, Der Metzger, Wudd, Zero, 100 Blumen, Middle Earth, LOVE* – heute Legenden aus einer lang vergangenen Zeit.

Biby ließ sich mit dem Info genau so benutzen wie ich mit dem *Kompost-Magazin*. Nicht unsere Meinung war darin wichtig, sondern unsere Offenheit, Neuem gegenüber. Wir hatten nicht den Anspruch, alles verstehen zu müssen, was wir da zu Wort kommen ließen und propagierten. Vor allem propagierten und praktizierten wir (ich in meinem *Kompost-Magazin*) eine grundsätzliche, aus heutiger Sicht geradezu weltfremde Solidarität. Er nannte mich den »Grünen Heinrich vom Release ... 1 unheimlich lustiger Typ ...«

Hausdurchsuchung mit Beschlagnahme

Hadayatullah Hübsch beschrieb ihn, bzw. das Info schon 1973 (in *Pardon*) als »Gebärmutter der Szene«. In den alten Ausgaben des *Ulcus Molle Info* kann man die Entwicklung einer eher literarisch ausgeprägten Szene hin zur aufmüpfigen 'Partisanen'/Underground-Presse nachvollziehen. Die in der Folge aufkommende Spiritualität in der Underground-Presse – unser Werbespruch damals: Unser Ziel ist eher das Himmelreich denn das Schlaraffenland – war nicht sein Ding, aber er tolerierte sie. Biby entgegnete mir damals: »Du bist mit deinen Themen/Trends um Jahre voraus und vieles ist heute nur schwer verkäuflich bzw. für eine sehr kleine Zielgruppe interessant.«

Noch fremder waren ihm die Drogenbücher und er verzweifelte, als er 1983 eine Hausdurchsuchung mit Beschlagnahmungen von Drogenliteratur erleiden musste. Es machte ihn fertig, sich mit indizierten Medien nicht besser auszukennen und da manchmal etwas blauäugig vorzugehen: »Ich will ja nur in Ruhe meine Arbeit machen und bin kein Märtyrer, denn ich kann nicht wie Raymond Martin mit gutbestückten Rechtsanwälten locker zurückschlagen. ... Gewisse Leute sind einfach schon zu sehr abgehoben und der Realität entrückt.« Wobei sein Konsum von An1 (zeitgenössisches Amphetamin) und Alk durchaus legendär war. Doch für ihn waren dies Arbeitsdrogen, während unsereins ja eher Substanzen mit Spaßfaktor (damals 'Bewusstseinserweiterung') genoss. So soff ich ihm weder sein Bier weg, noch schnorrte er – wie so viele andere – bei mir um etwas zum Kiffen.

Allergie gegen Anwälte

Eine weitere Gemeinsamkeit, die wir teilten, war eine Allergie gegen Anwälte und Gerichte. Okay, ich hatte mir einen Anwalt ausgesucht, als ich 1969 Dealer wurde – aber ich habe ihn nie wirklich gebraucht. Bei nichtzahlenden Kunden konnte man damals davon ausgehen, dass es ihnen ohnehin schon beschissen genug ging, und eine gerichtliche Drohung nur ihre menschliche Tragödie vertieft, unsern Kontostand aber nicht aufgefrischt hätte. Viel Kraft kosteten ihn dagegen so Auseinandersetzungen wie jene, in der eine Frau darauf bestand, den Begriff *Alternative* für sich gepachtet zu haben, und dass er nicht befugt sei, *Alternative Medien* zu vertreiben. Heute kann man darüber schmunzeln, aber Biby war oft mit solchen Problemen sehr allein. Um so höher ist sein Lebenswerk einzuordnen, mit dem er vielen auf ihren(m) Weg half.

»Ich glaube kaum noch, dass wir das Ghetto je überwinden,« pessimierte er 1984, »ich krieg leider meine eigene Unordnung seit Jahren nicht in den Griff. Es macht mich einfach krank, mit einem solchen Schuldenberg weiterwurschteln zu müssen.«

Irgendwann war dieses Gewurschtel für ihn vorbei. Und ich werde nie mehr nach Bottrop fahren.●

Liebe Grüße an Annemie und Raoul.

Werner Pieper lebt seit den frühen 70er Jahren als Verleger in Löhrbach im Odenwald. 250 Schriften u. a. über Kräuter, Drogen, Indianer, Musik und Medien sind in der Reihe »Der Grüne Zweig« erschienen. www.gruenekraft.net

JOSEF WINTJES – EIN PAAR AUTOBIOGRAFISCHE FUSSNOTEN

Ein stiller Freund im fernen fremden Bottrop

Josef Wintjes ist ein intensiver Teil meines Lebens. Sein Literarisches Informations-Zentrum hat mir den Weg in die literarische Welt geöffnet. Die chaotische Scene der Alternativliteratur ist meine versunkene Heimat. Geblieben ist die Erinnerung an ein authentisches Lebensgefühl.

von Peter Salomon ● 1970 studierte ich in Freiburg, und dort erreichte mich Mitte Dezember mein erstes *Ulcus-Molle-Info*, die Nummer 12 des ersten Jahrgangs; ein einzelnes Din-A-4-Blatt, gedruckt als Din-A-5-Faltblatt, also mit 4 Seiten. Anfangs verschickte Wintjes seine Infos noch gratis, erst ab 1971 musste man es abonnieren – für zunächst DM 5,– bei 10 Ausgaben pro Jahr. Ich habe es deshalb geschickt bekommen, weil ich Autor der Anthologie *Wir Kinder von Marx und Coca Cola* des Peter Hammer Verlages war, einem Sammelband der Dichterjahrgänge 1945-1955, den Wintjes adressenmäßig ausgewertet hat. Er selbst war übrigens auch mit einem Gedicht vertreten, wie auch in anderen Drucksachen der frühen Zeit; ihm sind damals einige sehr schöne und zeittypische Gedichte gelungen. Im Info teilte er mit, er wolle 1971 ein »alternatives Gegenstück« zu diesem Machwerk eines etablierten Verlages herausgeben und lade »alle jungautoren der u-scene« zur Teilnahme ein. Die Seiten 1 und 2 bestanden gleichsam nur aus »Familiennachrichten« über Wintjes und die Alternativscene. Die Nummer 11 (= November 1970) habe ausfallen müssen, »weil ulcus molle zwecks gesellschaftlicher integration eine schule für elektronische datenverarbeitung zu besuchen hatte!« Er redete von sich gerne in der Dritten Person mit seinem Spitznamen. Seine Arbeit als Programmierer bei Krupp war dann eine amüsante Fortsetzungsgeschichte der frühen Nummern. Auch an seinen Schwierigkeiten beim Erwerb des Führerscheins habe ich mitzitternd teilgenommen. Dass das Amphetaminpräparat AN-1 und Cognac ein tolles Stimulans sind, habe ich aus dem Info gelernt; und als AN-1 unter Rezeptpflicht gestellt wurde, wusste ich das schon vorher aus dem Info und hatte mich bevorraten können.

Layout der Dadaisten

Weiter berichtete Wintjes in dieser Nummer 12/1970, dass seine Kunden »derart oft enttäuscht von dem niedrigen niveau einzelner publikationen [gewesen seien], dass der offizielle vertrieb von kleinzeitschriften eingestellt wird«. Stattdessen wolle er »restposten aufkaufen, um sie als gratisbeilagen buchbestellungen mitzuliefern«. Seite 3 des Info enthielt eine Angebotsliste der vorrätigen Zeitschriften (mit Bestandszahl) und Seite 4 einige Buchangebote aus Kleinverlagen. Eine sehr eigenartige Verkaufspolitik für einen Versandbuchhändler! In der Tat habe ich oft bei Bestellungen andere Bücher und Zeitschriften als Gratisbeilage erhalten.

Die Aufmachung des Info war »handgestrickt«. Eine Schreibmaschine, Tipp-Ex, Letra-Set und der moderne, billige Offsetdruck machten es möglich. Das Layout war unübersichtlich und chaotisch, die Fotos (nicht gerastert und abgesoffen!) und Faksimiles wild durcheinandergewürfelt, alles sehr komprimiert, nur wenig weißer Zwischenraum. Manches erinnerte an das Layout der Dadaisten, oft gemischt mit floralen Jugendstil- und Art Déco-Girlanden und -Motiven. Man musste sehr genau lesen, um alle Informationen mitzubekommen, aber das tat ich gerne und gerne auch mehrmals. Viele haben das frühe chaotische Erscheinungsbild als Augenpulver beklagt, ich fand es immer aufregend und sehr schön!

Ich wurde Kunde dieser Versandbuchhandlung. Damals so günstige und so zeittypische (und auch frisch gebliebene) Bücher wie Manfred Boschs *Konkrete Poesie*, Hugo Dittberners/Jens Wilkes Gemeinschaftsbuch *Donnervogel*, Rolf Nörtemanns Beatbuch *Tackalooaffbumm* sind heute kaum zu findende und kaum zu bezahlende Rara. Ebenso die Anthologie *Nervöse Blätter* und die Zeitschriften *ENDLICH (was neues)*, *Benzin*, *Der fröbliche Tarzan* usw. Für alle diese Drucksachen machte Josef Wintjes unermüdlich Reklame und verkaufte und verschenkte sie. Nein, Reklame machte er nicht, er warb und predigte und lebte dafür.

Gelebte Subjektivität

Als Autor war ich beeinflusst von den amerikanischen Beatlyrikern und fühlte mich den deutschen Dichtern der Neuen Subjektivität zugehörig. Das Autor-Ich sollte ungeschönt und schonungslos in den Gedichten erkennbar sein – als eine Art Beglaubigung der Kunst und zur Vereinfachung der Kommunikation mit dem Leser. Diese Lyrik fand zwar auch in den großen Verlagen statt – vor allem bei Kiepenheuer und Rowohlt – aber in der Alternativscene, so schien es mir, wurde die Subjektivität auch gelebt. Jedenfalls Wintjes praktizierte in seinen Infos eine gleichermaßen authentische wie stilisierte Subjektivität und bündelte die schöpferischen Kräfte um sich, die darauf reagierten und selbst agierten. »Feedback« war die erste von Ulcus Molles Parolen! Die Neue Subjektivität war also für mich einerseits künstlerisches Programm, dank Josef Wintjes aber auch Lebensform in einer Scene, deren Zentrum er war. Natürlich war der Happening-Stil seiner Infos (und seines Lebens) auch immer sehr unterhaltsam und komisch.

Vieles wurde natürlich auch zerredet. Immer wieder diskutiert wurde über »das Selbstverständnis der Scene«, was das denn sei: Alternativliteratur, Undergroundliteratur. Was die Scene war, ist nie geklärt worden, das Selbstverständnis der Macher entzog sich der Definition. Die Thesen lassen sich nachlesen in den alten Ulcus Molle Infos – eines Tages werden darüber Doktorarbeiten geschrieben werden. Etwas bedauerlich und fast skurril ist allerdings, dass der Nachlass von Josef Wintjes im »Institut für Europäische Ethnologie« (!) der Berliner Humboldt Universität liegt und nicht im gut betreuten und zugänglichen Deutschen Literaturarchiv Marbach oder dem Mainzer Minipressenarchiv; da gehörte er hin!

Sanftes Idiom am Telefon

Als das *Ulcus-Molle-Info* mit Heft 7-9/1990 eingestellt wurde, hatte es sich schon viele Jahre überlebt. Ich empfand es trotzdem als persönlichen Verlust. Auch das Nachfolgeblatt Impressum, das Wintjes bis zu seinem Tod herausgab, war nicht mehr vom Zeitgeist getragen. Ich blieb ihm trotzdem als Leser, Besteller und auch als Autor treu. Als Josef Wintjes 1995 starb, wurde mir schlagartig klar, dass ich alt geworden war. Die Teilnahme am Info und in der Scene, war ja immer auch ein Zeichen für Jugend gewesen. Ich habe meine Aktivitäten in der Scene nie als Sprungbrett zu arrivierten Verlagen gesehen (dort habe ich parallel veröffentlicht), sondern immer als exclusives Jugendforum. Ich hatte unterbewusst geglaubt, Josef Wintjes würde mich ein Leben lang begleiten, als stiller Freund aus dem fernen fremden Bottrop, dessen sanftes Idiom am Telefon ich liebte. Daheim besucht hatte ich ihn nie, wir hatten uns bloß ein paar Mal auf der Frankfurter Buchmesse und Gegenbuchmesse sowie der Minipressenmesse in Mainz getroffen. Wir waren nicht nur Generations- sondern auch Jahrgangsgenossen, beide geboren 1947, er ein paar Monate älter, ich glaube, das hat uns zusätzlich verbunden.

Ich empfinde es als Glück, dass ich als junger Autor nicht isoliert arbeiten und publizieren musste, sondern Bestandteil einer lebendigen literarischen Bewegung war. Als ich zu schreiben begann, standen die Zeichen für die jüngste Literatur günstig. Es herrschte Aufbruchsstimmung und das Bewusstsein von Avantgarde beflügelte die jungen Dichter, Verleger und Projektemacher. Der Boom der Lyrik in den 1970er Jahre ist heute unvorstellbar! Dass damals ein so fruchtbares Klima herrschte, daran hat Josef Wintjes großen Anteil. Ich selbst habe diese Jahre als »expressionistisches Jahrzehnt« erlebt. Und ich war mir sicher, dass dieser zweite Expressionismus mehr Fortüne haben würde als der originäre: Ohne Klassenunterschiede, ohne Krieg, mit sex and drugs and rock'n'roll.●

Peter Salomon studierte Rechtswissenschaften und Literatur und lebt seit 1972 als freier Schriftsteller in Konstanz am Bodensee. Viele Jahre war er auch als Rechtsanwalt tätig. Er ist Mitglied des P.E.N.

Ulcus Molle Info, 4. Quartal 1984, Rückseite

SCHALTZENTRALE DER REBELLISCHEN GRÜBLER, KÜNSTLER, QUER- UND VORDENKER

Selbstbedienungsbüfett zu fairen Preisen

Wohl jeder, der in den siebziger und achtziger Jahren alternative Literatur las, schrieb, verlegte, kaufte oder verkaufte, kam früher oder später mit Josef Wintjes und seinem literarischen Informationszentrum in Bottrop in Kontakt. Sein »Ulcus Molle Info« listete auf und stellte in Rezensionen eine von Bibliothekaren und Buchhändlern sogenannte graue Literatur vor.

von Ingrid Rosenberg-Harbaum und Reinhard Harbaum ● Aber nicht nur die graue Literatur aus den akademischen Amtsstuben der Nation wurde präsentiert, sondern in seiner eigenwilligen Postille in fraktalem Layout unterschiedlichster Typenkombinationen vereinigte Wintjes eine Palette subkultureller Blüten jenseits aller Animositäten. So brachte er in seinem geradezu überbordenden Magazin zwar nicht, um Wallace Stevens zu zitieren, den »Planeten auf den Tisch«, aber er baute in seiner Schaltzentrale den rebellischen Grüblern, Künstlern, Quer-und Vordenkern seiner Zeit ein einzigartiges Selbstbedienungsbüfett auf. Zu fairen Preisen fanden hier hungrige Geister, Kostverächter, Feinschmecker über den Tellerrand guter deutscher Hausmannskost hinaus Buchstäbliches in Heften, Heftchen, Paperbacks, geleimten und gedrahteten Readern, Würziges, Fades, Apartes, Delikates der besonderen Art diesseits und jenseits des offiziellen Buchhandels.

Im Abo erhielten wir kontinuierlich die *Ulcus Molle-Infos*, die jeden Umzug unbeschadet überstanden und bei Gelegenheit immer noch zuverlässig Auskunft geben über die Spannbreite der mittlerweile verblichenen Magazine, mit klingenden Namen wie *Gasolin 23, Lichtspuren, Narachan, Nachtmaschine, Loose Blätter Presse, Falk – Blätter für alles Mögliche*.

Transkontinentale Reiselektüre

Lag ein Brief adressiert mit Bibys großer steiler Handschrift in unserem Briefkasten, waren mal wieder von irgendwo da draußen Texte von Allen Ginsberg, Paul Blackburn, Gregory Corso oder Kenneth Patchen bei Josef Wintjes geordert worden, der sie bei uns bestellte, um sie (auf keinen Fall per Nachnahme) auf ihren Weg zu bringen, damit sie als Hauslektüre die Basis der Stadt- und Landszene erreichten oder als Reiselektüre transkontinental unterwegs waren.

Der Katalog-Index kategorisierte diese bundesrepublikanische speaker's corner eigenwillig: Spiritualität, fremde Kulturen, Freak Alltag, Nachschlagewerke, Umweltbeobachtung, gesunde Ernährung, Emanzipation, Politik, Drogenaufklärung, Belletristik, Beat, Reisebücher, Diverses. *altaQuito*-Publikationen landeten in der Rubrik Lyrik und Zeitschriften und wurden regelmäßig rezensiert. Geschäftliches war Ehrensache und wurde Vertrauen gegen Vertrauen geregelt. Hin und wieder versorgte er uns aus der Fundgrube seines Archivs mit amerikanischen small presses, schickte wahre Wundertüten mit little mags wie *Beatitude, Bardic Echoes* und *Coldspring Journal* oder Einzelveröffentlichungen wie Philip Whalens Everyday aus der Coyote Press, Konvolute, in denen sich Kurioses, Abseitiges, psychedelische Alphabete reinsten Wassers bündelten.

Wolkenbrüche in Mainz

In den frühen achtziger Jahren machten wir, aus einem regnerischen Antwerpen kommend, spätabends einen Stop in Bottrop, wo wir vor unserer nächtlichen Weiterfahrt unangemeldet Josef Wintjes in seinem sorgfältig geführten Büro besuchten. Danach saßen wir erst wieder auf der Mainzer Minipressenmesse zusammen, zu der Zeit, als das *Ulcus Molle Info* bereits nicht mehr erschien, und er sein Nachfolgemagazin *Impressum* herausgab. Unsere Stände lagen vis à vis im hinteren zweiten Zelt, wo bei einem der Mainzer Himmelfahrtswolkenbrüche sich das Wasser wie üblich seinen Weg ins Zelt hineinbahnte, und wir miteinander unsere Exponate in Sicherheit brachten. 1995 erreichte uns dann zum letzten Mal Post aus Bottrop. Josef Wintjes hatte über sein Versandantiquariat zwei Bücher besorgen können, die uns abhanden gekommen waren: Rolf Dieter Brinkmanns *Keiner weiß mehr* und Francois Truffauts großartiges Buch über Alfred Hitchcock.

Den Nachlass seines Infozentrums wissen wir als Stiftung zu Forschungszwecken an der Humboldt Universität mittlerweile an einem trockenen Ort. Er ist dort im Institut für Europäische Ethnologie als *Archiv für Alternativkultur* zugänglich.●

Ingrid Rosenberg-Harbaum und Reinhard Harbaum leben als Übersetzer und Herausgeber in Göttingen, wo sie zusammen den Kleinverlag »altaQuito« leiten, in dem seit 1979 zahlreiche Autoren der Beat Generation, insbesondere der San Francisco Renaissance, in deutscher Erstübersetzung erscheinen.

KULTURGÜTERUMSCHLAG

Der Würger von Bottrop

Der Würger von Bottrop, das war einer seiner vielen Spitz- und Decknamen, neben Bibiana X und Ulcus Molle und Literarisches Informationszentrum. Ach so, Josef Wintjes hieß er nebenbei auch noch.

von Herbert Friedrich Witzel ● Damals hatte ich in Kreuzberg in der Oppelner Straße 3 diesen alternativen Buchladen aufgemacht, »Kaventsmann Kulturgüterumschlag«. Mein mich beliefernder Großhandel hieß »pro media literaturvertrieb« und bestand aus Ruth Westerwelle nebst Eduard Jacobsohn, der zur Förderung des anarchistischen Gedankengutes in seinem Verlag Jacobsohn diese rot-grünen Bücher herausbrachte nach dem Motto: »Unsere Bücher sind leichter zu finden.«

Die beiden kannten natürlich den Wintjes. Und dann kam er also mit Frau und Kind nach Berlin zu Besuch und saß da auf dem hellen Teppichfußboden im dritten Stock des Seitenflügels dieses rot gebacksteinigten Vorderhauses der Marthakirche in der Glogauer Straße, wo Westerwelle-Jacobsohn wohnten, und ich entwickelte meine genialen Ideen und er gab sein Urteil dazu ab: »Das ist idealistischer Scheißdreck.«

Okay, er hatte recht, und der Kulturgüterumschlag war nach einem Vierteljahr schon wieder geschlossen, obwohl ich doch einen echten Hammerhit im Sortiment hatte, nämlich Bukowskis: »Gedichte, die einer schrieb, bevor er im achten Stockwerk aus dem Fenster sprang«, frisch verlegt bei Maro. Davon konnte ich jeden Tag immerhin ein bis zwei Stück verkaufen. Und »Der Mensch ist anders« von Dieter Duhm lief auch nicht schlecht.

Jedenfalls war Wintjes einer dieser seltenen Charaktere, die einen zugleich ermutigen und korrigieren können. Wenn du ihn angerufen hast, dann meldete er sich mit einem erwartungsvollen Fragezeichen: »Wintjes?« Ich glaube, das ganze Leben war für ihn eine Wundertüte, prall gefüllt mit mehr oder weniger gelungener Überraschungen.

In Berlin freute er sich schon auf zu Haus, auf die Tatsache, dass er zurück nach Bottrop kommt und der ganze Flur liegt so voll mit Post, dass er da beidhändig reingreifen kann wie Onkel Dagobert in seinen Geldspeicher.

Und wenn du ein Buch oder Heft oder Mehrfachblatt herausgebracht hast, dann nahm er dir erst mal auf Verdacht drei Stück ab. Irgendwer besprach es dann im übernächsten *Ulcus Molle Info*, und eines Tages lernte ich Jayne kennen, die zu den attraktivsten Bräuten auf dieser Seite des Mississippi gehört und damals gerade erst aus der Klapse entlassen worden war. Und Jayne kannte mich schon, weil sie nämlich den Wintjes kannte und bei dem irgendwelchen Lesestoff bestellt hatte, weeß ick, »Kompost Nummer Soundsoviel« von Werner Piepers Grüner Kraft oder so, und der Würger von Bottrop hatte ein Werk vom Witzel als Zugabenteil und Geschenk des Hauses mit eingetütet.

So klein war die Welt, oder jedenfalls hatte Wintjes sie so überschaubar gemacht. Danke dafür.●

Herbert Friedrich Witzel lebt als Autor in Berlin. Im Johannis Verlag (ISBN 3-501-05432-7) erschien seine Erzählung »Café Milath – eine Geschichte aus Berlin«.
www.johannis-verlag.de/shop/index.php?Content=produktdetail&ID=152

EIN GESPRÄCH MIT FRANZ NAHRADA

New Work, Wertkritik und Oekonux

»New Work« heißt das Konzept, mit dem Frithjof Bergmann der Krise der Arbeitsgesellschaft beikommen will. Weltweit stoßen Bergmanns Ideen auf große Resonanz, die ihren Niederschlag auch in praktischen Projekten gefunden hat. Franz Nahrada hat Bergmanns Konzept von »Neuer Arbeit« mit Andreas Exner erörtert, um das Verhältnis von New Work zur Wert- und Arbeitskritik zu klären und die Chancen, damit Wege aus dem Kapitalismus zu eröffnen, auszuloten.

Andreas Exner: *Wie würdest du die Eckpfeiler der New-Work-Idee beschreiben?*

Franz Nahrada: Im Grunde führt Frithjof Bergmann Gedanken weiter, die in ähnlicher Form von Alvin Toffler und Marshall McLuhan geäußert wurden: dass nämlich die Epoche der industriellen Produktion durch die Ausbreitung der Mikroelektronik und der Informationstechnologie nicht nur von der Produktionsseite ihre Grundlagen untergräbt, sondern auch von der Produktseite. Die Produkte industrieller Produktion werden durch die Implementation von Chips und Kybernetik selbst zu Produktionsmitteln. Die Veränderung der Produktion und der Produkte geschieht simultan. Eigener Schwangerschaftstest, eigene Textmaschine, eigene Druckerei. Unser Alltag ist eigentlich voller Dinge, die uns in die Lage versetzen, selber zu tun, wofür früher eine spezialisierte Funktion notwendig war.

Frithjof Bergmanns originäre Leistung ist es, diese simultane Veränderung – Arbeitsplätze werden wegrationalisiert und die Produkte werden immer intelligenter – zusammengeschlossen zu haben. Die Lohnarbeit geht zurück, und die Technologie der Eigenproduktion wird immer mächtiger: Man muss nur eins und eins zusammenzählen können, um zu sehen, welche Konsequenzen das haben könnte: Produzenten, die zunehmend weniger »Arbeitgeber« brauchen, weil sie eben direkteren Zugriff auf produktive Potenzen haben, können ihren Eigenarbeitsraum schaffen.

Im Gegensatz zu Toffler, der sich eine nicht marktförmige Lösung überhaupt nicht vorstellen konnte und kann, spricht Frithjof von der Notwendigkeit der zumindest parziellen Demonetarisierung – das versteht er unter »gemeinschaftlicher Eigenarbeit«. Aber das ist nur die Spitze eines Eisbergs: Mit der massenhaften Zunahme kopierender und realisierender Technologie wird die Qualifikationsstruktur der gesamten Arbeitswelt epochal umgewälzt. Auch innerhalb der Wirtschaft kommt es nicht mehr auf das Vollziehen von vorgegebenen Kommandos an, sondern auf die ständig steigende Eigentätigkeit. Diese steht natürlich unter dem Diktat von absurden betriebswirtschaftlichen Vorgaben.

Was brachte dich dazu, dich für dieses Konzept einzusetzen? Wo siehst du seine Chancen, wo liegen deiner Meinung nach die Defizite?

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.69 | Herbst 2005

Neue Dynamik im militanten Spektrum

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Bergmanns Konzept kann interessante Entwicklungen anstoßen. In Südafrika z.B. hat in der ANC-Regierung oder zumindest bei einigen Ministern der Zweifel an der Globalisierung zu historisch vielleicht bedeutsamen Ideen geführt. Der Nettoeffekt der Zurichtung von Land und Leuten als Produktionsstandort globaler Konzerne ist katastrophal. Die Idee, auf Eigenproduktion zu setzen, ist ähnlich revolutionär wie die Vertreibung der Bauern von der Scholle am Beginn der kapitalistischen Dynamik.

Gegenüber Frithjof hab ich nur eine Akzentsetzung vorgenommen, aber gemerkt, dass ihm die ganz recht war. Ich wies darauf hin, dass sich die Eigenarbeit in unbeschränkt großen Netzwerken des Informationsaustausches zu vernetzen imstande ist. Keine New-Work-Bewegung ohne Open Source. Das heißt aber: Je mehr eigenproduzierende Dörfer es auf der Welt gibt, umso stärker ist ihre Produktivkraft, Bandbreite und letztlich – ihre politische Macht.

Zweitens betone ich immer auch den ökologischen Gesichtspunkt. Das gesamte Techniksystem ist auf der Basis einer enormen Blindheit gegen die allgemeinen Produktionsvoraussetzungen aufgebaut. Ich meine, dass ein selbstbestimmtes menschliches Produktionssystem zum Beispiel dem Automobil nicht denselben Stellenwert einräumen kann wie ein von Kapital- und Absatzschlachten dominiertes. Umgekehrt sind wir heute in der Lage, stoffliche Kreislaufsysteme zu komponieren, die wie natürliche Biotope sich quasi automatisch selbst regenerieren.

Was ist das Neue an New Work? Bergmann plädiert zwar für eine radikale Selbstverwirklichung in Gemeinschaft, doch scheint es mir im Unklaren zu bleiben, inwieweit sein Konzept über eine bloße Utopie mit moralisierendem Unterton hinausgeht.

Mir scheint das Neue an New Work gerade das Insistieren darauf zu sein, dass »Selbstverwirklichung in Gemeinschaft« nicht die einsame Entscheidung einiger Individuen ist, die sich dann noch dazu mit dem Schicksal abfinden müssen, vom Mainstream der gesellschaftlichen Produktivkraft abgeschnitten zu sein.

Wir wissen spätestens seit Eric Hobsbawm, dass die Epoche der bürgerlichen Revolution Ergebnis eines jahrhundertelangen Wachsens der Keimform bürgerlichen Lebens innerhalb der alten feudalen Gesellschaft war, dass diese Keimform nicht zuletzt deswegen wachsen konnte, weil sie dem Interesse der Feudalherren an Reichtum für die Alimentation ihrer militärischen Gewalt entgegenkam. Die Wertkritik hat in dieser Hinsicht wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet. Der logische Schluss, dass es auch hinsichtlich der Überwindung bürgerlicher Verhältnisse einer ähnlichen Keimform bedarf, die systemkonform und systemsprengend zugleich wirkt, wurde nur von einigen Leuten im Umfeld von Oekonux überhaupt durchdacht.

Frithjof Bergmann ist keineswegs moralisierend, er zeigt sogar, wie die jahrhundertelange Gewöhnung an Lohnarbeit und Geld eine säkulare »Armut der Begierde« erzeugt hat, also eine Unfähigkeit zu einer Selbstbestimmung, die sich nicht in vom Markt vorgekauten Alternativen bewegt. Aber diese »Armut der Begierde« ist kein Schicksal, und genauso wie die verschiedenen Phasen der Subsumtion unter die Sachzwänge des Geldes und der ihm dienlichen Gewaltverhältnisse ein schrittweiser Gewöhnungsprozess waren, genauso verhält es sich eben mit der Aufhebung dieser gesellschaftlichen Verkehrsformen. Nur derjenige moralisiert nicht, der dem Willen einen gangbaren Weg zeigt, aus seiner Ohnmacht herauszufinden.

Liest man Bergmann, so findet man wenig Gesellschaftskritik oder Theorie, dagegen viele Appelle.

Krise heißt auch immer Möglichkeit des Neuen, und warum sollte denn das nicht interessieren? Gerade jemand, der an vorderster politischer Front steht, sollte es verstehen, dieses Neue auch so zu erfassen und zu vermitteln, dass es massenhaft verständlich und handhabbar wird. Dieses Neue ist keine neue Gesellschaftsformation, es ist zunächst noch neue Praxis im alten Rahmen. Das Buch »Neue Arbeit, neue Kultur« ist eine Spurensuche, wie sich dieses Neue zu organisieren vermag; wie es das massenhafte negierende Urteil Lügen straft, das durch die Entlassung, die sozialstaatliche Entmündigung und Passivierung, das Nicht-in-Dienst-Nehmen oder die Prekarisierung über die Menschen gesprochen wird; wie es sich dabei allerdings auch mit einer Gesellschaft zu arrangieren vermag, deren Tage wohl gezählt sind.

Frithjof weist nach, wie massiv die Kompetenz und Professionalität, das ungeheure Potenzial der nicht mehr kapitalistisch organisierbaren Kreativität und Produktivität angewachsen sind. Ein Potenzial, das alles andere will als ein weiteres Wachstum des Schrottplatzes, der ungeheuren Warensammlung, die sinn- und ziellos unser Leben überflutet. Eine Bewegung, der es um intelligente Produktion, um Wiedergewinnung von Kontrolle über das eigene Leben, um Gestaltung von Qualitäten und Beziehungen geht, wächst aus der vernachlässigten Menge von Wissen und Können. Ja, an dieses Potenzial richtet sich Frithjofs Appell, sich zusammenzutun und sich nicht mehr den Imperativen des Lohns und der Fremdbestimmung zu unterwerfen. Die technologische Kraft der assoziierten Arbeit ist so stark geworden, dass sie das Kapital über weite Strecken nicht mehr braucht. Das klingt unglaublich, weil uns ständig das Gegenteil eingetrichtert wird: dass das Kapital die Arbeit nicht mehr braucht.

Die Betonung »unternehmerischen Geistes« im Verein mit einer grundsätzlichen Marktgläubigkeit weckt bei mir die Befürchtung, dass Bergmanns New Work letztlich bloß der Ausweitung der Ich-AGs Vorschub leistet.

Frithjof pflegt an dieser Stelle zu sagen, dass es keine größere Sklaverei gibt als die der so genannten Selbständigen, die zu Sklaven des Markts geworden sind. Er setzt eine sehr deutliche Abgrenzung zur rein formellen Freiheit der Selbstausbeutung. Diese Abgrenzung kann mehrfach praktisch werden:

1. Durch den Primat des »Calling«. Es geht primär darum, die eigenen Bedürfnisse zu spüren und die Art, wie jeder sein Leben in Gesellschaft vollzieht, was es ihn zu geben drängt. Leben ist ein Prozess von Geben und Nehmen, und Selbstentfaltung ein Prozess, in dem wir unsere tätige Seite leidenschaftlich entfalten. Ob sich der Austausch marktförmig vollzieht oder in einer anderen Vermittlungsform, das ist keineswegs unwichtig – aber die Definition dessen, wodurch wir mit anderen Menschen das sind, was wir sind, nimmt uns kein höheres Wesen ab.
2. Durch die Assoziation. Keiner kann seine Arbeit alleine und gegen die anderen tun. Dies ist eine Illusion, die uns eingetrichtert wird. New Work besteht auch darin, die richtigen Gemeinschaften und Soziotope auszuwählen und zu finden, in denen lohnende und befriedigende Formen der Selbstorganisation von Arbeit möglich sind.
3. Durch die radikale Senkung der Lebenshaltungskosten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Lebensqualität. Möglich wird dies durch Kreislaufschlüsse assoziierter Arbeit, Gemeinschaftsbildung, Ressourcenpooling etc.

Freilich: Die Netzwerkbildung ist auch für diejenigen interessant, die innerhalb des alten Systems keine Chancen mehr gegen Monopole und geballte Kapitalmacht haben. Das ist eine unvermeidliche Überschneidung. Durch die flexible Automation und die offenen Wissensquellen kommt es auch zu einer Renaissance des Handwerks und der kleinen Betriebe. Doch deren Unternehmer sind nicht mehr dieselben »Kleinbürger«, die wir aus der Vergangenheit kennen. Unter der Hand haben sie sich ebenfalls in kooperative Produzenten verwandelt, die von partizipativen Ressourcen gestärkt werden und sie selbstbewusst ausbauen. Eine nicht uninteressante Perspektive!●

(gekürzt aus Streifzüge – wertkritisches Magazin, Nr. 34)

Literatur:
Robert Kurz (1997): Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des »Marxismus«, krisis 19/1997.
Volker Hildebrandt (1999): Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts. Von der »Neuen Arbeit« zurück zur »Alten Arbeit«. In: Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.): Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit, Hamburg, vergriffen. Online:
www.streifzuege.org/feierabend_hildebrandt.html
Frithjof Bergmann (2004): Neue Arbeit, Neue Kultur, Freiburg.

Reparaturführer für Wiesbaden

Eine praktische Hilfe beim Auffinden von Firmen in der Region Wiesbaden, die Geräte reparieren, verleihen oder gebraucht verkaufen, bietet das Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden ab sofort mit dem »Online-Reparaturführer«. Über 1.100 Firmen, die sich über Suchbegriffe und Branchen aufrufen lassen, sind darin eingetragen. Der Online-Reparaturführer ist eine Kooperation des Wiesbadener Umweltamtes mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises. Das Umweltamt möchte mit dem Reparaturführer den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern.

Info:
www.wiesbaden.de/reparaturfuehrer

WELTSOZIALFORUM 2006

Im kommenden Januar wird zum sechsten Mal das Weltsozialforum stattfinden. Zum ersten Mal wird es allerdings nicht ein zentrales Forum geben, sondern drei »Teilforen« in verschiedenen Kontinenten. Vom 24. bis zum 29. Januar findet ein Treffen in Bamako (Mali/Afrika) statt, eines in Karachi (Pakistan/Asien) und das dritte in Caracas (Venezuela/Amerika). Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, werden doch in den Städten jeweils zehntausende Aktivistinnen und Aktivisten aus den verschiedensten Teilen der sozialen Bewegungen erwartet. TeilnehmerInnen, Organisationen, HelferInnen und JournalistInnen werden aufgefordert, sich für Aktivitäten zu registrieren.

Das Weltsozialforum soll in der Tradition des ersten Forums im Jahr 2001 in Porto Alegre in Brasilien einen Raum bieten, der es den sozialen Bewegungen ermöglicht zusammenzukommen, zu diskutieren und Strategien für eine andere, eine bessere Welt zu entwerfen. Das bedeutet, dass die Realisierung weitgehend von den AktivistInnen und Organisationen abhängt, die an ihm teilnehmen. Deshalb werden zur Zeit alle Menschen und Organisationen, die sich aktiv an der Gestaltung beteiligen wollen (z.B. durch das Anbieten von Workshops oder anderer Veranstaltungen), dazu aufgerufen, sich auf den Websites der Foren zu registrieren.

Links:
Registrieren: www.wsf2006.org/
WSF 2006: www.forumsocialmundial.org.br/
Sozialforum in Bamako: www.fsmmali.org/
Sozialforum in Karachi: www.wsfkarachi.org
Sozialforum in Caracas:
www.forosocialmundial.org.ve/
Weltsozialforum: www.weltsozialforum.de
Wikipedia:
http://de.wikipedia.org/wiki/Weltsozialforum

STUTTGARTER FRIEDENSPREIS FÜR GIULIANA SGRENA

AnStiften gegen Gewalt und Vergessen

Zum zehnten Mal verleiht das BürgerInnenprojekt »die AnSTifter« den Friedenspreis, anfangs in Dresden, zum dritten Mal nun in Stuttgart. Die Auszeichnung für Zivilcourage, Gerechtigkeit und Solidarität ist mit 5.000 Euro dotiert und geht in diesem Jahr an die italienische Journalistin Giuliana Sgrena. Bekannt wurde sie durch ihre Gefangennahme und den nachfolgenden Medienrummel im Irak – den Friedenspreis erhält sie jedoch für ihre kontinuierliche Arbeit als Pazifistin und Journalistin, die sich besonders der Rolle der Frauen im Islam widmet.

Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Die Jury des Friedenspreises zeichnet Giuliana Sgrena »stellvertretend für alle mutigen JournalistInnen aus, die außerhalb der von den Siegern genehmigten Bedingungen und der Wahrheit verpflichtet recherchieren. Wir ehren eine mutige und unerschrockene Frau, die mit distanzierter Analyse, kühlem Bericht und mitfühlender Reportage über die zweite Seite von Kriegen und Krisen berichtet und den Kriegsparteien niemals traut. Sie ist eine Aufklärerin im besten Sinn des Wortes.« Frühere PreisträgerInnen waren u.a. die Belgrader Frauen in Schwarz, das Projekt »Ferien vom Krieg« für Kinder und die palästinensische Schülerin Lama Tarayra, die sich mit einem mutigen Brückenprojekt für die Verständigung mit israelischen SchülerInnen einsetzte.

Die AnStifter wurden vom Schauspieler Peter Grohmann erst in Dresden und danach in Stuttgart initiiert und verstehen sich als offenes BürgerInnenprojekt, das »zum gesellschaftlichen Diskurs und zur Vernetzung internationaler Kultur ermuntern sowie zur Mitarbeit einladen will: Frieden stiften, Streit schlichten, Zivilcourage zeigen!« Sie finanzieren den Friedenspreis durch Spenden von derzeit 600 SpenderInnen, den Mittelpunkt ihrer Arbeit bilden jedoch die jährlichen Lesungen in Schulen am 9. November. »Gegen Gewalt und Vergessen« lesen etwa 220 SchauspielerInnen, SchriftstellerInnen und lesende AnStifterInnen an verschiedenen Schulen im Umkreis von Stuttgart ausgewählte Texte und diskutieren mit den SchülerInnen.

AnSTifterIn ist, wer diese Arbeit und den Stuttgarter Friedenspreis mit jährlich mindestens 50 Euro unterstützt. Alle Arbeit erfolgt ehrenamtlich. Eine geplante Stiftung soll das Projekt langfristig sichern.●

Friedensgala mit Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises: Fr. 18. 11., 19.30 h, Theaterhaus Stuttgart; Mutiger Journalismus, Diskussion mit Giuliana Sgrena, Sa. 19.11., 15 h, Uni Stuttgart (Eintritt frei)

Die AnStifter, Olgastraße 1A, D-70182 Stuttgart
www.die-anstifter.de

NEUE LINKSPARTEI – HISTORISCHE CHANCE?

Debatte

Soziale und kulturelle Linke

Durch die neue Linkspartei ist einiges in Bewegung gekommen. Stramme Gewerkschafter plädieren für eine starke außerparlamentarische Linke als Korrektiv gegenüber der Partei (Schmitthenner 2005) und Alt- und Postautonome appellieren in einem offenen Brief an das Parteiprojekt. Nicht nur in diesen beiden Beispielen wird übersehen, dass es zwei unterschiedliche Register gibt, unter denen Linke derzeit sprechen und handeln.

Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Die beiden Register haben sich historisch gebildet und sind mit ursächlich für die Probleme der Linken (miteinander): Es gibt *a) soziale Linke*. Dies sind die (alten) sozialen Bewegungen, also Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, und auch der Staatssozialismus. Sie treten für Gerechtigkeit durch materielle Umverteilung ein, die Ökonomie wird als Zentrum der Gesellschaft angesehen, vorrangiger Akteur zur Herstellung von Gerechtigkeit ist der Staat.

Daneben gibt es *b) kulturelle Linke*. Dies sind v.a. die sog. neuen sozialen Bewegungen (feministische und Schwulenbewegung, Bürgerinitiativen, kulturelle und antirassistische Initiativen etc. pp.). Sie fordern zwar auch Umverteilung, betonen aber stärker die Herstellung von Gerechtigkeit durch die Anerkennung von Differenzen (z.B. Geschlechterfragen, Antirassismus, Demokratisierung, Lebensstile); die Akteure sind Staat *und* Zivilgesellschaft. Diese Unterscheidung stammt aus den Debatten in den USA (Fraser 2001), sie ist auf die Verhältnisse hierzulande, wo die soziale Linke gesellschaftlich weit mächtiger und die kulturelle Linke weit weniger akademisiert ist als in den USA, nicht vollständig übertragbar.

Es gibt also *zwei unterschiedliche* Register. Das ist *kein* Ost-West-Problem. Die Spaltung und die Probleme zwischen den Linken, die nach diesen beiden Registern sprechen und handeln, treten auch in der Debatte um das neue Wahlprojekt auf. Das Wahlprojekt (und dabei, soweit ich das beurteilen kann, die WASG noch stärker als die aktuelle Linkspartei.PDS) ist sehr stark vom Umverteilungsregister der sozialen Linken geprägt.

	soziale Linke	kulturelle Linke
zentrale Referenz: weitere Referenzen Existenzsicherung	Ökonomie Arbeit (Voll-)Beschäftigung	Kultur, Diskurs Existenz, Sexualität, "Rasse" soziale Grundrechte,
politisches Ziel a) b) erreicht durch	 Sozialismus Soziale Gleichheit Umverteilung	 soziale/persönliche Befreiung Anerkennung von kulturellen Werten Anerkennung von Gruppen und ihren Unterschieden
philosophische Referenz philosophischer Ziel Kampf gegen handelnde Akteure kollektive Organisationsform persönl. Organisationsform	Moderne Gleichheit Ausbeutung Klasse Staat Partei	Postmoderne Differenz Unterdrückung Gruppen, Einzelpersonen Bewegung Individuum
vorrangiger Gegenstand des politischen Handelns	materielle Ordnung	symbolische Ordnung

Die ist einerseits angesichts der Verarmung etc. gerechtfertigt, greift aber andererseits zu kurz, da dieses Register Fragen der Pluralität verschiedener Lebensstile unterbewertet. Als Beispiel: Neoliberalismus wird im Umverteilungsregister fast nur als Horror-Programm der bösen Herrschenden angesehen (im Extremfall gibt es die Vorstellung, dass vom Neoliberalismus nur 5 Prozent der Bevölkerung profitieren und der Rest ausgeplündert werde).

Im Anerkennungsregister wird Neoliberalismus dagegen als Reaktion auf die durch Kämpfe von unten verursachte Verwertungskrise verstanden: Der Regelarbeitsvertrag ist für viele Linke keine Realität und erst recht keine politische Utopie mehr. »Arbeit soll das Land regieren« (so die PDS 2002), ist nicht nur für kulturelle Linke eine Drohung, keine Utopie.

Damit sind wir mitten in der *Programmatik*, die ist nicht alles, da Papier bekanntlich sehr geduldig ist. Hier ist im Zuge der Neuformierung der Linkspartei (oder wie immer sie dann heißen wird) vieles noch ungeklärt. Diese Diffusität ist kein Alleinstellungsmerkmal des Parteiprojekts, sie ist auch in den sozialen Bewegungen registrierbar. Nur einige Beispiele seien kurz erwähnt.

1. Wachstum ist heute kein per se positiver Wert, da dadurch negative ökologische/weltwirtschaftliche Folgen eintreten, bzw. Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen entkoppelt sind.
2. Entkopplung von Arbeit und Einkommen: der tendenziell männliche Alleinernährer ist keine emanzipative Utopie, viele Menschen wollen auch gar nicht mehr Vollzeit arbeiten, es müssen Antworten auf die Prekarisierung von oben und jene von unten gefunden werden, etwa durch eine armutsfeste Grundsicherung.
3. Außenpolitik, Antiamerikanismus und Antimilitarismus. Hier besteht das Dilemma zwischen einer Stärkung der EU gegenüber den USA einerseits, die Gefahr der Entstehung/Förderung von Ressentiments gegen den Westen, ferner muss diskutiert werden, wie die Linke gegen Islamismus weltweit und in Deutschland vorgehen will.
4. Globalisierungs- und Kapitalismuskritik ist nicht per se fortschrittlich, es gibt darunter viele antiwestliche und antimodernistische Positionen.

Was tun?

Es gibt das Interesse von Einzelpersonen an einer wirklich neuen linken Partei, und wenig organisiertes Eingreifen aus den sozialen Bewegungen. Dies liegt auch daran, dass die Signale für eine Öffnung seitens der Linkspartei.PDS und auch der WASG derzeit relativ schwach sind. Das Zusammengehen zur Bundestagswahl verlief als für die Bewegungen und die Linke jenseits der beiden Parteien nicht transparenter Prozess von oben nach unten. Das bisherige Agieren der Bundestagsfraktion lässt nur bescheidene Signale in Richtung neuer Politikinhalte und noch wichtiger: eines anderen Politikstils erkennen.

Die Fragen liegen auf dem Tisch:
● Wie kann der Dialog zwischen Linkspartei und den vielen Linken jenseits davon aufrechterhalten/ in Gang gesetzt werden?
● Wie kann lokale und regionale Gegenmacht zur Fixierung auf Prominente im speziellen und das Übergewicht der Bundestagsfraktion im allgemeinen geschaffen werden?
● Wie kann programmatische Erweiterung gegenüber dem zu erwartenden sozial- und wirtschaftspolitischen Schwerpunkt in der Bundestagsfraktion und der dadurch produzierten Außenwahrnehmung organisiert werden?

Die neuen sozialen Bewegungen sind stark vom Anerkennungsregister geprägt, sie haben in der Regel keinen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, das Wahlprojekt ist der Versuch eine gesamtgesellschaftliche, teilbereichsübergreifende programmatische Synthese zu wagen, das macht das Projekt interessant und auch seine Stärke aus. Die von den AktivistInnen der sozialen Bewegungen aufgeworfenen politischen Fragen, das dort angesammelte Wissen und der angesammelte Erfahrungsschatz sollte von der Partei ohne Vereinnahmung ernsthaft zur Kenntnis genommen werden.

Dabei ist immer in Rechnung zu stellen: Die Erfahrung mit der Entwicklung der *Grünen* ist – erst recht in den alten Bundesländern – sehr präsent. So weigern sich viele Linke heute, für die Linkspartei einzutreten, weil sie schon einmal von einer Partei tief enttäuscht wurden und diese Erfahrung berechtigterweise nicht nochmals machen wollen. Gleichzeitig ist die Überschätzung der Bedeutung und der Macht von Parlamenten bei Partei- und ParlamentarismuskritikerInnen mitunter weiter verbreitet als bei Linkspartei-Abgeordneten. Gleichzeitig herrscht bei den linken KritikerInnen der Linkspartei der Irrglaube vor, deren Basis sei progressiver als ihre FunktionärInnen.

Über die Frage, welche Funktion Bewegungen und welche Parteien im beginnenden 21. Jahrhundert haben, bzw. wie ihr Verhältnis gestaltet werden kann, besteht noch großer Diskussionsbedarf. Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit ist zwar die primäre Motivation der WählerInnen einer neuen Linksformation, es bleibt aber offen, ob dieser Aspekt zur Gestaltung der politischen Programmatik ausreicht. Die neue Linksformation muss auch die Bereitschaft zur Selbstveränderung mitbringen – wenn sie mehr sein soll, als die endlich neue, wahre Sozialdemokratie.

Abschließend das *Plädoyer*, – auch in Richtung der parteiefernen Linken – den Prozess weiter politisch mit eigenen Forderungen zu begleiten, mit vorsichtiger Erwartung eines offenen Endes *und* der Bereitschaft zum Bruch. Es ist noch *völlig offen*, ob ein qualitativ wirklich neues linkes Projekt entsteht. Ein solches politisches Projekt muss nicht nur eine Verbindung zwischen kultureller Anerkennung und sozialer Gleichheit herstellen, sondern eine Vereinigung dieser beiden Register in Angriff nehmen.●

Überarbeitete Fassung eines Redebeitrages zur Veranstaltung *Neue Linkspartei – Historische Chance oder alter Wein in neuen Schläuchen?* der Rosa Luxemburg Initiative Bremen am 25. Juli 2005. Der Text erscheint ungekürzt in Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Heft 64 (Dezember 2005)

Literatur:
Nancy Fraser: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates; Frankfurt 2001
Michael Hardt/Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt 2004
Horst Schmitthenner: Gleiche unter Gleichen, in: Freitag vom 2.9.2005

Wahlkampf der »Linken" am 31.8.2005 in Dortmund Foto: arbeiterfotografie.com

EINFÜHRUNG IN DIE DEBATTE

Mit diesem Schwerpunkt möchten wir eine Debatte eröffnen, die aus Sicht der Selbstorganisations-Szene die Linkspartei kritisch begleitet, und zu der wir in jeder Ausgabe der CONTRASTE einige Beiträge veröffentlichen werden.

Bernd Hüttner untersucht in »Soziale und kulturelle Linke« Herkunft und Inhalte von zwei Hauptströmungen der Linken, und wirft auf dieser Grundlage einen kritischen Blick auf die Linkspartei. Matthias Jochheim und Heiko Lietz betonen in »'Eine andere Welt ist möglich' – frommer Wunsch oder realistische Option?« die Notwendigkeit außerparlamentarischer Bewegungen und formulieren Fragen zu ihren Einflussmöglichkeiten auf parlamentarische Politik. Ulrich Steinmeyer skizziert »Strategische Optionen für die Linkspartei« mit Blick auf soziale Bewegungen. In »Privatisierung – Anatomie einer profitablen Täuschung« setzt Werner Rügemer der gängigen staatskritischen und individualisierenden Ideologie die Notwendigkeit von Gemeinschaft entgegen. Christoph Spehr konkretisiert dies, indem er in »Think Big! Kooperativen und linke Visionen« die politische Bedeutung von Kooperativen umreißt. Sehr konkret beleuchtet Judith Dellheim den Spannungsbogen zwischen selbstorganisierten Projekten und der Linkspartei in ihrem Beitrag »Endlich Grundsatz- und Strategiedebatte führen«.●

Elisabeth Voß

»EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH«

Frommer Wunsch oder realistische Option?

Die andere Welt, die wir meinen, sollte allen Menschen lebenswerte Bedingungen zu ihrer körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung bieten, ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben ermöglichen, und die natürliche Umwelt auf schonende und zukunftsfähige Weise nutzen.

Matthias Jochheim, Heiko Lietz

Kein Vertrauen mehr in politische Parteien

Anders werden muss sicher nicht zuletzt die *politische* Welt: Denn unsere gesellschaftliche Krise ist auch eine »Krise der Repräsentativität« (Rosanna Rossanda beim Europäischen Sozialforum in Florenz), eine offene Krise der Parteiendemokratie, die eben tatsächlich elementare gesellschaftliche Interessen der Bevölkerung nicht mehr vertritt, sondern sich zum ausführenden Organ demokratisch kaum legitimierter ökonomischer Interessen hat degradieren lassen, welche alle anderen Belange der entfesselten Akkumulation des Kapitals unterordnen wollen. Die Tendenz der Parteien, die politischen Entscheidungsprozesse weiter zu monopolisieren, und damit die Demokratie ihrem Machtkartell unterzuordnen, führt dann nicht nur zu Parteienverdrossenheit, sondern schnell auch zu einer generellen Politikverdrossenheit.

»There is no Alternative«, der von Margaret Thatcher geprägte Slogan der Neoliberalen, gilt eben v.a. für die etablierten politischen Parteien bei uns, die sich, von Nuancen abgesehen, als ganz große Koalition betätigen, von Mecklenburg bis Oberbayern.

Soziale Bewegungen: Vorboten einer demokratisch-emanzipierten Gesellschaft

Sich mit parteipolitischer Vertretung nicht mehr zu begnügen, sondern gegenüber dem »Terror der Ökonomie« den notwendigen Raum für eigenständige demokratische Gestaltung der Gesellschaft einzufordern, darin liegt die Brisanz der globalisierungskritischen Bewegung. Sie akzeptiert die vorgebliche Trennung von »Politik« und »Ökonomie« nicht mehr. Sie ist weit mehr als eine Protestbewegung, denn sie entwickelt Ansätze zur Transformation, zur Erweiterung der Demokratie durch den Anspruch auf unmittelbare Partizipation, durch egalitäre, zumindest hierarchiearme Strukturen, bei gleichzeitiger internationalistischer Vernetzung und klarer Unabhängigkeit von Kapitalinteressen.

In einer Demokratie der Zukunft werden die Bürgerinnen und Bürger selber ihre Lebensverhältnisse umfassend und aktiv gestalten, und damit von *Anhängseln* anonymer Markt- und Wirtschaftsmechanismen zu selbstbestimmten Akteuren in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen werden.

Fragend gehen wir voran – soziale Bewegung als permanenter, bewusster Entwicklungsprozess

Die Sozialforen haben bisher schon eine überragende Rolle gespielt, gerade auch durch den politischen Pluralismus, der hier auf der Grundlage eines sehr weit gefassten Konsens bewusst gepflegt wurde. Die selbstzerstörerischen Rituale, die die traditionelle politische Linke im

Fortsetzung auf Seite 8

DAS »GUTE LEBEN« FÜR ALLE

Debatte

Strategische Optionen für die Linkspartei

Seit 70 Jahren ergibt sich die erste Chance, eine stabile gesamtdeutsche Partei links von der SPD etablieren zu können. Hintergrund ist die Wandelung der SPD in den letzten Jahren hin zu »sozialliberalen« Positionen. Diese neue Positionierung kommt keinesfalls aus dem Nichts, sondern ist Ergebnis sich wandelnder gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und der damit einhergehenden Veränderung kapitalistischer Reproduktionsbedingungen.

Ulrich Steinmeyer, Verden ● Kernpunkt der Partei muss vermutlich der Bezug auf die »kleinen Leute« sein. Die Partei sollte in der Lage sein, die Prekarisierten (an den Rand gedrängte) aufzufangen (und nicht zur NPD abwandern zu lassen). Allerdings mit einer Politik, die ein breites linkes Spektrum einbezieht und sich den gesellschaftlichen Verwerfungen der letzten 25 Jahre bewusst ist. Ein Zurück zum alten Sozialstaat wird es nicht geben. Die Bedingungen dazu gibt es nicht mehr. Für die veränderten Lebensbedingungen vieler Menschen (Risikogesellschaft) müssen neue Lösungen her.

Die Lohnarbeitsfixierung muss fallen zugunsten umfassenderer Sicherungssysteme (Grundsicherung, Bürgerversicherung) und integrative gesellschaftliche Kräfte und Institutionen müssen gestärkt werden (z.B. Ganztags-Gesamtschulen). Auch muss der »Wettbewerbsstaat« über Angleichungen im sozialen und ökologischen Bereich auf europäischer Ebene zurückgedrängt werden. Neben den sozialen Feldern ist ein Politikansatz, der auf ein nachhaltiges Wirtschaften zielt unerlässlich. Eine Wachstumskritik muss formuliert werden, die in der Lage ist, »das gute Leben« ohne Wachstum für alle zu realisieren.

Anders als in den 60-er Jahren kann ein sozialer Ausgleich nicht über die Verteilung der Zugewinne organisiert werden. Vor uns steht die Aufgabe, die ökologische Frage mit der sozialen in Einklang zu bringen, was bei keinem oder geringem Wachstum nur auf Kosten der Wohlhabenden geht. Wenn wir das nicht schaffen, zumindest programmatisch zu formulieren, müssen wir uns nicht über Schwarz-Grüne Bündnisse in der Zukunft wundern. Wenn wir nicht für linke Grüne wählbar werden, haben die Grünen wenig Grund nicht nach rechts abzuwandern. Die können bei ihrer Wählerschaft die ökologische Frage auch bearbeiten ohne für einen sozialen Ausgleich zu sorgen.

Unter einer solchen Politik würden, ganz nebenbei vor allem die Frauen weltweit zu leiden haben. Die Geschlechterfrage mit der sozialen Frage zu verbinden ist ein weiterer wichtiger Programmpunkt für die Linke, der auch den Grünen zusetzt und deren Abwanderung nach rechts bremsen könnte, da die Frauenpolitik zu den originären Punkten Grüner Programmatik gehört.

Foto: Toni Suter

Was tun?

Die spannende Frage ist nicht, ob die Linkspartei irgendwann auch mal mitregieren darf (was sie ja schon längst tut) und sich unsere Parteigenossen auf Ministersesseln niederlassen dürfen, sondern ob wir gesellschaftliche Diskurse in unserem Sinne prägen können. Das hat durch die Umgründung zur Linkspartei und das Bündnis mit der WASG schon mal ganz gut geklappt. Auf einmal wurde die SPD wieder sozial und die Grünen eine linke Partei, zumindest nach außen. Die Diskurse haben sich verschoben. Der Kapitalismus darf wieder offen als solcher benannt und kritisiert werden und Kirchhof ist schneller in der Versenkung verschwunden, als er aufgetaucht ist. Über die NPD redet auch kaum noch einer. Ob sich auch an der realen Politik etwas ändert, darf bezweifelt werden. Zumindest wird es bei Christiansen nicht mehr so einheitlich neoliberal zugehen wie die letzten Jahre.

Mittelfristig sollte versucht werden, bestimmte Pflöcke einzurammen und Schwerpunktthemen zu setzen, die materiell relevant sind, den Kapitalinteressen den Zugang zu bestimmten Lebensbereichen verbauen und zu vereinheitlichenden materielle Lebensbedingungen beitragen können und damit die Kampfbedingungen für eine linke Politik verbessern. Dazu eignen sich z.B. die Grundsicherung/Bürgerversicherung und Ganztags- Gesamtschulen. Solche Konzepte sind nach Umsetzung eine gute materielle Grundlage für weitere linke Projekte und Kämpfe. Sie wirken gesellschaftlich integrativ und ausgleichend und verbessern die Lebensbedingungen vieler Prekarisierter.

Fortsetzung nächste Seite

PRIVATISIERUNG

Anatomie einer profitablen Täuschung

Privatisierung: das ist so etwas wie ein Zauberwort. Es ist schon lange im Umlauf, ein Jahrzehnt, zwei Jahrzehnte. Kaum jemand wird sich noch an die Anfänge erinnern, das Zauberwort wurde Alltagsformel, wird inzwischen auch lustlos hergebetet wie andere Gebete, die man zwar nicht glaubt, aber trotzdem befolgt.

Werner Rügemer, Köln ● Nur mithilfe der Privatisierung könnten die leeren öffentlichen Kassen wieder gefüllt werden, heißt es. Aber Privatisierung soll noch viel mehr können. Wenn Privatunternehmen die Müllabfuhr, den Bau von Rathäusern und die Reinigung von Klassenzimmern übernehmen, dann soll dies sowieso viel besser sein: nämlich unbürokratischer, und anpassungsfähiger an wechselnden Bedarf, und zudem sowieso viel billiger als beim Staat. Denn der Staat, das gehört zu diesem weltlichen Vaterunser, ist ein gefräßiger Moloch, der dem Bürger die letzten Euros aus der Tasche ziehe und die Privatinitiative abtöte.

Nun waren unsere sogenannten verantwortlichen Politiker sehr gelehrig. Sie taten brav, wie ihnen geheißen und privatisierten. Noch nicht genug natürlich, aber doch schon ziemlich viel. Mehr jedenfalls als die meisten Bürger gemerkt haben. In den Schulen und Universitäten schieben längst private Putzkolonnen die Kehrmaschinen durch Gänge und Foyers. Neue Rathäuser, Kongresszentren und Kindergärten wurden von privaten Investoren gebaut und dann von den Städten angemietet. Privatfirmen betreiben Müllverbrennungsanlagen und Buslinien.

Komischerweise sind die öffentlichen Kassen immer noch nicht gefüllt, wie versprochen. Das scheint aber niemanden zu interessieren. Im Gegenteil. Weil die öffentlichen Haushalte noch mehr verschuldet sind als vor einem Jahrzehnt, soll es mit der Privatisierung jetzt erst richtig losgehen. Bisher tabuisiertes Vermögen der Städte soll an die Reihe kommen, fordern die Privatisierer.

Zusätzlich soll die Privatisierung mit der sogenannten »Ich-AG« in die Seelen eindringen und das Alltagsverhalten des ohnehin schon privatistisch zermürbten Einzelkämpfer-Volkes bestimmen. Arbeitslose und solche, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, sollen sich wie Privatunternehmen organisieren, gar als Aktiengesellschaften. Auch wenn ihr »Unternehmen« nur eine einzige Aktie hat. Die Arbeitssuchenden sollen ihre Eine-Aktien-Ichs größeren Unternehmen als superbillige Subunternehmer anbieten.

Sicherlich, es regt sich Widerstand. Aber für die meisten Bürger ist der Staat das tief eingefressene Feindbild. Dafür gibt es gute beziehungsweise schlechte Gründe: Hohe Steuern, bürokratische Gängelei, Bürgerferne. Gewiss! Aber sind denn Großunternehmen besser, die immer noch das Image haben, unbürokratisch und bürgernah zu sein? Haben Sie schon mal bei der Telekom eine Beschwerde wegen der Rechnung über nicht geführte Telefongespräche eingereicht? Oder bei Ihrer Bank als Mittelständler oder Häuslebauer einen Kredit beantragt? Oder von Ihrer Bank Schadenersatz wegen falscher Beratung gefordert? Haben Sie da unbürokratisches Handeln und Bürgernähe erfahren?

Eigenartig, diese nachhaltige Wahrnehmungsverschiebung. Sie wird nicht nur durch die ideologischen Gebetsmühlen der Privatisierungsgewinnler verfestigt. Auch die Angst der Arbeitslosen, ja selbst der noch Arbeitenden trägt zu einer geistigen Erstarrung bei, an der die wirklichen Verhältnisse abprallen wie Regentropfen an der durchsichtigen Fensterscheibe. Und lange bevor die Vereinzelung der um ihre Existenz kämpfenden Individuen mit der Ich-AG ihren öffentlichen Begriff bekam, waren die Vereinzelten schon privatistisch erstarrt. Jeder kämpfte bereits gegen jede im Privatisierungs-Dschungel. Denn vom Staat können sich nicht nur die Schwachen, sondern auch die durchschnittlich Starken immer weniger Hilfe erhoffen.

Wenn wir unsere Bilanz nicht mit einem ergebenen AMEN abschließen wollen, dann müssten wir, meine ich, in etwa zu folgendem Schluss kommen: Das, was gemeinschaftliches Leben und Daseinsvorsorge ist, muss neu erfunden und erkämpft werden. Gewiss, so hatten wir nicht gewettet, als die neue Demokratie in Deutschland gegründet wurde, vor einigen Jahrzehnten und zuletzt vor etwa einem guten Jahrzehnt, wenn ich mich da noch richtig erinnere.

Aber vielleicht erinnern Sie sich: wo zwei oder drei im Namen von Wahrheit und Gemeinschaft versammelt sind... Oder auch zwanzig oder dreißig... Da könnte sich wieder etwas bewegen. Übrigens, das ist meine Erfahrung, wenn wir uns versammeln zu zweit oder dritt oder zu zwanzig und dreißig, da kann man erstaunt feststellen, dass sich schon mehr bewegt als wir durch die gegenwärtigen politisch-medialen Filter wahrnehmen.●

Der Autor ist Philosoph, Berater und Journalist, mit den Schwerpunkten Korruption und Privatisierung. Gekürzte Fassung eines Beitrags des WDR 3/Gedanken zur Zeit 15.03.2003, Langfassung: http://56254.rapidforum.com/topic=101983635630

Nahaufnahme eines großen Fisches, der einen kleinen Fisch im Maul trägt

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Westen Deutschlands über so lange Zeit »meisterhaft« beherrschte, scheinen hier (natürlich noch nicht durchgehend) einem fruchtbareren Umgang Platz zu machen, der selbstverständlich das solidarische Austragen von Kontroversen nicht verhindern darf und soll.

Zu klären ist ziemlich viel:

● Wie können wir über die Ein-Punkt-Bewegungen hinauskommen, die sich darin widerspiegelnden Trennungen der Lebensbereiche zu Gunsten einer *ganzheitlichen*, einer integrierten Sozialbewegung überwinden, ohne unsere Diversität, das jeweils Spezifische aufzugeben?

● Wie können wir über reagierende Aktionen hinaus zu längerfristigem, strategisch geplantem Handeln kommen?

● Wie können wir uns vom Denk-Korsett einer sich selbst beschränkenden außerparlamentarischen Opposition befreien? Wie können wir konkreten und direkten Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen gewinnen, z.B. durch Direktmandate, Wählergemeinschaften oder Plebiszite?

● Wie können wir die Erfahrungen der Bewegungen des vergangenen Jahrhunderts produktiv verarbeiten, sodass das schließliche Scheitern des leninistisch-stalinistischen Ansatzes nicht mehr als unverarbeitetes Trauma, sondern als wesentliche Lehre für die Zukunft weiterwirkt?

● Was können wir aus den politischen Erfahrungen der ostdeutschen Bürgerbewegung vor, in und nach der Wende lernen?

● Wie können wir auf versteinerte Strukturen bei den eigenen bzw. uns nahestehenden Organisationen öffnend und demokratisierend einwirken?

● Wie lässt sich eine umfassende Partizipation aller mit effizienten Organisationsstrukturen verbinden?

Soziale Bewegungen und etablierte Politik

Die Bedrohungen unserer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse sind umfassend geworden und schreiten mit enormer Dynamik voran. Nur durch eine Form der Zusammenarbeit, die tatsächlich eine neue Qualität mit sich bringt, werden wir diesem Prozess wirksam entgegentreten, unseren Gesellschaften wieder eine konstruktive, hoffnungsvolle Perspektive geben können, und damit das eklatante Defizit bearbeiten, welches die etablierten politischen Kräfte hier darbieten.

Auf die absehbaren sozialen Zusammenstöße der Zukunft bereiten sich heute schon staatliche Repressionsorgane auf ihre Weise vor. Wir dagegen wollen aus der wachsenden Wut und Empörung heraus konstruktive, humane, vernünftige und demokratische Wege bahnen und ihre Energien für progressive Transformationen einsetzen.

Wir sind dialogbereit mit allen, soweit wir sie nicht als Propagandisten von Rassismus und Militarismus identifizieren müssen. Natürlich verschmähen wir es keineswegs, wenn die etablierte Politik sich genötigt sieht, unsere Forderungen aufzugreifen; dies wird uns allerdings nicht von einer grundsätzlichen Unabhängigkeit abbringen, die unsere langfristige Wirksamkeit ausmacht.●

Matthias Jochheim ist IPPNW-Vorstandsmitglied und Co-Sprecher der Kooperation für den Frieden, Heiko Lietz ist Bundessprecher der Ökumenischen Netze, Basisgruppen und Initiativen.

»MOTOR EINER WENDE«

Debatte

Think Big!

Kooperativen und linke Visionen

Kooperativen stehen unsichtbar im Mittelpunkt fast aller gängigen Ansätze zu ökonomischen Utopien, die derzeit diskutiert werden. Warum merkt das nur niemand?

Christoph Spehr, Bremen ● Nehmen wir die Utopie der *partizipativen Ökonomie* (Parecon), wie sie Michael Albert propagiert und die zur heimlichen Zukunftsvision der Sozialforums-Bewegung geworden ist. »Was alle angeht, sollen auch alle entscheiden«, heißt die Leitvorstellung, die durch eine dezentrale Planwirtschaft von unten umgesetzt werden soll, gestützt auf lokale und überregionale Arbeiter- und Konsumenten-Räte, verbunden mit betrieblichen Strukturen, in denen Leitungspositionen gewählt werden und alle an verschiedenen Kategorien von Arbeit gleichberechtigt teilhaben. Das bedeutet, dass alle betrieblichen Strukturen (Produktion, Versorgung, Dienstleistung) als Kooperativen betrachtet und strukturiert werden.

Oder nehmen wir die Utopien der *freien Software-Bewegung*, wie sie in der Oekonux-Bewegung als »GPL-Gesellschaft« ausformuliert werden. Hier soll es zwar weder Markt, noch Geld, noch »Wert« geben und alles in freier Selbstentfaltung geschehen; die Struktur der Produktion und Organisation ist jedoch, wie in der Produktionsweise der freien Software selbst, die von Kooperativen.

Nehmen wir die Utopie eines *radikalisierten Neo-Keynesianismus*, wie sie von der Memo-Gruppe vertreten wird und von maßgeblichem Einfluss auf die Programmatik der WASG und der Linkspartei ist. Ob es um den Aufbau eines staatlich geförderten »Dritten Sektors« geht, der auf Strukturen von Selbstverwaltung aufbaut, oder um eine radikalisierte Mitbestimmung, in der z.B. Standortentscheidungen und beschäftigungsrelevante Entscheidungen von den MitarbeiterInnen effektiv kontrolliert werden: ohne Kooperativen als Leitidee und machtpolitisches Instrument lässt sich der neo-keynesianische Ansatz nicht an die Bedingungen einer globalisierten, hochmobilen Ökonomie anpassen.

Nehmen wir Nancy Folbres feministische Kritik der politischen Ökonomie (*caring economy*), die entwickelt, dass menschen-orientierte, »fürsorgende« Arbeit niemals von sich aus faire Bedingungen und faire Bezahlung durchsetzen kann, weil Streik, Go-Slow, Dienst nach Vorschrift und Sabotage durch geringe Motivation hier zuallererst die Menschen treffen und nicht das Kapital. Die Kooperative ist in diesen Bereichen häufig bereits unsichtbar die eigentlich arbeitsfähige Struktur, die allein fähig ist die Spezifik dieser Arbeit zu entfalten und sich gegenseitig dabei zu stützen – nur dass das kooperative Prinzip (noch) nicht zur effektiven Kontrolle des gesamten Ladens radikalisiert ist. Und nehmen wir schließlich noch die Vision der *partizipativen öffentlichen Haushalte*, wie sie in der Linkspartei (und in anderen linken Parteien weltweit) eine große Rolle spielt. Wie die Praxis zeigt, entwickelt sich diese Struktur im Prinzip zu stabilen, freien Planungs- und Verwaltungsgruppen, in denen die Beschäftigten und die Betroffenen eines konkreten öffentlichen Sektors (Bildung, Kinderbetreuung, Kultur, Infrastruktur etc.) Mitteleinsatz, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und notwendige Finanzierung gemeinsam planen – in einem offenen Prozess, aber im Prinzip als eine große »Sektorenkooperative«. Anders funktioniert es nicht.

Warum also gibt es keine intensive, öffentliche Diskussion über eine alternative ökonomische Zukunft, die von Kooperativen, GewerkschafterInnen, Feministinnen und linke ÖkonomInnen gemeinsam geführt wird? In der gerade die Kooperativen eine treibende Rolle spielen, weil sie aus der Praxis wissen, was nicht funktioniert (z.B. die überbürokratischen Elemente des Albert-Konzepts oder das »jeder macht, was er will«-laissez faire der freien Software) – und was sie brauchen? Zum Beispiel die Einbettung in Strukturen wie Grundsicherung, öffentliche Infrastruktur, institutionelle Förderung, spezifische Beratung und gezielten Schutz vor der Konkurrenz reiner Ausbeuterbetriebe (die, wartet's ab, auch ohne Privateigentum an Produktionsmitteln entstehen und Monopole bilden, wenn es keine Politik dagegen gibt)?

Warum wird, als Ergebnis einer solchen gemeinsamen Diskussion, die Idee der »betrieblichen Bündnisse für Arbeit« nicht umgedreht und mit der Idee einer »kooperativen Mitbestimmung« gekontert? Warum das Scheitern der neoliberalen Beschäftigungspolitik nicht aufgegriffen mit der Forderung, einen neuen öffentlichen Dienst zu schaffen, der zentral finanziert ist, gegenfinanziert durch Wertschöpfungsabgaben in der Exportwirtschaft, und strukturiert als freie, selbstverwaltete Kooperativen, die dafür besondere beschäftigungspolitische und integrationspolitische Kriterien erfüllen?

Wieso vertritt niemand offensiv, dass die strukturelle Schieflage der Rentenversicherung nicht durch Verschiebung der Kosten zu lösen ist, sondern nur durch eine Arbeits- und Zuwanderungspolitik, in der Selbstverwaltung die Bedingung sowohl für reale Integration als auch für eine – ach, es muss nicht einmal eine kinderfreundliche Gesellschaft sein, schon eine »kinder-mögliche« wäre ein großer Fortschritt. Wieso also findet diese Diskussion nicht statt, in der die Kooperativen der Motor einer Wende sein könnten, die den offen gescheiterten Neoliberalismus endlich an die Wand drückt und den Weg zu einer anderen ökonomischen Zukunft öffnet?

Ja, wieso eigentlich nicht?●

Der Autor ist Redakteur der Zeitschrift Alaska und freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ausschnitt aus dem Film „Metropolis" von Fritz Lang: Der verkabelte Kopf des Maschinenmenschen Maria

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KLEINES LEXIKON

Parecon steht für Participatory Economics, was man mit partizipatorisches Volkswirtschaftssystem übersetzen könnte. Parecon ist ein Vorschlag für ein ökonomisches System, welches auf dem Grundsatz aufzubauen versucht, dass jeder Mensch in jenem Ausmaß Entscheidungen mitbestimmen können soll, wie er oder sie von diesen betroffen ist. Die Wertebasis, auf der Parecon aufbaut, entstammt der Tradition des Anarchismus und des Sozialismus. Es basiert auf zu Beginn der 1980er und 1990er Jahre entstandenen Arbeiten des Mitbegründers des Z-Magazine Michael Albert und des Wirtschaftswissenschaftlers Robin Hahnel.

Memo-Gruppe: In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) arbeiten nach Selbstdarstellung Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter »an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven, die sich an der Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze, der Verbesserung des Lebensstandards und dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit für die ArbeitnehmerInnen sowie wirksamer Umweltsicherung in der Bundesrepublik orientieren«.

Dabei werden Positionen und Theorien kritisiert, »die Beschäftigung, Einkommen, Sozialleistungen und Umweltschutz den Gewinnen der Privatwirtschaft nach- und unterordnen«. Die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler unterstütze eine in erster Linie auf private Gewinnförderung gerichtete Wirtschaftspolitik und vermittele den Eindruck, es gäbe aus wissenschaftlichen Gründen keine Alternative. Dem setze die Arbeitsgruppe ihre Analysen und Vorschläge entgegen.

NOTWENDIGE DEBATTE

Endlich Grundsatz- und Strategiedebatte führen!

Was Marx und Engels mit Ernst und Vergnügen betrieben, lieben viele Linke gar nicht recht: Die Analyse von Widersprüchen und die Suche danach, wie sie genutzt werden können, um den Herrschenden Gegenmacht entgegenzusetzen, politische Kräfteverhältnisse zu deren Ungunsten zu verändern, einen Politik- und Entwicklungswechsel zu erzwingen. Dafür sollte sich die linke »Alternativökonomie-Szene« genauso entscheiden wie andere Akteure, insbesondere die Linkspartei, Gewerkschaftslinke, ATTAC und die globalisierungskritische Bewegung.

Judith Dellheim, Berlin ● Ich werbe also für eine Grundsatz- und Strategiediskussion der »Szene«. Sie könnte auf dem *2. Sozialforum in Deutschland 2007* einen »krönenden« Höhepunkt erfahren. Selbstverständlich müsste eine solche Debatte Positionen zu den genannten Akteuren, zum Staat/zu öffentlichen Verwaltungen und zu Institutionen des globalen Finanzkapitals enthalten.

Wenn es um das Verhältnis zur Linkspartei geht, muss man nach Ansicht verschiedener AktivistInnen erst einmal verkünden, dass man viel moderner, viel kapitalismuskritischer sei und dass Parteien sowieso aussterben.

Letzteres hilft nicht recht weiter, denn wir leben noch in einer Parteiendemokratie und wenn man politische Kräfteverhältnisse wirklich verändern will, muss man sich nach Partner/innen im Parteienspektrum umsehen. Historisch ist allerdings der Unmut nicht unbegründet. Schließlich hat die kommunistische Tradition vielfach Genossenschaften als etwas Minderwertiges, als Instrument und teilweise sogar als etwas Feindliches angesehen, während die sozialdemokratische Tradition seit langem die Frage abschiebt, inwiefern Genossenschaften eine Rolle im Kampf um die Überwindung des Kapitalismus spielen können.

Mit den Gewerkschaften ist es zumindest ebenso kompliziert, denn sie haben Genossenschaften vielfach als Ablenkung von den »wirklich wichtigen Fragen« betrachtet und sind heute nicht selten zu Interessenvertretungen von Kernbelegschaften in Konzernen und von den besser gestellten Beschäftigten verkommen. Allerdings sind Gewerkschaften zunehmend mit Angriffen auf ihre Rechte konfrontiert, mit Arbeitslosigkeit, Niedriglohnarbeit und ungeschützter Beschäftigung. Es steht sehr wohl die Frage, inwiefern angesichts vermeintlicher »Globalisierungszwänge« eine Partnerschaft zwischen »Szene« und Gewerkschaften gesucht werden sollte.

Was die globalisierungskritische Bewegung anbelangt, meint ein Teil der »Szene« sich insbesondere über ATTAC auslassen zu müssen. Schließlich suchen große Teile von ATTAC den »Schulterschluss mit den Gewerkschaften« und nehmen sich gerne allzu wichtig. Obwohl die globalisierungskritische Bewegung viel breiter als ATTAC ist, wäre die Frage nach punktuellen Allianzen mit ATTAC zu stellen. Schließlich erklärt man seitens der »Szene«, die wirklich demokratische Alternative zur globalisierten Wirtschaft zu sein.

Wenn es um das Verhältnis zum Staat und zu öffentlichen Verwaltungen geht, ist die »Szene« wiederum zum einen zur Auseinandersetzung mit Linkspartei, Gewerkschaften und globalisierungskritischer Bewegung gefordert, zum anderen mit den Ambivalenzen des EU-europäischen Neoliberalismus: Dieser ist einerseits Feind alles Kollektiven und hat andererseits wohl begriffen, dass Genossenschaften und genossenschaftliche Projekte ganz gut neoliberal zu gebrauchen sind: sollen sie doch helfen, Lohnnebenkosten zu drücken, die Aufwendungen für gesellschaftliche Kohäsion und die Integration Ausgegrenzter zu reduzieren, Finanztransfer für die Globalisierungsverlierer zu sparen.

Es muss nicht generell revolutionär sein, wenn man unentwegt die eigene Selbstorganisation, Selbermachen und Eigeninitiative preist. Wichtiger wäre das Eintreten für eine genossenschaftsfreundliche Umwelt in dem Sinne, dass genossenschaftliche Werte in Genossenschaften besser gelebt und zunehmend in der Gesellschaft erfahren werden können.

Die linke »Alternativökonomie-Szene« sollte den Austausch zum **Zusammenspiel zwischen neoliberaler Globalisierung und Regionalisierung** und zum Ringen um ihre Gestaltung bzw. Umgestaltung zwischen Linkspartei, Gewerkschaftslinken, globalisierungskritischer Bewegung und linken Kommunalpolitiker/innen anregen. Schließlich will sie lokale, kommunale und regionale Ressourcen erschließen, um soziale und ökologische Probleme zu lösen und dafür sind sowohl lokale, kommunale und regionale Politik als auch **öffentliche Güter** besondere Schwerpunkte. Regionalisierung ist die Kehrseite der Globalisierung – Regionen entwickeln sich zunehmend als Ableitung von den Interessen der Global Player, der Akteure neoliberaler Globalisierung. Das ist verknüpft mit Sozial- und Demokratieabbau, mit Militarisierung und Durchkapitalisierung der Gesellschaft.

Mit der Ratifizierung der Europäischen Verfassung wird diese Politik gestärkt. Um sie jedoch zu schwächen und letztendlich zu brechen, ist der Kampf sowohl um die Teilhabe aller an öffentlichen Gütern entscheidend als auch um eine Regionalentwicklung, die von den Interessen der hier Lebenden ausgeht und mit überregionaler und globaler Solidarität zusammengeht.

Wichtiger Akteur einer solchen Strategie kann »die Szene« sein, wenn sie es politisch will, zielgerichtet und fair mit anderen kooperiert. Schließlich gehen der Widerstand gegen die Arbeitsmarktreformgesetze genauso mit einem linken »Nein!« zur Europäischen Verfassung zusammen wie mit der Schaffung von genossenschaftlichen Solidarstrukturen für, mit und durch Hartz IV-Betroffene/n. Die Mobilisierung gegen die **Bolkestein-Richtlinie** und das **GATS** ist nicht nur für linke Parteien, für Gewerkschaften und für die globalisierungskritische Bewegung eine aktuelle Herausforderung, sondern auch für die »Szene«. Zugleich müssen die zuvor Genannten begreifen, dass die konzipierten neuen **internationalen Buchrechnungsstandards** nicht »nur« Genossenschaften und die »Szene« bedrohen, sondern ein Schlag gegen sie selber sind.

Es gibt also keinen Grund dafür, den längst überfälligen Beginn einer notwendigen Debatte weiter zu verschieben.●

Die Autorin ist engagiert in der Sozialforums- und Euromarsch-Bewegung, sie ist Sprecherin der BAG Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Wie kann es gelingen, solche Themen in den gesellschaftlichen Diskurs zu bringen und durchsetzungsfähig zu machen?

Da muss inhaltlich noch viel diskutiert werden und die wichtigen gesellschaftlichen Akteure in diesen Bereichen bearbeitet werden.●

Der Autor ist Geschäftsführer des kollektiv geführten Baustoffhandels Biber und im Landesvorstand der WASG Niedersachsen zuständig für den Kontakt zu sozialen Bewegungen

EINE PROJEKTBESCHREIBUNG AUS KREUZBERG

»Privatisierung« im ärmsten Kiez Berlins

Die »Betroffenengemeinschaft Waldekiez« in Berlin-Kreuzberg hat ein Stiftungsmodell entworfen, das verhindern soll, dass 23 Mietshäuser mit ca. 300 Wohn- und 20 Gewerbeeinheiten – derzeit im Besitz der Berliner BEWOGE – auf den »freien« Immobilienmarkt gelangen. Soziale, kulturelle, architektonische und städtebauliche Werte eines Stadtteils sollen stabilisiert und entwickelt werden.

Betroffenengemeinschaft Waldekiez Berlin-Kreuzberg ● Umgeben von historischen Grünanlagen liegt der Waldekiez direkt an der Bezirksgrenze zu Berlin-Mitte. Auf dem ehemaligen Todesstreifen wurde in den letzten Jahren der Luisenstädtische Kanal ausgegraben und als Gartenanlage so rekonstruiert, wie sie in den 1920-er-Jahren in dem überflüssig gewordenen Schiffahrtskanal angelegt worden war.

Schmuck war es hier nicht immer: Bis in die späten 1970er Jahre hinein waren Flächenabriss und Autobahnplanungen die Perspektiven der offiziellen Stadtentwicklungspolitik für den Waldekiez und andere Teile von Kreuzberg SO36. Spekulativ begründeter Leerstand und Verfall waren die Folgen. Im Bewußtsein der Westberliner Eliten war SO36 der »Arsch von Westberlin«.

Der massive Protest der KiezbewohnerInnen zu Hausbesetzerzeiten, veränderte städtebauliche Leitbilder und das nahende 750. Jubiläum der Stadtgründung veranlassten den Senat von Berlin, das experimentelle Projekt »Behutsame Stadterneuerung« Anfang der 1980er Jahre u.a. im Waldekiez, im Sanierungsgebiet Kottbuser Tor zu starten.

Im Rahmen der »IBA – Internationale Bauausstellung Berlin 1987« wurden der Weltöffentlichkeit die Ergebnisse präsentiert: Nicht gegen die Menschen, sondern mit ihrer Beteiligung sollte es gelingen, die sozialen, kulturellen, architektonischen und städtebaulichen Werte eines Stadtteils und seiner vielfältigen Nachbarschaft zu stabilisieren und zu entwickeln. An der Durchführung des Projekts waren verschiedene Sanierungsträger beteiligt, u.a. die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften BEWOGE, GSG, GSW sowie Träger wie STATTBAU, SPI und andere. Die Koordinierung lag bei der eigens gegründeten Gesellschaft S.T.E.R.N.

In einer Mischfinanzierung aus Bundes-, Landes- und Eigenmitteln wurden die Grundstücke von den treuhänderischen Sanierungsträgern erworben und saniert. Die Sanierungsverträge sahen vor, die Grundstücke spätestens nach der Entlassung des Gebiets aus der Sanierung wieder zu veräußern.

Das »Sanierungsgebiet Kottbusser Tor« wurde im Juni 2002 bei 70%-iger Erlangung der materiellen Sanierungsziele aufgehoben, in zeitlicher Nähe zum Berliner Bankenskandal und der deshalb verhängten Haushaltssperre. Seitdem forcieren die Sanierungsträger die Veräußerung der Sanierungsgrundstücke. Die Veräußerungsverträge schönen die Bilanzen der Gesellschaften. Sie sollen den Landeshaushalt entlasten und im Rahmen der Kofinanzierung zwischen Land und Bund weitere Bundesmittel nach Berlin leiten.

Allerdings geht es bei der Entlassung eines Sanierungsgebietes nicht nur um Verträge und öffentliche Haushalte, sondern auch um Menschen und private Haushalte.

Die Maueröffnung 1989 und die Wiedervereinigung 1991 haben den Waldekiez verändert: Aus einer stadträumlichen und wirtschaftlichen Randlage an der Mauer ist eine zentrumsnahe Innenstadtlage geworden, die aufgrund ihrer gründerzeitlichen Bebauung, ihrer Grünanlagen und ihrer guten Verkehrsanbindung erheblichem Investitionsdruck ausgesetzt ist. Die BewohnerInnen des Waldekiezes konnten bislang nicht von dieser neuen Situation profitieren: Nach wie vor gehört der Waldekiez mit einer Erwerbslosenquote von 30%, lediglich 47% Erwerbshaushalten, 69% erwerbsschwachen Haushalten und einem Äquivalenzeinkommen von 715 EUR (Berlin: 1100 EUR) zu den ärmsten Kiezen Berlins.

Aktuell stehen im Waldekiez u.a. 23 Mietshäuser der BEWOGE zum Verkauf, mit insgesamt ca. 300 Wohn- und ca. 20 Gewerbeeinheiten. Im Rahmen des offiziellen Verkaufsverfahrens ist es nicht möglich, lediglich die eigene Wohnung als Eigentumswohnung zu erwerben. Vielmehr müssen die BewohnerInnen eines Mietshauses das ganze Objekt zusammen erwerben. Diese Hürde kann hier im Kiez keine Hausgemeinschaft überwinden. Sollte die Hausgemeinschaft also nicht in der Lage sein, ihr Haus zu erwerben, so geht es auf den »freien« Immobilienmarkt und wird möglicherweise von einem »Investor« erworben: Mieterhöhungen und Vertreibung werden Realität, um die Rendite des »Investors« zu sichern. – Im Kiez gibt es dafür genügend Beispiele! Ein besonderer Anreiz für »Investoren« ergibt sich aus der nicht wirklich abgeschlossenen Sanierung: So verfügen nur 9 der 23 Mietshäuser über eine Zentralheizungsanlage. Lediglich 5 sind »endsaniert«.

Die WBM / BEWOGE wird von ihrer Verkaufsabsicht nicht abrücken, denn der Konzern befindet sich in einer so angespannten Finanzlage, die weitere Immobilienveräußerungen in ganz anderen Größenordnungen erwarten läßt. Auch bei einer Überführung der Mietshäuser in das eigene Anlagevermögen müßte die Abrechnung mit Land und Bund, also die Erstattung des Anteils der öffentlichen Mittel am Gesamtaufwand, erfolgen. Dazu ist die WBM / BEWOGE nicht in der Lage. Außerdem verfügt die WBM / BEWOGE nicht mehr über die Mittel zur Durchführung der notwendigen weiteren Sanierung der Mietshäuser. Öffentliche Mittel zur Sanierung von Wohngebäuden stehen ebenfalls nicht mehr zur Verfügung, da das Land Berlin in den aktuell gültigen »Leitsätze(n) zur Stadterneuerung« beschlossen hat, nur noch die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur bzw. des Wohnumfeldes finanziell zu unterstützen.

Die sozialen Sanierungsziele, im Projekt der »Behutsamen Stadterneuerung« verstanden als gesellschafts- und sozialpolitischer Aspekt der »materiellen« Sanierung, laufen mittlerweile Gefahr, in der kaufmännischen Betrachtungsweise von Immobilienveräußerungen zum Zwecke der Firmen- bzw. Haushaltskonsolidierung nicht nur aufgegeben, sondern sogar konterkariert zu werden.

Lösungsvorschläge

Die Betroffenengemeinschaft Waldekiez als BürgerInneninitiative der privatisierungsbetroffenen MieterInnen berücksichtigt in ihrem Lösungsvorschlag die Situation der WBM /BEWOGE, sieht aber entschieden das Land Berlin in der Pflicht, sich bei der Abwendung der Auswirkungen eines fehlenden sozialverträglichen Konzeptes zur Entlassung aus der Sanierung zu engagieren.

Eine sozialpolitisch verantwortungsvolle Lösung der »Privatisierungsproblematik« muss sich an folgenden Parametern orientieren:

Bezogen auf die Menschen und ihre Mietshäuser:

- In den weitaus meisten der betroffenen Haushalte ist keine Eigenkapitalbasis vorhanden. Sie genießen auch keine Bonität.
- Die Mietshäuser weisen einen sehr hohen Instandhaltungs- und Modernisierungsstau auf.
- Eine zukünftige Mietbelastung muß die Mietobergrenzen nach Hartz IV berücksichtigen.

Bezogen auf das Gemeinwesen Waldekiez:

- Die Mietshäuser werden nicht einzeln verwertet, sondern in einem Gesamteigentum zusammengefaßt und dauerhaft dem gewinnorientierten Immobilienmarkt entzogen.
- Die Wohnungen stehen weiterhin der Allgemeinheit als Mietwohnungen zur Verfügung.
- Dem Gemeinwesen werden Leistungen zur Förderung seiner Entwicklung zugeführt.

Die Rechts- und Eigentumsform der Stiftung bietet die Gewähr, diesen Lösungsansatz verlustfrei umzusetzen:

- Die Stiftung erwirbt die 23 Mietshäuser und überführt sie in das Stiftungsvermögen.
- Die Stiftungssatzung sieht vor, dass MieterInnen in allen Stiftungsorganen vertreten sind.
- Die Stiftungsmittel werden sozialen Zwecken zugeführt. Bei der Auswahl der Begünstigten findet der sehr hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (60% der Haushalte im Kiez) besondere Beachtung.
- Eine eigens gegründete Betreiberfirma übernimmt die Bewirtschaftung der Mietshäuser und die Bauherrenvertretung während der Sanierungsphase.

Die Finanzierung ist in den engen Rahmenbedingungen der Sozialverträglichkeit nur dann zu gewährleisten, wenn sich die öffentliche Hand zu einer Partnerschaft bereit erklärte, indem der Anteil öffentlicher Mittel am Gesamtwert der 23 Mietshäuser Berücksichtigung fände:

Das Land Berlin soll beim Bund darauf drängen, dass dieser auf die Rückzahlung seines Anteils am Verkaufspreis in Höhe von 1.600.000 EUR verzichtet, wie es im Modell der Kofinanzierung zwischen Bund und Land durchaus üblich ist. Das Land Berlin soll den im Verkaufspreis enthaltenen Landesanteil in Höhe von 3.200.000 EUR zu Konditionen bereitstellen, die in einem Verzinsungs- und Tilgungsplan auszuhandeln sind.

Mit dieser Unterstützung der öffentlichen Hand wäre die Stiftung in der Lage, sich auf dem Kapitalmarkt die Finanzierung des Restkaufpreises in Höhe von ca. 4.854.000 EUR zu beschaffen.

Die Sanierungskosten, die in ihrer Gesamtheit aus der eigentlich nicht abgeschlossenen Sanierung und dem mangelhaftem Unterhalt der Bausubstanz resultieren, werden über Kredite der »Kreditanstalt für Wiederaufbau – KfW« finanziert.

Ein Finanzierungsplan zeigt in langfristiger dynamischer Darstellung und bei Berücksichtigung aller Kosten die gesicherte wirtschaftliche Machbarkeit des Projektes.

Eine so im »Stiftungsmodell Waldekiez« gestaltete Entlassung aus der Sanierung gewährleistet:

- Der sozialpolitische Ansatz der IBA wird nachhaltig gesichert, da die öffentlichen Investitionen weiterhin unmittelbar dem Kiez und seinen BewohnerInnen erhalten bleiben.
- Dem bestehenden sozialen Gefüge werden langfristig stabile Rahmenbedingungen zu einer positiven Entwicklung aus sich selbst heraus gegeben.
- Die Sanierung wird an den Interessen der MieterInnen orientiert realisiert und entspricht letztlich den realen wirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer Umlegung auf die Mieterträge.
- Die langfristige Sicherung von sozialverträglichen Mieten erspart dem Land Berlin, unter Berücksichtigung von Hartz IV, langfristig kalkulierbare Zuschüsse zu Mieten usw.

Die Betroffenengemeinschaft Waldekiez steht jetzt vor den Aufgaben, das Land Berlin von der Zukunftstauglichkeit dieses Projekts zu überzeugen, und Spenden für die Stiftungsgründung zu sammeln.

Das Land Berlin selbst muss über 0,03% des Landeshaushaltes befinden.●

Kontakt:
www.waldekiez.org und info@waldekiez.org

SOZIO-KULTURELLE ZENTREN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN: EIN-EURO-JOBS

Ein Zukunftsmodell für die Kultur?

Im Zuge der Änderungen des SGB II wurde auch der so genannte »Ein-Euro-Job« eingeführt. Ein fester Job im Sinne einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist diese »Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung« (MAE) nicht. Sie wird lediglich nachrangig zu anderen Eingliederungsleistungen des SGB II eingesetzt, zuvor prüft der »Fallmanager« der Arbeitsagentur, ob eine Vermittlung in Arbeit nicht auch ohne spezielle Hilfe möglich ist. Zusatzjobs werden vorwiegend von Beschäftigungsgesellschaften sowie von karitativen oder kulturellen Einrichtungen angeboten. Die Arbeitszeit beträgt i.d.R. 30 Stunden pro Woche für längstens 1 Jahr. Öffentlich geförderte Zusatzjobs müssen gemeinnützig und zusätzlich sein, Lohndumping muss ausgeschlossen werden. Ziel ist es, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten.

Gerlinde Brauer-Lübs ● Von unseren 23 Mitgliedszentren in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten alle mit Zusatzjobs bzw. planen den Einsatz von mehreren. Die Zusammenarbeit mit der ARGE (Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende) wird als gut beschrieben, die Arbeitsstellen werden auch zügig nachbesetzt, die Überweisungen funktionieren. Aber die Inhalte werden doch mehr oder weniger nach den Notwendigkeiten des zusätzlichen Mittelerwerbs geplant.

Ein besonderes Problem sind die hoch qualifizierten jungen Menschen. Für unseren *Interkulturellen Garten* in Neubrandenburg bekamen wir statt der angeforderten Gärtner gleich drei frisch diplomierte Landschaftsgartenarchitektinnen als »Zusatzjobber« vermittelt. Das ist für die wissenschaftlich-fachliche Betreuung unseres Projektes sehr angenehm, aber für die hoch motivierten jungen Menschen schon ein Schlag ins Kontor. Gerade sie haben auch mit den Vorurteilen zu kämpfen, die allerorten gegen Arbeitslose aufgebaut werden: »Die Jungen finden doch Arbeit, wenn sie wollen, sie müssen nur eben Ortsveränderungen in Kauf nehmen.« Was aber geschieht mit den Menschen, die im Lande bleiben wollen und hier Kultur organisieren und erleben möchten? Und was geschieht mit einer Region, die mit ihrer Jugend auch die eigene Zukunft aus dem Land vertreibt?

Die Einführung der Ein-Euro-Jobs wird auch nicht ohne Auswirkungen auf den kulturellen Bereich selber bleiben. Die zu erledigenden Tätigkeiten müssen besondere Anforderungen erfüllen: sie sollen zusätzlich sein (nicht zu den Pflichtaufgaben des Trägers gehören), ein öffentliches Interesse befriedigen, dürfen den Wettbewerb nicht verzerren und keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen. Das alles ist aber in der kulturellen, vor allem in der soziokulturellen Praxis schwer abgrenz- und durchführbar.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Aufgabe derzeit nicht mehr erfüllt. Überall kann man inzwischen den Missbrauch der neuen arbeitsmarktpolitischen Wundermittel beobachten, in Schulen, Kitas, Musikschulen etc. Darüber hinaus wird den Künstlern der Region z. T. die Existenzgrundlage entzogen, indem ihre Klein- und Kleinstaufträge an meist geringer qualifizierte Langzeitarbeitslose vergeben werden, die noch weniger kosten. Das erhöht die ohnehin rasant wachsende soziale Ungleichheit, die im direkten Zusammenhang steht mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Immer mehr Arbeitslose bedeuten auch immer mehr Arme, zu denen bundesweit 2003 bereits 13,5 Prozent der Bundesbürger zu zählen waren. In Deutschland gilt als arm, wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung hat (1.008 EUR im Osten, 1.217 EUR im Westen). Danach liegt die Armutsgrenze im Osten bei 604,80 EUR, im Westen bei 730,20 EUR. 2004 gab es 1,08 Mio. arme Kinder.

Im März 2005 zählte die Bundesagentur 114.000 Ein-Euro-Jobber, nach der Vorstellung von Bundeswirtschaftsminister Clement sollen rund 600.000 Ein-Euro-Jobs geschaffen werden. Niemand kann ernstlich bestreiten, dass dies den Druck auf den ersten Arbeitsmarkt weiter verstärkt. Die Chancen auf den »Klebeeffekt« (Weiterbeschäftigung in regulären Jobs) sind gering, dem Missbrauch wird Tür und Tor geöffnet. Oder was ist das sonst, wenn z. B. der Kanuverein Essen mit einem Dutzend Zusatzjobbern (Maurer, Zimmermann etc.) sein Klubgelände renoviert? Chronisch klamme Kommunen nutzen Ein-Euro-Jobs für Bibliotheken, Schulen, Kultureinrichtungen. Bleiben am Ende für die (sozio)- kulturelle Landschaft nur noch die Zusatzjobs?●

Aus: Informationsdienst Soziokultur 2/2005

Die Autorin ist Geschäftsführerin des SKBZ (Soziokulturelles Bildungszentrum) Neubrandenburg und Mitglied des Vorstandes der LAG Soziokultur MV.

BERLIN: 11. KONGRESS ARMUT UND GESUNDHEIT

Präventionsziele gegen Armut: gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten

Der 11. Kongress Armut und Gesundheit stellt eine Fortführung der vorangegangenen Kongresse dar und greift aktuelle sozialpolitische und gesundheitswissenschaftliche Themen auf. Zentraler Gegenstand ist die Frage, wie die Gesundheitschancen von sozial benachteiligten Menschen nachhaltig gestärkt werden können.

Armut macht krank

Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm, und Armut macht krank! Arme Menschen haben in jeder Lebenslage ein mindestens doppelt so hohes Risiko zu erkranken, zu verunfallen oder von Gewalt betroffen zu sein. Im Durchschnitt sterben arme Menschen sieben Jahre früher.

Dieser Befund passt zu einer Zeit politischer Verunsicherung: Dafür stehen Hartz IV und ein vom Bundesrat blockiertes Präventionsgesetz. Es ist die Aufgabe des Gesundheits- und Sozialwesens, dem entgegen zu treten und Perspektiven aufzuzeigen. Denn auch arme Menschen haben Recht auf Chancen zu Gesundheit: Sie müssen gestärkt werden in ihren Möglichkeiten, Belastungen zu bewältigen und Gesundheit dort zu fördern, wo sie leben: im Stadtteil, in der Schule, im Betrieb, in der Familie.

Der 11. Kongress Armut und Gesundheit fragt nach den Möglichkeiten und Ansätzen, die in der gesundheitsfördernden Gestaltung der Lebenswelten von Menschen liegen.

Gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten

Wie können Lebenswelten gemeinsam von den dort lebenden und arbeitenden Menschen zu gesunden Lebenswelten entwickelt und gestaltet werden? Wie gelingt es, die Bedürfnisse und Potenziale armer Menschen aktiv und partizipativ in die Formulierung von Präventions- und Gesundheitszielen einzubeziehen? Auf welche Ansätze können wir aufbauen und welchen Herausforderungen muss sich die Gesundheitsförderung in Zukunft stellen?

Im Austausch von Vertreter/innen aus Politik, Krankenkassen, Wissenschaft, öffentlichem Gesundheitsdienst und Ärzteschaft mit praktisch Tätigen, Betroffenen und Betreuenden werden diese Fragen auf dem 11. Kongress Armut und Gesundheit diskutiert.

Ideen für die Perspektiven und Zielsetzungen der Gesundheitsförderung mit sozial benachteiligten Menschen werden entworfen, Erfahrungen und Strategien für die Gestaltung gesunder Lebenswelten vorgestellt und weiter entwickelt.

18. und 19. November 2005, Rathaus Schöneberg, Berlin
Information & Anmeldung:
Gesundheit Berlin e.V., Kongress »Armut und Gesundheit«, Friedrichstraße 231, D-10969 Berlin
Tel.: (0 30) 44 31 90 60, Fax: 44 31 90 63
anmeldung@gesundheitberlin.de
www.gesundheitberlin.de

STATTBAU HAMBURG:

Zwischen Hafenstraße und HafenCity

1985 wurde die STATTBAU HAMBURG gegründet. Die Zeiten waren damals aufregend. Die Sanierung der innerstädtischen Wohngebiete Hamburgs war eines der zentralen politischen Themen in der Hansestadt. Jeder drohende Abriss eines Mehrfamilienhauses beschäftigte monatelang die Öffentlichkeit. Hausbesetzungen waren an der Tagesordnung.

von Josef Bura ● Die Hafenstraße wurde in den frühen 80er Jahren zum bundesweit renommierten Projekt für die Widerständigkeit der jungen Generation gegen drohende Abrisssanierung, zum roten Tuch für das Spießbürgertum und zum Symbol für andere, unkonventionelle Lebensformen. Heute ist Stadterneuerung nur noch ein Thema von Fachleuten, die Hafenstraße aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit verschwunden und man diskutiert statt dessen wohldistinguiert und fachlich ausgewogen über demografische Entwicklung, »Wachsende Stadt« und HafenCity. Die Geschichte von STATTBAU ist ein Stück Hamburger Stadtentwicklung zwischen Hafenstraße und HafenCity.

Keiner kann sich mehr vorstellen, wie die Pläne in den 70er Jahren in Hamburg zur Sanierung der innerstädtischen Wohngebiete aussahen. Wären sie von Stadtplanern und Verwaltung umgesetzt worden, wäre Hamburg nicht wieder zu erkennen. 64-geschossige Wohntürme der Neuen Heimat über dem alten St. Georg, anstelle von Ottensen die geplante City-West, eine Schwester der City-Nord und auch St. Pauli sollte platt gemacht und mit bis zu 15-geschossigen Wohntürmen zubetoniert werden. Bis auf die Kirche sollte kein einziges Haus stehen bleiben: die sogenannte »Westliche Innere Stadt« als Kreuzung von Osdorfer Born mit Steilshoop.

Am Anfang war die Hafenstraße

Es kam nicht ganz so schlimm, aber die Stadtsanierung in den frühen 80ern sollte immer noch auf den drohenden Abriss von etwas 30 Prozent der vorhandenen Altbauten hinauslaufen. Und genau dagegen, gegen drohende Mieterhöhungen und Vertreibung der alt eingesessenen Mieter gründeten sich von St. Georg bis Ottensen um die Innenstadt herum flächendeckend Mieterinitiativen. Zwar hatte Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung 1969 den Leitsatz »Mehr Demokratie wagen« ausgegeben. Das hatte sich jedoch nicht bis ins Sanierungsgeschäft durchgesprochen. Als die Mieterinitiativen diese Demokratie und echte Mitsprache einforderten, wurden sie von den Realitäten überrollt. Die Sanierer entmieteten ganze Häuserblocks und Straßenzüge, um sie abzureißen.

Weil alles Diskutieren nichts half, besetzten junge Leute schließlich in vielen Stadtteilen leerstehende Gebäude. Die Politik reagierte mit polizeilicher Räumung und die jungen Leute danach mit Wiederbesetzung. Eine Spirale der Gewalt war in Gang gesetzt und hielt die Stadt in Atem. Anfang der 80er Jahre war fast die ganze St. Pauli-Hafenstraße besetzt worden. Vorher waren die meisten Altmieter herausgedrängt worden, um für die Ansiedlung des Verlagshauses Gruner und Jahr in St. Pauli-Süd Platz zu schaffen. Damit hatte Hamburg sein politisches Thema für die nächsten 10 Jahre. Räumung und Abriss oder Verhandlungen und konfliktfreie Lösung. Den damaligen Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der die Verhandlungsoption gewählt hatte, kostete das den politischen Kopf, und der Verlag kam schließlich unterhalb des Michels am Baumwall unter.

Der Blick nach Berlin

Während viele in Senat und Hamburger Verwaltung auf die harte Räumungs-Nummer setzten, lernten andere aus Berlin: Sie schufen ein Förderprogramm zur Legalisierung von besetzten Häusern und zur Instandsetzung und Erhalt preiswerten Wohnraums: Das Programm alternativer Sanierung, das genau so funktionierte wie das Instandsetzungsprogramm in Berlin: Wenn der Besitzer zustimmte und die Besetzer willig waren, in Eigenarbeit an der Instandsetzung »ihrer« Häuser mitzumachen, war die Stadt in manchen Fällen bereit, Sanierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Vereinfacht formuliert: Die Besetzer sollten arbeiten, statt der Politik Probleme zu bereiten. Das war immerhin ein Angebot, das man klugerweise damals in manchen Fällen nicht ablehnen konnte, weder in Berlin noch später in Hamburg.

In dieser Situation trat STATTBAU HAMBURG 1985 als neuer Akteur auf die stadtentwicklungspolitische Bühne, um die Kommunikation zwischen Besetzern, Hauseigentümern und der Stadt zu organisieren. Gegründet von den drei gemeinnützigen Vereinen Mieter helfen Mietern, Netzwerk Selbsthilfe Hamburg und Autonome Jugendwerkstätten Hamburg dümpelte die junge Stadtentwicklungsgesellschaft bis 1987 hin. Erst dann gab es eine institutionelle Förderung von Seiten der Stadt Hamburg und damit eine echte Chance, Projekte zu realisieren. Anfänglich wurde STATTBAU von allen Seiten kritisch beäugt. Schnell konnte sich das engagierte Unternehmen als Mittler zwischen den Konfliktparteien eine unangefochtene Position erarbeiten. Das zeigte sich daran, dass die Anfragen bald von allen Seiten kamen: aus Politik und Verwaltung, besonders aber von interessierten Wohngruppen.

Wohnprojekte für Hausbesetzer

1987 waren mithin die finanziellen und fachlichen Voraussetzungen geschaffen, Wohnprojekte auf den Weg zu bringen – und auf einmal konnte geplant und gebaut werden, wo vorher jahrelang Stillstand geherrscht hatte. Mit der Instandsetzungsförderung im Rücken hat STATTBAU die ersten Wohnprojekte im Altbau mit Beteiligung der Nutzer an der Planung, mit praktischer Selbsthilfe in der Bauzeit und Selbstverwaltung während der Nutzung umgesetzt. Junge Wohnungsbaugenossenschaften wurden gegründet, um die Vorstellungen vom selbstverwalteten und nachbarschaftsorientierten Wohnen einer angemessenen Trägerform zu sichern. Die stadteigene Wohnungsgesellschaft SAGA und klassische Genossenschaften hielten sich damals sehr zurück, wenn es um Trägerschaften für besetzte Häuser und Selbstverwaltung der Nutzer ging. Es entstanden daher in Eigenregie spannende Hausprojekte in der Großen Freiheit auf St. Pauli, in der Chemnitzstraße in Altona-Nord, in der Schmilinskystraße in St. Georg und in der Schanzenstraße im Schanzenviertel, um nur einige zu nennen.

Zusammen mit Berlin entwickelte sich Hamburg zu einem Experimentierfeld der Stadtsanierung. STATTBAU wurde dabei zu einem zentralen fachpolitischen Akteur, der Konflikte lösen half und den jungen Menschen zur Seite stand, wenn es um die konkrete Umsetzung ihrer Wohnvorstellungen ging. Das Wort »Abriss« verschwand für ein Jahrzehnt aus dem Vokabular der Stadtsanierer.

Die Mauer fiel, Hamburg boomte

Als die Wiedervereinigung kam und die Handelsschranken zum osteuropäischen Raum wegfielen, wurde Hamburg in den 90ern zu einem der Gewinner dieses politischen Prozesses. Die Wirtschaft boomte, der Handel in den Osten legte zu und die Bevölkerung wuchs vom niedrigsten Stand im Jahr 1986 (1,57 Mio Einwohner) auf 1,71 Mio Einwohner im Jahr 1996, also um fast 10%. Der Wohnungsmarkt wurde immer enger, auch weil der Flächenverbrauch pro Person anstieg. Alles, was irgendwie zu vermieten war, ging weg. Wohnungsbesichtigungen damals waren so gut besucht wie Demonstrationen heute. Das waren fette Jahre für die Wohnungswirtschaft. Der Hamburger Senat musste seine Neubauförderung steigern – und die Wohngruppenprojekte wollten auch daran teilhaben. Die mit Selbsthilfe sanierten Wohnprojekte in den vormals besetzten Häusern erwiesen sich als sehr erfolgreich. Aus anderen Teilen der Bundesrepublik kamen Architekten, Planer, Politiker und Verwaltungsfachleute, um sich darüber zu informieren.

Platz für viele Kinder – Wohnprojekte als Familienpolitik Foto: Carsten Dohse

Wohnprojekte für junge Familien

Vor allem Haushalte in der Familiengründungsphase forderten nun Wohnprojekte im Neubau. In der Hamburger Verwaltung und auch teilweise in der Politik hatte sich mittlerweile das Verhältnis zu neuen Wohnformen versachlicht. Vor allem dank des Engagements des damaligen Staatsrats in der Baubehörde, Dr. Knut Gustafsson, wurde der öffentlich geförderte »soziale« Wohnungsbau geöffnet. 1992 konnte STATTBAU mit dem ersten Projekt des Vereins WGJA* auch sein erstes geförderte Wohnprojekt im Wohnungsneubau realisieren. Mit den verschiedenen nachfolgenden Bau- und Hausgemeinschaften in Ottensen auf dem Zeisegelände ging es weiter. Die autofreie Siedlung in der Saarlandstraße ist eines der vielfältigsten und größten Wohnprojekte von STATTBAU im Neubau, weitere Projekte gingen in Bau oder sind zur Zeit in Planung.

Damit ging Hamburg bundesweit einen neuen Weg. Mit seinen geförderten Wohnprojekten im Neubau wollte die Politik Bewohner in der Stadt halten, die ansonsten ins Umland abgewandert wären. Wohnprojekte für Jung und Alt oder für Alleinerziehende entstanden, in die oft auch neue Wohnformen für Behinderte integriert wurden. Immer noch blieben die klassischen Träger der Hamburger Wohnungsversorgung, die Genossenschaften, reserviert. Deswegen hat STATTBAU mit den Wohnprojekten viele neue Wohnungsgenossenschaften gegründet und Hamburg zur Boomtown der Neuen Genossenschaftsbewegung gemacht.

Neues Wohnen im Alter

Die Erfolge und die Qualitäten dieses Hamburger Segments der Wohnungsbauförderung waren so offensichtlich, dass in der damaligen Baubehörde 2003 eine eigene Stelle für die Förderung von Bau- und Hausgemeinschaften geschaffen wurde – die Agentur für Baugemeinschaften. Mit einem besonderen Programm für selbstverwaltetes Wohnen in genossenschaftlichem und im privaten Eigentum hat das Land Hamburg zusätzlich eine Förderung aufgelegt, die genauer auf die Förderbedarfe von Wohnprojekten eingeht. Das waren Entwicklungen, die STATTBAU maßgeblich beeinflusst hat.

Ende der 90er Jahre und bis jetzt änderte sich die Nachfrage noch einmal. Heute kommen vor allem auch Menschen zu STATTBAU, die neue Wohnformen als Alternativen gegen Alleinsein und Altersheim suchen. Wohnprojekte sind aus der Nische des Exotischen herausgetreten – immer mehr Menschen begreifen, dass Wohnen in den sozialen Netzwerken eines Wohnprojekts eine persönliche Chance für sie sein kann.

STATTBAU hat zusätzlich, um den existierenden Wohnprojekten ihre Aufgaben der Selbstverwaltung zu erleichtern, als Gesellschafter die Gründung der »P99 Gebäudeverwaltungs-GmbH« betrieben und damit eine Einrichtung geschaffen, die inzwischen bundesweit vor allem Wohnprojekte bei Verwaltungsaufgaben fachlich kompetent unterstützt.

Neue Wohnformen jetzt bundesweit diskutiert

Neue Interessenten verlangen nach neuen Wegen: Eigentumsbildung in privater Hand ist heute auch in Wohngruppen möglich, Kooperationen von Wohngruppen mit Dachgenossenschaften und von Wohngruppen mit klassischen Wohnungsgenossenschaften nehmen zu. Klassische Wohnungsgenossenschaften haben Wohnprojekte als Thema entdeckt.

Wenn man in anderen Teilen der Bundesrepublik über STATTBAU, Wohnprojekte und die Vielfalt der Hamburger Projekte berichtet, fragen sich viele Zuhörer, ob Hamburg in einem anderen Land liegt. Denn nirgendwo sonst gibt es so viele aufregende Wohnprojekte und eine solche Kultur von Interessierten und Fachleuten, die gemeinsam daran arbeiten, neue Wohnformen zu entwickeln wie in Hamburg. STATTBAU ist mittendrin und hat fast 2/3 aller ca. 110 neuen Wohnprojekte, die es in Hamburg gibt, betreut.

Graffity Hafenstraße: Bunt und wild war es Foto: Josef Bura

Für das zuständige Ministerium in Kiel war STATTBAU in den letzten Jahren als Berater tätig, um auch dort die Chancen für die Umsetzung von Wohnprojekten zu verbessern. Erste genossenschaftliche Projekte sind jetzt auch in Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht.

Raus aus der Nische – aber gleich rein in die HafenCity?

Was mit Hausbesetzungen anfing, hat sich verbreitert. Das Bedürfnis nach neuen Formen des Wohnens in verbindlichen nachbarschaftlichen Bezügen ist gesellschaftsfähig geworden. Erstmalig ist ein Wohnprojekt für jung und alt, das »Wohnprojekt 13« in der Eimsbütteler Telemannstraße als einziges Hamburger Bauvorhaben beim bundesweit renommierten Bauherrenpreis 2004 mit einer Auszeichnung versehen worden. Die Qualitäten der neuen Wohnformen werden auch anderswo wahrgenommen.

20 Jahre STATTBAU sind ein Stück Stadtgeschichte Hamburgs und ein Beitrag zur Wohnreformbewegung in der Bundesrepublik. Viele blicken inzwischen interessiert auf die neuen Wohnformen in Hamburg, um davon zu lernen.

Und übrigens: Die Häuser der Hafenstraße sind inzwischen fertig saniert. Das haben überwiegend die Bewohner in Selbsthilfe geleistet – und STATTBAU hat sie dabei unterstützt. Die Wohnungsgenossenschaft St. Pauli Hafenstraße, gegründet von Bewohnern und Unterstützern, hat inzwischen auch ein Neubauprojekt am Pinnasberg realisiert und plant mit STATTBAU ein weiteres.

Ob STATTBAU jetzt gleich auch mit Wohnprojekten in die HafenCity – neben Elbphilharmonie und Marinemuseum, Ozeanarium, Überseequartier und Kreuzfahrtterminal muss, ist noch nicht ausgestanden. Einige Wohngruppen wollen dahin – viel Geld müssen sie mitbringen und die Kriterien für Architektur und Nutzungskonzept mit der Realisierung nutzerorienter Planung sind nicht unbedingt kompatibel. Ob man dort inmitten narzistisch anmutender moderner Architekturvielfalt ausreichend soziale Wohnqualität erwarten darf, ist fraglich. Man kann beruhigt sein: Hamburg hat noch viele andere Stadtteile, die Wohnprojekte gut vertragen können.●

Mehr Infos unter: www.stattbau-hamburg.de

* (WGJA: Wohngemeinschaft Jung und Alt

Josef Bura ist seit Gründung Mitarbeiter der STATTBAU HAMBURG GmbH

SELBSTHILFEGENOSSENSCHAFT LAUSITZER ZEITREISEN EG

Zukunft aus der Vergangenheit schöpfen

Geschichte liegt im Trend: Die aktive Beschäftigung mit landeseigenen frühgeschichtlichen Zeiten interessiert immer mehr Menschen. Vor allem Kinder und Jugendliche wollen möglichst konkret erfahren, mit welchen Werkzeugen ihre Vorfahren arbeiteten und was sie damit abends auf den Tisch zaubern konnten. In der Lausitz machen dies ehemalige arbeitslose Menschen möglich: eine Reise in die Vergangenheit, um sich selbst eine Zukunft zu geben.

Helmut Thieme, Red. Genossenschaften ● An den Ufern des nahe Lauchhammer gelegenen »Schmalen Sees«, der aus einem Restloch des Braunkohleabbaus in der Lausitz (Land Brandenburg) entstand, werden derzeit kleine historische Siedlungen unterschiedlicher Epochen angelegt. Folgende Epochen werden in den Siedlungen vertreten sein: die Zeit der Jäger und Sammler, die Jungstein- und Bronzezeit, die Epoche der Germanen sowie der slawischen Besiedlung, eine frühdeutsche Siedlung und ein Handwerkerdorf. Eine Planwagenburg ist bereits entstanden. Geplant sind zudem authentisch gestaltete, vorindustrielle Arbeitsstätten und landwirtschaftlich genutzte Bereiche, um beispielsweise auch einen Teil der benötigten Nahrungsmittel auf dieselbe Weise zu erzeugen, wie es die Menschen früherer Zeiten taten.

Die in der Zeit reisenden Gäste werden während ihres in der Regel mehrtägigen Aufenthaltes museumspädagogisch begleitet und, indem sie das Leben einer vergangenen Epoche nachvollziehen, zur praktischen Mitgestaltung ihres Aufenthalts angeregt. Wer hierher kommt, legt mit Uhr und Handy das Leben der heutigen Zeit ab, schlüpft in die der jeweiligen Epoche gemäße Kleidung wie in eine neue Haut, und erlernt Fertigkeiten, die man zu jener früheren Zeit zum Überleben brauchte.

Steigendes Interesse an Frühgeschichte

Das Projekt heißt »Lausitzer Zeitreisen« und wurde vom Lausitzer Wege e.V. ins Leben gerufen. Das Thema liegt im Trend, denn eine von einem Beratungsunternehmen zum Projekt »Lausitzer Zeitreisen« in Auftrag gegebene Studie besagt, dass »Historie« eine zunehmend größer werdende Faszination auf TouristInnen ausübt. Faszination vor allem dann, wenn die VeranstalterInnen an Stelle der musealen Darstellung von Geschichte auf eine lebendige Kulisse mit Aktivangeboten setzen. Genau darauf zielt das Projekt-Konzept der »Lausitzer Zeitreisen« ab.

Gegenwärtig können bereits Schulkinder in ihren Ferien auf Zeitreise gehen und sich Erwachsene in altem Handwerk üben. Gerade bei den Kindern und Jugendlichen findet das Angebot in Lauchhammer wachsenden Zuspruch. So konnte in diesem Jahr der Verein Lausitzer Wege e.V. wegen der großen Nachfrage sein Angebot verdoppeln und zwei parallele Durchgänge des Ferienlagers in der Wagenburg anbieten. Während den jeweils acht Wochen haben sich insgesamt 318 Kinder und Jugendliche auf ihre eigene Reise in die Vergangenheit begeben.

Vereinsmitglieder gründen Genossenschaft

Als kommerzieller Teil des Projektes »Lausitzer Zeitreisen« gründeten einige Mitglieder des Vereins Lausitzer Wege e.V. am 07. Juli 2004 die Genossenschaft »Lausitzer Zeitreisen eG«. Gründungsmitglieder waren hauptsächlich Menschen, die in Maßnahmen der Agentur für Arbeit (SAM und ABM) beschäftigt sind. Gegenwärtig hat die Genossenschaft 28 Mitglieder, alles natürliche Personen, die an Historie, Tourismus und Bildung interessiert sind.

Foto: Lausitzer Zeitreisen eG

Zentrales Motiv ihrer Gründung ist letztlich die langfristige Schaffung der eigenen Arbeitsplätze und damit die genossenschaftliche Selbsthilfe. Die GründerInnen wollen so ein Beispiel schaffen, in einer peripheren, strukturschwachen Region Schritt für Schritt von öffentlicher Förderung unabhängig zu werden und wirtschaftliche Tragfähigkeit zu erlangen. Dabei wird es vermutlich ein längerer Weg sein, bevor in der Genossenschaft über anfänglich freiwillige Arbeit und geringfügige Beschäftigung am Ende Teilzeitanstellungen oder volles Einkommen sichernde Arbeitsplätze entstehen können.

Zu den Geschäftsfeldern der Genossenschaft, von denen einige noch zu entwickeln und am Markt zu platzieren sind, zählen:

- Verkauf eigener handwerklicher Erzeugnisse auf Märkten und im Hofverkauf;
- Kursangebote im historischen Handwerk;
- Dienstleistungen für das Wagenburg-Ferienlager;
- Teilnahme an historischen Märkten in Kostümen und mit Wagen;
- Fahrradverleih und -werkstatt.

Unterstützung der innova

Gründungs-Unterstützung erhielt die Lausitzer Zeitreisen eG durch die innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften. Die innova bot in Kooperation mit dem Verein Lausitzer Wege e.V. eine individuell passende Weiterbildung an und unterstützte die Gründungsgruppe bei der Erarbeitung ihres Unternehmenskonzeptes. Mit der Gründungsgruppe vereinbart und vom Projektentwickler der innova organisiert, fand die Weiterbildung vom September 2004 bis Januar 2005 an insgesamt vier Wochenenden mit jeweils 20 Stunden statt. Vier thematische Schwerpunkte wurden bearbeitet: Entwicklung der Geschäftsfelder, Organisation und Kommunikation, Marktarbeit und Werbung. Außerdem führte innova zwei Seminare zum Software-gestützten Projektmanagement durch.

In diesem Zusammenhang wurden konkrete Lösungen für die Ausgestaltung der Genossenschaft erarbeitet. Zum Anderen trug die zumeist workshopmäßig angelegte und auf unbedingte Mitverantwortung der TeilnehmerInnen für Ziele und Verlauf beruhende Weiterbildung dazu bei, die Teambildung unter den GenossenschaftlerInnen zu fördern. Die Weiterbildung bot Raum für Zusammenarbeit, gegenseitigen Positions- und Informationsaustausch, die Klärung von Konflikten und das Abklären von Verantwortlichkeiten – getreu dem von den Zeitreisenden fixierten Grundsatz: »Je besser, eigenverantwortlicher und kreativer ich selbst an der Verwirklichung des Gesamtprojekts mitarbeite, um so größer ist die Chance, das gemeinsame Ziel zu erreichen, und damit auch mein eigenes Ziel eines festen Arbeitsplatzes zu verwirklichen.« Die erste Etappe war letzten September bereits abgeschlossen: Die Eintragung der Lausitzer Zeitreisen eG ins Genossenschaftsregister konnte gefeiert werden und nach der Grundsteinlegung für die historischen Siedlungen haben die konkreten Bauarbeiten begonnen.●

Foto: Lausitzer Zeitreisen eG

Korbflechterin bei der Arbeit im historischem Kostüm auf einem Markt im Mai 2005

Kontakt: Lausitzer Zeitreisen eG, Sylvia Weber, Mildred Paulick, Schulplatz 5, D-01979 Lauchhammer
Tel.: 03574/465807, Fax: 03574/465833

RAIFFEISEN PRO GENFOOD

Belügt Raiffeisen Bauern?

Landwirte fordern gentechnikfreie Futtermittel

Landwirte haben auf dem Gelände des Deutschen Raiffeisenverbandes in Bonn gegen dessen Pro-Gentechnik-Kurs demonstriert. Die Bauern versperrten den Haupteingang des Verbandes mit zwei Traktoren, einer Kuh und Futtermittel-Säcken und forderten auf Plakaten »Wir wollen gentechnikfreie Futtermittel!«.

Bonn/Berlin ● Seit Beginn der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Futtermittel im April 2004 weigere sich der größte deutsche Futterhändler beharrlich, gentechnikfreie Futtermittel zu verkaufen. Obwohl er diese eingelagert habe, gebe der Raiffeisenverband nicht bekannt, wo sie erhältlich seien. Unterstützt wurden die Bauern bei ihrer Aktion von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bioland und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Bernd Schmitz, konventionell landwirtschaftender Bauer in Nordrhein-Westfalen: »Ich versuche seit zwei Jahren von Raiffeisen gentechnikfreies Sojaschrot zu kaufen. Bisher ist mir das nicht gelungen, obwohl Raiffeisen im Rhein-Main-Gebiet Tonnen von gentechnikfreiem Sojaschrot eingelagert hatte. Ich habe keine Auskunft erhalten, wo es zu kaufen ist. Als treuer Kunde der Raiffeisengenossenschaft bekomme ich nicht die Futtermittel, die ich will. Es wird Zeit, dass Raiffeisen die Interessen der Bauern vertritt!«

Gerald Wehde, Bioland e.V.: »Wir ziehen gemeinsam an einem Strang mit den konventionell wirtschaftenden Kollegen, die sich mit uns Bioland-Bauern für eine gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung in Deutschland einsetzen. Wir als Biobauern sind gesetzlich zum Einsatz gentechnikfreier Futtermittel verpflichtet, aber auch die konventionellen Kollegen brauchen den Zugang dazu.«

In Deutschland seien 80 Prozent des wichtigsten Viehfutters, nämlich Sojaschrot, inzwischen gentechnisch verändert. Dass dieser Anteil so hoch ist, sei vor allem der Geschäftspolitik von Raiffeisen anzulasten.

Georg Janßen, Geschäftsführer der AbL: »Raiffeisen nutzt seine Quasi-Monopolstellung, um die Nachfrage nach gentechnikfreiem Futtermittel systematisch zu unterdrücken. Der Verband will keinen Markt für diese Futtermittel. Damit macht er sich zum Handlanger der Gentechnik-Industrie. Die AbL will hingegen, wie andere bäuerliche Erzeugergemeinschaften in Europa auch, Märkte mit dem Qualitätsmerkmal gentechnikfrei schaffen.«

Der Raiffeisenverband verbreite unter den Landwirten die Falschmeldung, die globale Angebotslage sei dafür verantwortlich, dass Europa nur noch gentechnisch veränderte Sojabohnen importieren könne. Dies sei falsch. Beispielsweise sei Brasilien problemlos in der Lage, gentechnikfreie Futtermittel für nahezu 80 Prozent des europäischen Bedarfs zu liefern.

Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin: »Raiffeisen nutzt die Kennzeichnungslücke bei tierischen Produkten schamlos aus. Wenn Milch, Fleisch und Eier, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, auch als Gentech-Produkte gekennzeichnet werden müssten, würde Raiffeisen seine Geschäftspolitik sofort ändern. Deshalb muss sich die zukünftige Bundesregierung für eine schnellstmögliche Einführung der Kennzeichnungspflicht bei tierischen Produkten einsetzen.«

Ein Hintergrundpapier zur Gentechnik-Politik des Raiffeisenverbandes und eine Liste aller Futtermittelhändler, die gentechnikfreies Futtermittel anbieten, ist erhältlich unter »Aktuell« auf der Seite
www.abl-ev.de/gentechnik/

Pressemitteilung vom 27. September 2005

BUCHHINWEIS

Humanvermögensbildung durch Genossenschaften

Eine Veröffentlichung von Cornelia Schädel widmet sich einer der zentralen Aufgaben von Genossenschaften: der Förderung ihrer Mitglieder durch Bildungsangebote. Vorweg geht sie auf theoretischen Überlegungen zum Thema »Genossenschaften und Humanvermögen« ein. Mit letzterem ist Wissen gemeint, das den einzelnen Genossenschaftsmitgliedern mehr eigenständige Handlungsmöglichkeiten an die Hand gibt. In Genossenschaften besteht nach Schädels Einschätzung aufgrund der internen Vertrauensbeziehungen verstärkt die Chance, Sozialvermögen auch im Sinne sozialer Kompetenzen aufzubauen.

Im letzten Hauptteil der Veröffentlichung geht es um konkrete Anwendungen der bis dahin dargestellten Überlegungen. Dies sind u.a. Praxisbeispiele, deren vorrangiges Ziel die Bildung ist, beispielsweise freie Waldorfschulen, die sich als Genossenschaften organisiert haben. Auch Klein- und Mittelunternehmen, genossenschaftlich zusammengeschlossen, führen Teile ihrer Berufsausbildung gemeinsam durch, beispielsweise die Industrielehrwerkstatt Wittgenstein eG. Sie gewinnen so Kapazitäten, um den Wissensstand der Gruppe zu vergrößern. Cornelia Schädel untersucht die Motivation der Mitgliederwirtschaften, aber auch die Folgen für die Genossenschaft selbst und die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Deutlich wird: In der genossenschaftlichen Mitgliederpflege und -förderung durch Bildungsarbeit stecken zahlreiche viel zu sehr vernachlässigte Chancen für die Stabilisierung genossenschaftlicher Strukturen.●

Cornelia Schädel: Humanvermögensbildung durch Genossenschaften, einzel- und gesamtwirtschaftliche Betrachtung, 1. Auflage 2001, 252 Seiten, mit 19 Abb., 36 EUR, ISBN 3-525-86072-2

KURZ BELICHTET

ZukunftsWerk Stadt Dresden 2006: Chancen des Stadtumbaus

Schrumpfungsprozesse demografischer und wirtschaftlicher Form zogen in den letzten 15 Jahren, insbesondere in Ostdeutschland, einen immensen Wohnungsleerstand nach sich. Wohngebiete, die nach der Wende mit staatlichen Mitteln saniert wurden, standen wenige Jahre später zu einem großen Teil leer. Doch welche Chancen ergeben sich aus dieser historisch bisher einmaligen Situation, endlich mehr Platz in den Häusern selbst und drum herum zu haben? Sind der staatlich geförderte Abriss vieler Gebäude sowie die damit häufig verbundene Mietraumverknappung und -preiserhöhung die einzigen Alternativen? Alternatives Wohnen, Senioren-WGs und innerstädtische Kommunen, gibt es so etwas auch? Und wie wird Wohnen in Dresden in 15 Jahren sein?

Diese und andere Fragen werden in einem Workshop am 22. November 2005 bearbeitet, der von Gorbitz über Omsewitz nach Leutewitz führt. Er ist Teil des Projektes »ZukunftsWerk Stadt«
Info: eMail: dsa@mailbox.tu-dresden.de
Web: www.dresden800.de/zukunft

Solarinitiativen für die Energiewende vor Ort

Die 2005 gestartete Aktion »Wärme von der Sonne« des Projektes RegioSolar wird 2006 fortgeführt. Das Hauptanliegen ist, Solarinitiativen bei Ihrer Arbeit in den Kommunen zu unterstützen. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt dabei auf der Solarwärme. Hierzu führen die beteiligten Solarinitiativen vor Ort individuelle Aktionen durch, die das Thema Solarwärme weiter bekannt machen. Die Aktionen werden von RegioSolar zentral unterstützt. Bewerbungsschluss für interessierte Akteure ist der 25.November 2005.
Info: www.waerme-von-der-sonne.de

Veranstaltungstipp: Wie mit lokalem Engagement für die Solarenergie die regionale Wirtschaft gestärkt und die Energiewende vorangebracht werden kann, diskutieren am 4. und 5. November regionale Solarinitiativen aus ganz Deutschland in Fürstenfeldbruck. Im Vordergrund der zweiten RegioSolar Konferenz steht der Erfahrungsaustausch der Akteure von Solar- und Agendagruppen, Kommunen und Landkreisen, aus dem Handwerk und den Solarfirmen. Schwerpunkte sind u.a.: Konzepte der regionalen nachhaltigen Energieversorgung, die Aktion »Wärme von der Sonne« sowie die Aus- und Weiterbildung. Als Rahmenprogramm gibt es Exkursionen und ein Improvisationstheater zum Thema Energie.
Info:
www.regiosolar.de/konferenz/index.shtml

JUBILÄUM DES BUNDESVEREINS

Engagierte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für den Genossenschaftsgedanken

Der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. (BzFdG) feiert bald sein zwanzigjähriges Bestehen. Er ist ein gemeinnütziger Zusammenschluss von Menschen und Organisationen aus dem Genossenschaftswesen, der Politik und der Wissenschaft. Zwei Jahrzehnte hat sich der Verein – teilweise sehr erfolgreich – dafür engagiert, dass sich im genossenschaftlichen Sektor etwas bewegt. Zum Jubiläum wird ein neues Handlungsprogramm verabschiedet, um mit möglichst vielen beitretenden Mitgliedern und viel »Drive« wieder mehr Schwung in die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für den Genossenschaftsgedanken zu bekommen.

Wolfram Püschel, Red. Genossenschaften ● Gegründet wurde der BzFdG 1986 auf Initiative von Frauen und Männern aus der SPD als Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. (VzFdG). »Zweck des Vereins ist die Volks- und Berufsbildung über Zielsetzung und Entwicklung des Genossenschaftswesens im Rahmen der Arbeiterbewegung als Selbsthilfe und Selbstverwaltungsidee in der Wirtschaft und die Absicht, die gemeinnützigen, sozialen und kulturellen Aspekte des Genossenschaftsgedankens zu vermitteln.«

Vorangegangen war eine Auseinandersetzung mit Ansätzen zu einer alternativen Ökonomie sowie mit demokratisch organisierter Teilhabe und Selbstverwaltung in der Wirtschaft, aber auch in anderen Lebensbereichen wie der Kultur und dem Sozialen. Das aus Bundesmitteln finanzierte Projekt *»innova«* war die erste Gründungs- und Entwicklungsagentur für neue Genossenschaften. Sie wurde in den Jahren 1989 bis 1991 mit einigen Mitarbeitern öffentlich wahrnehmbar und erfolgreich aktiv. Eine Reihe von Bundesländern konnte gewonnen werden, in ihre Förderprogramme auch Existenzgründungen in der Rechtsform der Genossenschaft ausdrücklich aufzunehmen. Dies erleichterte manche Neugründung.

Genossenschaftliche Entwicklungsagentur

Nach Beendigung des ersten *innova*-Projektes wurde die Vereinsarbeit hauptsächlich von der ehrenamtlichen Arbeit der Mitglieder und insbesondere des Vorstandes getragen. Die regelmäßige Beteiligung an Bildungsveranstaltungen zu verschiedenen Aspekten des Genossenschaftswesens (z.B. Sozialgenossenschaften) sowie die Erarbeitung konzeptioneller Vorstellungen zur steuerlichen Förderung des genossenschaftlichen Wohnens standen im Vordergrund. Hinzu kamen die Fortsetzung der Informationsarbeit, öffentlich geförderte Beratungsprojekte in den neuen Bundesländern und die Herausgabe eines Gründungsleitfadens für Wohnungsgenossenschaften. Ein mehrjähriger Beratungs- und Diskussionsprozess über Maßnahmen zur Erleichterung der Gründung neuer und des Betriebs kleiner Genossenschaften mündete in den Jahren 2004 / 2005 u.a. in Vorschläge an Bundestag und Bundesregierung, das Genossenschaftsgesetz zu ändern.

In diese Vorschläge fanden die praktischen Erfahrungen Eingang, die die auf Initiative des BzFdG gegründete *»innova eG – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften«* machen konnte. Sie agierte in den Jahren 2003 bis 2005 als Trägerin eines Projektes im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL bei der Initiierung und Gründung neuer Genossenschaften, hauptsächlich von Benachteiligten auf dem Arbeitsmarkt. Nach der Beendigung dieses EQUAL-Projektes bleibt die *innova eG* professionell tätig. Sie verfolgt weiterhin das Ziel, als Gründungs- und Entwicklungsagentur bundesweit tätig sein zu können. Ohne eine solche Agentur ist eine nachhaltige Förderung von Initiativen zu neuen und innovativen Genossenschaften nicht zu betreiben, wie die nunmehr wiederholte Erfahrung zeigt.

Die eG – das unbekannte Wesen

Von den 31.175 eingetragenen Genossenschaften (eG) des Jahres 1938 sind mit heute 8.000 etwa 25% geblieben. Dieser Rückgang geht hauptsächlich auf Fusionen von Genossenschaften zu immer größeren Unternehmen zurück, nicht hingegen auf Insolvenzen. Ohne die vom BzFdG durchaus erfolgreich initiierten Neugründungen in den letzten zwei Jahrzehnten wäre der Rückgang noch ausgeprägter. Die Gesamtzahl der Mitglieder aller Genossenschaften ist hingegen seit 1938 von 6 Mio. auf rund 22 Mio. gestiegen. Trotz dieser an sich erfreulichen Zahl hat das (Allgemein-)Wissen um die genossenschaftliche Selbsthilfe, um das gemeinschaftliche, mehr am Nutzen für die Mitglieder, denn an der Gewinnerzielung ausgerichtete Wirtschaften in beunruhigender Weise abgenommen.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Nachhaltig verbesserte Rahmenbedingungen für die Gründung und den Betrieb neuer, kleiner Genossenschaften lassen seit Jahrzehnten auf sich warten. Soweit es solche als Ergebnis einer gewissen Aufbruchstimmung nach 1986 gegeben hat, hatten sie kaum länger andauernden Bestand. Im Gegenteil: zwischenzeitliche gesetzliche Normierungen des Wirtschaftslebens brachten zusätzliche Erschwernisse. In staatlichen Förderprogrammen für Existenzgründer findet die Genossenschaft kaum (noch) statt. Dass die Unterstützung der genossenschaftlichen Selbsthilfe in mehreren Bundesländern, wie z.B. in Nordrhein-Westfalen, Verfassungsauftrag ist, bleibt offensichtlich unbeachtet.

Aktuelle Herausforderungen

So wie der BzFdG konzipiert wurde und arbeitet, hat er faktisch eine Vorfeldfunktion in Bezug auf das verbandlich organisierte Genossenschaftswesen: Durch seine allgemeine, nicht auf bestimmte Sparten von Genossenschaften ausgerichtete Informations- und Bildungsarbeit wirbt er für den Genossenschaftsgedanken. Er regt mehr Neugründungen von Genossenschaften gibt als Abgänge z.B. durch Fusion oder Auflösung. Er will verstärkt darauf hinwirken, dass diese Neugründungen nicht nur in den traditionellen Bereichen wie Wohnen, Geld und Kredit, Landwirtschaft und Konsum, sondern auch auf Tätigkeitsfeldern erfolgen, die bisher von anderen Rechtsformen dominiert sind. Insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales und Dienstleistungen bietet sich die eG als eine geeignete Rechtsform an, zumal die eG auch gemeinnützig sein kann.

Zur erfolgreichen Umsetzung des Mottos »Neue Genossenschaften braucht das Land!« gehört jedoch nicht nur ein Instrumentarium, wie es der BzFdG entwickelt hat und weiter ausbauen will. Bundestag und Bundesregierung, aber auch Landtage und Landesregierungen müssen für die Rechtsform der Genossenschaft vor allem durch Änderungen des Genossenschaftsgesetzes und eine gleichberechtigte Berücksichtigung in Förderprogrammen Chancengleichheit im Verhältnis zu anderen Rechtsformen und damit Rahmenbedingungen herstellen, unter denen Neugründungen und der Betrieb kleiner Genossenschaften ohne Erschwernisse vonstatten gehen können. Entsprechende Vorschläge des BzFdG liegen vor. Darüber hinaus sollten Bundestag und Bundesregierung, aber auch Landtage und Landesregierungen der Darstellung der Genossenschaft in ihren Informationen, z.B. den Veröffentlichungen der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung angemessenen Raum geben, bereits im Schulunterricht das Thema Genossenschaft einbeziehen, z.B. durch eine Berücksichtigung in den Merkblättern über Schülerfirmen und die Bereitstellung von entsprechendem Unterrichtsmaterial für Schülerfirmen in genossenschaftlicher Form. Ohne derartige Entscheidungen und Maßnahmen der Politik hat der Genossenschaftsgedanke, hat die durchaus vorhandene Bereitschaft der Menschen zu gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher Selbsthilfe keine Chance, einen nennenswerten Beitrag zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme zu erbringen.

Engagierte Mitglieder

Um diese Ziele mit Aussicht auf Erfolg betreiben zu können, bedarf es einer Reihe von Voraussetzungen. Die Handlungsmöglichkeiten des BzFdG werden heute entscheidend durch das bestimmt, zugleich aber auch begrenzt, was aus der Mitgliedschaft des Vereins heraus an aktiver ehrenamtlicher Mitarbeit, insbesondere im Vorstand, mobilisiert werden kann. Wichtig ist, was die Mitglieder dem Verein in Form von Beiträgen an Geldmitteln zur Verfügung stellen, und was die Mitglieder an hilfreichen Verbindungen zu anderen am Genossenschaftswesen Interessierten bzw. Beteiligten einbringen. Der BzFdG bemüht sich deshalb, weitere Mitglieder zu gewinnen.

Die Arbeit des BzFdG als gemeinnütziger Idealverein soll auch künftig im Wesentlichen ehrenamtlich, freiwillig und unentgeltlich geleistet werden. Die Bildungsarbeit zum Genossenschaftsgedanken wird der BzFdG weiterhin in möglichst enger Zusammenarbeit mit interessierten Institutionen leisten. Soweit der BzFdG zur Erfüllung einzelner Aufgaben und zur Durchführung von Projekten zusätzliche Professionalität bzw. Organisationskapazität benötigt, wird er vornehmlich auf eine enge Kooperation mit der innova eG setzen. Der BzFdG wird die *innova eG* darin unterstützen, das während des EQUAL-Projektes erworbene Know-how zu erhalten, auszubauen und in Form einer »Gründungs- und Entwicklungsagentur für neue Genossenschaften« weiterhin einsetzen zu können.●

Auf der gut besuchten Mitgliederversammlung 2004 des Bundesvereins wurden zahlreiche Selbsthilfegenossenschaften präsentiert

Mitgliedschaft beantragen

Wer etwas für die Umsetzung und Verbreitung des Genossenschaftsgedankens tun will, sollte Mitglied beim Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. werden. Der jährliche Beitrag beläuft sich auf 50 Euro. Satzung, Mitgliedsantrag und weitere Informationen sind erhältlich unter www.genossenschaftsgedanke.de
Anfragen: pro-geno@t-online.de

Neugründungen an, die, so es tatsächlich zu einer Neugründung kommt, bei einem der genossenschaftlichen Prüfungsverbände neues Mitglied werden müssen.

Dabei wird eine Arbeitsteilung beachtet: Der gemeinnützige BzFdG informiert Initiativen allgemein über die erforderlichen Schritte bis zu einer Genossenschaftsgründung. Benötigt hingegen eine genossenschaftliche Initiative, weil sie sich beispielsweise auf einem neuartigen Geschäftsfeld betätigen will, eine intensivere Beratung als sie der BzFdG geben darf und ein Prüfungsverband geben kann oder will, wird die »Gründungs- und Entwicklungsagentur für neue Genossenschaften« der *innova eG* eingeschaltet. Sie begleitet die Initiative bis zur Gründungsreife mit Rat und Tat- und empfiehlt dann den geeigneten Prüfungsverband. Entsprechend soll die Gründungs- und Entwicklungsagentur der *innova eG* in enger Abstimmung mit dem BzFdG konsequent zu einer Adresse entwickelt werden, an die sich Initiativen für neue Genossenschaften wenden. An sie können die Genossenschaftsverbände solche Initiativen verweisen, die nicht in ihr Mitgliederspektrum passen, damit genossenschaftliche Initiativen nicht untergehen, sondern dennoch eine Chance bekommen.

Verstärkte Lobbyarbeit

Ziel des Bundesvereins ist es, dass immer dann, wenn über die geeignete Rechtsform für ein Unternehmen zu entscheiden ist, die genossenschaftliche Alternative mit ihren Eigenarten gleichberechtigt in Betracht gezogen werden kann und auch wird. Mit seinen Aktivitäten will er dazu beitragen, dass es in den nächsten Jahren wieder

WOCHENENDSEMINAR

Alternative Genossenschaftstage

Vom 16. bis 18.12.2005 wird auf den Alternativen Genossenschaftstagen das Thema Weiterbildung im Genossenschaftssektor (Bedarfe, Formen, Inhalte, Partner, Finanzierung, ...) im Vordergrund stehen. Cornelia Schädel und Nicole von Göler werden zentrale Inputs zum Thema geben. Cornelia Schädel (siehe ihre Veröffentlichung »Humanvermögensbildung durch Genossenschaften«) gibt eine kurzen Überblick institutionalisierter Bildungsaktivitäten der Genossenschaften im Laufe der Zeit und einen Ausblick auf das Thema »Die Rolle der Genossenschaften bei der Humanvermögensbildung«. Nicole Göler von Ravensburg geht bei ihren Ausführungen zur Qualifizierung vor allem von den Erfahrungen und Aktivitäten so genannter Schülergenossenschaften aus.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Veranstaltung wird die Multiplikatorenfortbildung zum genossenschaftlichen Projektentwickler der innova sein, die Anfang nächsten Jahres startet. Tagungsort ist Weimar.

Weitere Informationen und Anmeldung:
innova eG, Helmut Thieme
helmut.thieme.@innova-eg.de
Tel.: (03 41) 681 09 85

COMPUTERPROJEKT

Schüler begreifen Flächenverbrauch

Alle zwei Jahre wächst die Siedlungsfläche in Deutschland um die Größe Hamburgs – durch Zunahme von Wohn-, Industrie- und Gewerbeflächen. Die Konsequenzen haben nur wenige vor Augen: z.B. steigende Hochwassergefahr oder auch ökologische und klimatische Veränderungen.

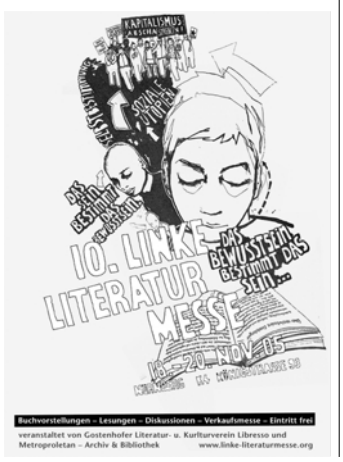
Um schon junge Menschen für diese Probleme zu sensibilisieren, entsteht unter Leitung des Wissenschaftsladen Bonn eine Software für Schulen, die den Flächenverbrauch und seine Folgen veranschaulichen wird. Derzeit erproben Pädagogen weiterführender Schulen aus Nordrhein-Westfalen die von Wissenschaftsladen Bonn und dem Büro Medien und Umwelt entwickelte Software. Die lizenzfreie und kostenlose Software erlaubt es, regionale Flächendaten in verschiedenster Form zu bearbeiten und diese im Internet zu veröffentlichen.

Zugreifen können die Schülerinnen und Schüler v.a. auf Daten der Website www.flaechennutzung.nrw.de, die unter Leitung des Wissenschaftsladen Bonn erstellt wurde. Diese Internetplattform mit Pilotcharakter – vom Umweltministerium NRW gefördert – zeigt Bürgern per Satellitenbild und Karten, wie sich ihre Heimat über 30 Jahre verändert hat. **bp**

Ansprechpartner:
Krischan Ostenrath Tel. (02 28) 201 61-43
krischan.ostenrath@wilabonn.de

Aus WILAinform 48/2005

Anzeige



Sonnenflucht

»Sonnenflucht« ist der dritte Roman aus dem vierteiligen Epos »Die Kinder des Sisyfos« über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1968 und 1989. Dessen erste Bände »Ein Frühling irrer Hoffnung« und »Zwielicht« sind bereits erschienen. Schöfer führt seine LeserInnen hier nach Griechenland – in die Inselidylle und in Athener Gewerkschaftskämpfe, in Freundschaft, Trennungsschmerz und Liebeskeime, in politische Resignation und Ratlosigkeit und dann doch wieder Hoffnung und Aktivität.

Bliss, ein mit Berufsverbot belegter westdeutscher Historiker, ist aus der tristen Polit-Realität der BRD der späten 70er Jahre sowie seinem privaten Unglück in die griechische Insel-Sonne geflüchtet. Sein Freund Anklam, Betriebsrat in Düsseldorf, wirft ihm »Emigration aus der Wirklichkeit« vor. Die Auseinandersetzung der beiden Romanfiguren und ihre Verwicklung in Athener Gewerkschaftskämpfe bietet Stoff für Einblicke in die Geschichte des griechischen Widerstands gegen den Hitlerfaschismus wie betriebliche Kämpfe in der Bundesrepublik in der »Bleiernen Zeit«.

Schöfer beschreibt die »Flucht aus der Realität« seiner Romanfigur mittels realistischer Schilderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Athen und Düsseldorf Anno 1980 und deren gedanklicher Verarbeitung durch Anklam, Bliss und die griechische Kommunistin Katina. Dabei werden so treffende Zuspitzungen formuliert wie die »weltweiten Plünderungssafaris« des globalisierten Konsumismus, wie »Lügen, das billigste Humanizid der Geschichte« oder der Straßenverkehr, »zwei aus allen ihren Gliedern brüllende Bandwürmer«. Schöfers Sprachkunst macht die »Sonnenflucht« der vorwiegend traurigen Thematik zum Trotz zur erfreulichen Lektüre.

Ins Zentrum der Geschichte rückt Schöfer eine Tote: die Studentin Sotiria Vassilakopoulou, die 1980 beim Flugblattverteilen vor einer Athener Fabrik ermordet wurde. Eine historische Figur, die die Sehnsucht nach Gerechtigkeit und einer »schönen Gesellschaft sozusagen« verkörpert.

Wie Schöfer die Handlungsstränge verknüpft, wie er lyrische, essayistische und dramatische Passagen mischt, wie er Witziges und Abgründiges austariert, das ist weit mehr Beachtung in der bundesdeutschen Literaturszene wert, als ihm bis heute zugestanden wurde. Gerade auch angesichts des vorherrschenden Beschweigens der jüngeren Geschichte der politischen wie persönlichen Kämpfe um ein menschenwürdiges Leben. Diese Geschichte so hautnah zu vermitteln – das gelingt nur jemandem, der sie durchlitten hat. Eine äußerst anregende Lektüre für diejenigen unter uns, die die »unstillbare Hoffnung in diesem Sisyphosmenschen« teilen.●

Ariane Dettloff

Erasmus Schöfer: Sonnenflucht. Band 3 der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Dittrich Verlag, ISBN 3-937717-16-1, 380 Seiten, gebunden, September 2005, 19.80 EUR

Marx gegen Bakunin

Für die einen ist der Konflikt zwischen Karl Marx (1818-83) und Michael Bakunin (1814-76) der zwischen autoritären und anti-autoritären Strukturen, für andere, wie etwa den Politikwissenschaftler Johannes Agnoli, war dieser Konflikt lediglich der Kampf zweier Titanen um die Vorherrschaft in der Ersten Internationale (1864-77). Die Richtungskämpfe in dieser frühen Phase der ArbeiterInnenbewegung, sicherlich durchaus entscheidende, waren mehr als nur die Rangelei zweier Autoritäten des Klassenkampfes, und nicht nur die Entscheidung zwischen »Kopf und Bauch« bzw. zwischen einem freiheitlichen und einem Staats-Sozialismus (wie er später aus der Marx'schen Lehre von den Bürokraten entwikkelt worden ist). Dieses Thema, und die wahren Hintergründe zu diesem Konflikt, der Generationen von TheoretikerInnen fesselte, aber nie richtig erforscht wurde, beinhaltet nun der fünfte Band der Ausgewählten Schriften von Michael Bakunin.

Wolfgang Eckhardt – der wohl inzwischen profundeste Kenner Bakunins – und Herausgeber der »Ausgewählten Schriften« legt mit diesem 5. Band der Reihe den ersten Teil des Konfliktes vor. Aufgrund zahlreicher Dokumente, Briefe usw. wird der Konflikt minutiös analysiert, und bereits in dieser Phase bis 1870 zeigt sich zu welchen Ränkespielen und (gezielten) Intrigen Marx fähig war, um die eigene Machtposition an der Spitze der ArbeiterInnenbewegung um jeden Preis zu festigen.

Dies alles zu klären und in Zusammenfassung darzustellen, bedarf es bei diesem Band einer ausführlichen Einleitung, sodass hier schon fast von einem »echten Meister Eckhardt« gesprochen werden kann, da von den 235 Seiten, 175 vom Herausgeber stammen, und der Rest Dokumente und Anmerkungen sind.

Warum dieser Konflikt nicht mal grundlegend geklärt worden ist, sondern doch eher agitatorisch benutzt wurde, um die politischen GegnerInnen innerhalb der Bewegung zu diskreditieren, liegt sicherlich auch an seiner Komplexität. Letztlich spielten vermutlich Missverständnisse eine Rolle, auf die Marx und Engels ihrerseits heftigst reagierten und so Bakunin als Bedrohung ansahen: »Dieser Russe will offenbar Diktator der europäischen Arbeiterbewegung werden. Er soll sich in acht nehmen. Sonst wird er offiziell exkommuniziert«, so Marx an Engels in einem Brief vom 2. Juli 1869.

Die Sprache scheint ja deutlich genug, und dies lediglich, weil der Genosse Johann Philipp Becker in der Deutschen Sektion der Arbeiter-Assoziation eine größere Rolle spielen wollte, Marx und Engels ihm dies jedoch nicht zutrauten und eher eine Verschwörung dahinter vermuteten, hinter der, »der fette Bakunin« (so Engels) stecken müsse.

Diese Missachtung wurde speziell von Marx und Engels gegen Bakunin, der oftmals den Beiden gegenüber noch recht naiv zu sein schien, auch wider besseren Wissens »gepflegt«. Sie ließen Bakunin ins offene Messer rennen, sorgten so für die Spaltung der Internationale, sowie einen schier endlosen Richtungsstreit, über den sich das Kapital bis heute die Hände reibt (von den »glorreichen Staatsführern« und Massenmördern im Namen des Marxismus-Leninismus wollen wir hier gar nicht reden).

Diese Nicklichkeiten in den Personen Marx, aber auch Engels sind nur peinlich, besonders eben für Menschen, deren Ideale so hoch hingen dass nur selten jemand rankam. Die eine neue Welt aufbauen wollten, aber in Persona kleinkrämerische Intriganten geben.

Der Anarchismus hat sich nie derart an Personen gebunden, wie der Marxismus. Wenn uns dieser Streit heute noch etwas lehren kann, dann ist es wohl das libertäre Element, auf Ideen zu setzen und nicht auf Personen. Menschen, die Interesse an Geschichte haben werden hier bei dieser sorgfältig edierten Ausgabe ganz sicher auf ihre Kosten kommen.●

Jochen Knoblauch

Michael Bakunin; Ausgewählte Schriften Bd. 5: Konflikt mit Marx. Teil 1: Texte und Briefe bis 1870. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Wolfgang Eckhardt (Karin Kramer Verlag Berlin 2004 / 235 S. / 19,80 EUR)
Der Band 6 der Ausgewählten Schriften mit dem 2. Teil dieses Konfliktes soll in Kürze erscheinen.

mOAning star

Eine Ostberliner Untergrundpublikation im Reprint

Der »mOAning star« war die Zeitschrift der evangelischen Offenen Arbeit und der Kirche von Unten in Berlin. Sie erschien in den letzten vier Jahren der DDR. Die Zeitschrift wurde von Jugendlichen produziert, die sich nicht in das Normenraster der DDR einfügen wollten. Sie suchten und fanden Freiräume und Gleichgesinnte in einer kleinen Gegengesellschaft, die sich im Dickicht der Stadt entwickelt hatte. Der mOAning star ist ein Zeugnis dieser Generation, das vergangene gesellschaftliche Freuden ahnen lässt, angesiedelt zwischen Dilettantismus und Literatur, ersten Schreibversuchen und Dada, Ernsthaftigkeit und Groteske, Peinlichkeit und interessantem Ansatz, Belanglosigkeit und brennender Aktualität.

Nun, zwanzig Jahre danach, gibt Dirk Moldt in der Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs einen vollständigen Nachdruck heraus, ergänzt durch ausführliche Erläuterungen zum Entstehungskontext und ein Vorwort von Wolfgang Rüddenklau. Die eigene Sprache, die sich in der DDR im Umfeld jugendlicher Opposition herausgebildet hat, macht für den Leser die Zeit nacherlebbar.

»Bleibt die Frage, ob diese Gegengesellschaft, die es einige wenige Jahre an einigen wenigen Orten zum Ende der DDR gab, eine Ahnung einer zukünftigen Gesellschaft war oder nur eine Nische, die sich zufällig für einige Zeit im Schatten des Systemwechsels und zwischen den beiden Systemen öffnete, um dann wieder ersatzlos zu verschwinden.« (Wolfgang Rüddenklau)●

Quelle: Mitteilung des Robert-Havemann-Archivs

Dirk Moldt (Hrsg.): mOAning star. Eine Ostberliner Untergrundpublikation, Band 10 der Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs, Berlin 2005, 288 S., Broschur, 25 EUR, ISBN 3-9804920-9-5

Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Schliemannstr. 23, D-10437 Berlin, Tel. (0 30) 44 71 08 22
www.havemann-gesellschaft.de
www.jugendopposition.de

Pirates and Emperors

Schade. Noam Chomsky ist aus einigen Themenbereichen durch brilliante Analysen bekannt, z.B. an der Sphäre der Medien. Dieses Buch hält diesem hohen Anspruch nicht Stand. Die Hauptschuld liegt dabei gar nicht in den Texten von Chomsky, denn die einzelnen Kapitel des ganz im Gegensatz im Titel nur auf den Nahostkonflikt und hier vor allem auf das Verhalten von US- und israelischer Regierung beschränkte Werkes sind voller erkenntnisreicher Fakten. Da vieles gut belegt wirkt, muss mensch davon ausgehen das es stimmt: Liquidierungen, Flugzeug- und Schiffsentführungen sowie viele weitere Instrumente, die bei RegimegegnerInnen schnell als Terror bezeichnet werden, sind vielfach von staatlichen Diensten wie Militär oder Geheimpolizei organisiert worden. Die Schwäche des Buches ist aber seine absurde Einseitigkeit. Warum behandelt ein Buch zum Terrorismus nur das – zweifelsfrei widerliche – Verhalten von US- und israelischer Regierung? Wo bleiben die Massaker arabischer Regierungen und weltweit? Warum wird mit Recht kritisiert, wie platt und einseitig Menschen zu TerroristInnen abgestempelt werden – um dann das gleiche umgekehrt gegen israelische und US-Offizielle zu wenden? Der Verdacht kommt auf, dass hier ein Hass, der mit Antiamerikanismus und mindestens mit Ablehnung Israels einseitig aufgeladen ist, die Texte geprägt hat. Auch der Verlag muss sich fragen, warum er eine solche Einseitigkeit in Buchform gegossen hat. Das Thema hätte mehr verdient gehabt. Und Chomsky kann mehr – gerade deshalb aber stimmt nachdenklich, warum er bei einer Kritik an Israel eine solche Strategie findet.●

Jörg Bergstedt

Noam Chomsky: Pirates and Emperors (2004, trotzdem Verlag in Grafenau, 314 S.)

Weiß-Sein – unhinterfragte Normalität

In Deutschland gibt es eine etwas breitere Beschäftigung mit dem Verhältnis von Rassismus und Sexismus erst seit ungefähr 15 Jahren. Durch die Arbeit einzelner publizistischer Pionierinnen, z.B. aus der Bewegung Schwarzer Deutscher oder aus dem Orlanda Frauenverlag und seinem Umfeld, wurden die Unterschiede und Hierarchisierungen zwischen Frauen, die koloniale Vergangenheit Deutschlands und etliches andere mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Seit neuestem wird vor allem in den anglo-amerikanischen Ländern zusehends das Weiß-Sein als unhinterfragte Norm(-alität) reflektiert und kritisiert.

ÄgyptерInnen wurde im Zuge eurozentrischer Geschichtsschreibung aufgedrängt, sie seien »Weiße«, während die in die USA eingewanderten IrInnen darum kämpfen mussten, als Weiße angesehen und damit Teil der herrschenden Kultur zu werden. Wer und was »weiß« ist, wer zur Mehrheitsgesellschaft gehört, ist immer umstritten. Gleichzeitig ist es den Angehörigen der herrschenden »weißen« Kulturen kaum bewusst, dass sie »weiß« sind und welche Privilegien dies mit sich bringt. Die Autorin diskutiert die Normhaftigkeit von Weißsein als »Rasse«-Konstrukt und als gewaltvolle gesellschaftliche Realität. Die Entstehungsgeschichte »Weißer Vorherrschaft«, die Politik von Rassifizierung und ihre theologische Legitimation werden ebenso umfangreich analysiert wie die Verbindung von »Weiß-Sein« und bestimmten Vorstellungen von Körperlichkeit und role-models. Die Darstellung dokumentiert historische Prozesse des »Weiß-Werdens« verschiedener Gruppen und illustriert die bemerkenswerte Tatsache, dass wie erwähnt, die Kategorie »Weißsein« immer umkämpft war. Wollrad thematisiert auch Schwachstellen hiesiger Rassismus- und Geschlechterforschung im Hinblick auf die (fehlende) Auseinandersetzung mit postkolonialer Theoriebildung.

Mit diesem Buch werden die Inhalte der »Critical Whiteness Studies« in deutscher Sprache bekanntgemacht und popularisiert. Dies ist begrüßenswert und trägt zu einer Erweiterung des Blickwinkels in der akademischen Forschung wie im politischen Aktivismus bei. Leider wird dieses begrüßenswerte Anliegen stellenweise durch den akademischen Schreibstil der am Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Oldenburg arbeitenden Autorin nicht gerade befördert.●

Bernd Hüttner

Eske Wollrad: Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion; 230 Seiten, 20 EUR, Ulrike Helmer Verlag 2005

Feministische Geographie

Die Geographie wird in zwei Subdisziplinen unterteilt. Die sich eher sozialwissenschaftlich definierende Humangeographie (v.a. Sozial- und Kulturgeographie), die sich mit der vom Menschen geschaffenen Kultur-Landschaft befasst sowie die sich naturwissenschaftlich definierende Physische Geographie. Diese Unterteilung betrifft nicht nur den Gegenstand sondern auch die verwendeten wissenschaftlichen Methoden.

Das vorliegende Buch ist – vorausgesetzt es bildet die Wirklichkeit adäquat ab – ein Dokument dafür, wie randständig feministische und Gender-Perspektiven in der deutschsprachigen Sozial- und Kulturgeographie immer noch sind. Es zeigt, dass feministische Perspektiven innerhalb der Akademie fast nur von Studierenden eingefordert und in ihren Abschlussarbeiten dann auch umgesetzt werden.

Nach einem kurzen Streifzug durch feministische Theorien, Wissenschaftskritik und unterschiedliche Ansätze in der Frauenforschung werden feministische Geographien und Frauenforschung in der Geographie kursorisch vorgestellt: In den Themenfeldern der Geographie taucht die Analysedimension »Geschlecht« bislang nur selten auf. Die »geschlechtsspezifische Rollenverteilung (...) als raumprägende und raumwirksame Komponente menschlichen Handelns und Verhaltens wird weder wahrgenommen noch berücksichtigt« (S. 32/33). Dadurch ist der männliche überformte Alltag, z.B. in Stadtplanung, Tourismusforschung und Wirtschaftsgeographie, immer noch die heimliche Grundlage sozialgeographischen Arbeitens.

Vor dem Abschnitt zu den Potentialen einer feministischen Physischen Geographie, in dem nachgewiesen wird, dass auch Forschungsfelder mit naturwissenschaftlichen Bezugssystemen nicht geschlechtsneutral oder gar objektiv sind, findet sich ein Ausflug in die um 1989 beginnende Geschichte der Vernetzung feministischen Engagements vor allen an den Universitäten (durch das sog. Geographinnentreffen) und durch eigene Workshops und Arbeitskreise auf bzw. im Rahmen des alle zwei Jahre stattfindenden etablierten Geographentages.

Den größten Teil des Buches (S. 77 bis 160) bildet die Vorstellung von größtenteils unveröffentlichten »frauenspezifischen« Qualifikationsarbeiten, von denen einige ausgewählte von deren Autorinnen in kurzen Beiträgen vorgestellt, die anderen mit dem Titel und dem Ort aufgeführt werden. Abgerundet wird der Band mit einem Ausblick in die geographische außeruniversitäre Berufspraxis, die durch zwei aus dem Jahr 1996 stammende Beispiele vorgestellt wird.

Das Resümee der Autorinnen ist ernüchternd: So sei jetzt – nach ihrer Ansicht – genügend Literatur vorhanden, die Nachfrage nach feministischen Lehrveranstaltungen oder überregionalen Arbeitskreisen habe aber stark nachgelassen. Die universitäre feministische Geographie sei stark marginalisiert, was auch durch die schwache Institutionalisierung an einigen wenigen Universitäten nicht in Frage gestellt werde.

Das Buch ist *keine* weitergehende Einführung, und erst recht kein Lehrbuch. Einzelne Bereiche oder Themenfelder, die deutlich machen, was feministische Geographie ist oder sein könnte, werden nur durch die vorgestellten Qualifikationsarbeiten eingeführt. Dies ist zwar hilfreich, für eine Einführung aber nicht ausreichend. So hinterlässt das Werk insgesamt einen zwiespältigen Eindruck: Es ist hilfreich und angesichts der schwachen Position feministischer Geographie im akademischen Feld auch nützlich – andererseits kann eine 1995 begonnene und nun aktualisierte und überarbeitete Bestandsaufnahme feministischer Geographie, besser: geographischer Arbeiten eine kohärente theoretische Einführung in die Theorie und Praxis dieser dringend zu fördernden Subdisziplin nicht ersetzen.●

Bernd Hüttner

Katharina Fleischmann/Ulrike Meyer-Hanschen: Stadt Land Gender. Einführung in Feministische Geographien; Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag 2005, 197 Seiten, 22 EUR

Baumwolle und Blumenkinder

Blueslegende B. B. King wurde achtzig

Auf einer Baumwollplantage am Ufer des Blue Lake im Mississippi-Delta wurde er am 16. September 1925 als Riley B. King geboren, erst später, als DJ einer Radiostation in Memphis erhielt er den Spitznamen *Blues Boy*, verkürzt wurde daraus B. B.

Unterhaltsam, ohne einer starren Chronologie zu folgen, gelegentlich mit eindrucksvollen Details und warmherzigem Humor, stets bemüht, keinen der Beteiligten bloßzustellen, schildert B. B. King – unterstützt vom Musikjournalisten David Ritz – in seiner kürzlich auf deutsch erschienenen Autobiographie Episoden seines erlebnisreichen Lebens. Neben seiner Besessenheit, sich auf seine musikalische Entwicklung zu konzentrieren, beschreibt er vor allem seine Beziehungen zu Frauen (»Ohne Frauen bin ich einsam und unglücklich und komme einfach nicht zurecht.«) und das Leiden unter dem lange Zeit offenen Rassismus in den USA.

In selbstbestimmter Offenheit, nicht ohne eine gewisse Koketterie, spricht King über sein Stottern, seine Schüchternheit, seine vernachlässigte Bildung, seine bisweilen unkontrollierte Glückspielleidenschaft, seine Fahrlässigkeit in finanziellen Angelegenheiten und seine gesundheitlichen Bemühungen beim Abnehmen. Auch vermeintlich schlüpfrige Einzelheiten, wie die eigene Beschneidung, sein spätes Erlebnis, eine Frau mit oralem Sex glücklich zu machen und die Nutzung von Pornographie zur Stimulans im Alter – deren Thematisierung man nicht erwartet hätte – werden, vermutlich auf Drängen seines Verlegers – *sex sells* – in leicht exhibitionistischer, aber gleichzeitig aufrechter Freimütigkeit behandelt.

Als sich Ende der 50er Jahre der Rock 'n' Roll explosionsartig aus dem Rhythm & Blues herauskatapultierte, musste sich King eingestehen, diesen musikalischen Zug verpasst zu haben. Erst Ende der 60er-, Anfang der 70er Jahre gelang King – dank seines geschäftstüchtigen Managers und Freundes Sidney Seidenberg – der musikalische Durchbruch, und fast weitere zwanzig Jahre später, mit 63 Jahren, erklomm er seinen musikalischen Gipfel. Während des *Summer of Love* gab King ein Konzert in San Francisco und erlebte erstmals stehende Ovationen vor den langhaarigen, Perlenketten tragenden Kids in gebatikten Klamotten. Er schätzte die Blumenkinder: »Je mehr ich mit den Hippies auf den Rockfestivals zu tun hatte, um so mehr mochte ich sie. Es waren Leute ohne Vorurteile.«

Bei der Fülle an Personen, die B.B. King begegnet sind – von Bill Clinton und Queen Elizabeth bis Charlie Parker, Django Reinhardt, Frank Sinatra, Jimi Hendrix, Jefferson Airplane, Grateful Dead, John Mayall, Eric Clapton, Bono und vielen weiteren – wäre es wünschenswert, wenn der Verlag den Band bei einer Neuauflage um ein hier vermisstes Namensregister erweitern würde.

B. B. King hielt seine Musik ständig offen für aktuelle Einflüsse und konnte so mehrfach neue Generationen junger Hörer gewinnen. Dies hatte allerdings zur Folge, dass sich sein Publikum änderte: waren es ursprünglich Schwarze, die seine Konzerte besuchten, so sind es heute überwiegend Weiße, die seine Musik hören.●

Kai Böhne

B. B. King mit David Ritz: Ein Leben mit dem Blues. Autobiographie, 370 Seiten, 17,90 EUR, Palmyra Verlag,

PROJEKTE

kleines wohnprojekt in der voreifel sucht 1, 2 oder 3 neue leute, die mitwohnen und -leben wollen. wir sind z.zt. 2 erw. + 2 kinder + suchen leute, die wirkliche lust auf wgleben haben.
oberelvennec@aol.com oder
☎(0 22 52) 8 14 29

Politische Kommune 30km von Flensburg sucht neue Leute. Nix eso, nix hippie. Info unter www.vielmeer-ev.de. Auch als WG-Zimmer möglich.
☎(0 46 37) 96 37 34

Nachhaltigkeits-Wandkalender 2006. Infos über die Kommune Niederkaufungen unter dem Nachhaltigkeitsaspekt, 7 EUR, Bestellung: 05605-80070; info@kommune-niederkaufungen.de www.kommune-niederkaufungen.de

Gemeinsam statt einsam »Integrativ Wohnen« bietet Wohnmöglichkeit
Reizvolle Wohnung unter dem Dach wird frei für 1-2 Personen. Wir sind eine soz. Haus- und Wohngemeinschaft mit ökol. u. spirituellen Anliegen. Walkersbrunn ist ein Dorf, 300 E., in d. Fränk. Schweiz, 25 km östlich von Nürnberg. Wer passt zu uns? Wem passen wir?
☎/Fax (0 91 92) 99 47 66 od. iwoev@gmx.de od. www.iwoev.de

JOBS

FahrradmonteurIn nach Konstanz am Bodensee gesucht. Werkstatt Stahlross, Brauneggerstr. 60, D-78462 Konstanz
☎(0 75 31) 36 84 77
E-Mail: knut.christel@gmx.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail**: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail**: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail**: post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail**: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet**: www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail**: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail**: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail**: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail**: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail**: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail**: arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail**: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail**: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal**: Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail**: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail**: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail**: leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail**: joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail**: the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail**: piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann**, ☎(0711) 560294, **E-Mail**: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 16.-18.12.2005

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen? Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 25.-27.11.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

KONGRESS

Integration statt Ausgrenzung
– Gerechtigkeit statt Almosen
Herausforderung für eine bürger- und gemeindenahe Wohnungshilfe
Jedem seine Chance. Leistungsgerechtigkeit durch Deregulierung, Wettbewerb und Eigenverantwortung – das scheint die neue Vorstellung von Gerechtigkeit zu sein. Gerecht ist es dann auch schon, wenn alle mitmachen können. Nur – dabei sein ist eben nicht alles! Wie bei jedem Wettlauf, gibt es auch bei diesem Verlierer, denen der Makel anhaftet, ihre Misere selbst verschuldet zu haben. Das ist die ideologische Begleitmusik für die schlichte Tatsache, dass der vertraute Sozialstaat auf ein weltmarktkompatibles Maß zurück geschnitten wird.
Wenn Gerechtigkeit mehr bleiben soll als die Chance, am Wettbewerb teilzunehmen, muss der Maxime des Wettbewerbs und der Käuflichkeit eine Ethik der Solidarität entgegengesetzt werden.
Wo wie, und mit wem zusammen das geschehen kann, soll auf dieser Bundestagung erarbeitet werden.
Termin: 21.-23.11.2005, Göttingen
Information & Anmeldung:
BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, D-33544 Bielefeld
☎(05 21) 1 43 96-0, Fax 1 43 96 19
E-Mail: info@bagw.de
Web: www.bagw.de

JUNGE LINKE

Aufstand der Zeichen?
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 2.-4.12.2005, Berlin

Warum bleiben die Anderen immer anders?
Dass die Menschheit angeblich in Schwarze, Weiße, Rote und Gelbe zerfällt: Davon ist ein Großteil der Bewohner dieses Planeten felsenfest überzeugt. Fängt da schon der Rassismus an – oder erst, wenn mit der angeblichen Hautfarbe bestimmte angebliche und unveränderliche Eigenschaften verbunden werden? Oder erst da, wo es abwertend und unfreundlich wird? Wie entstehen Feindbilder eigentlich? Aus Mangel an Erfahrung, aus Denkfaulheit, aus Ängsten und Nöten – oder aus Nationalismus?
Gegen Rassismus sind fast alle; darum sagt man heute auch nicht mehr »Rasse«, sondern »Kultur« und »Ethnie«. Ist das dann kein Rassismus mehr? Oder »Neo-Rassismus«? Oder alter Wein in alten Schläuchen?
Seit dem 11.9. wird »Multikulti« alle Vierteljahre zu Grabe getragen. Ist es schade um diesen alternativen Rassismus, der die »Anderen« als Bereicherung des »Eigenen« zuließ – und woran ist der denn nun »gescheitert«?
Europa gehört die Zukunft, sagt die Politik? Führt das zu neuen Zusammengehörigkeitsgefühlen von Moffen, Bergdeppen, Inselaffen, Frosch- und Spaghettifressern? Oder sind Deutsche, Österreicher, Briten, Franzosen und Italiener genau die gleichen blöden Nationalisten wie vorher?
Termin: 16.-18.12.2005, Hannover

Don't wanna be a european idiot
Noch während des Irak-Krieges konnte man keine Straßenbahn betreten, ohne mindestens ein Gespräch über die »Arroganz« des »Weltpolizisten« mitzuerleben, der doch »nur wegen des Öls« nach Irak marschiere. Die USA als waffenstarrende, vorsintflutliche Macht auszumachen, rockte damals die Massen. Im Innern herrsche dort die soziale Kälte einer Hire- und Fire-Kultur, die durch die Wall Street und die multinationalen Konzerne auf die ganze Welt ausstrahlte. Nicht wenige wussten: Hollywood-Filme verseuchen die Köpfe, McDonalds und Co. die Mägen und amerikanischer Shareholder Value- und Krämergeist essen ehrliche Seele auf. Amerika, oftmals personalisiert in Bush/Ölmagnaten/John Wayne, war somit negative Projektionsfläche für eine Menge verschiedener politischer »Kritik«.
Doch was ist 3 Jahre danach mit dieser Kritik geschehen? Verschwunden scheint sie nicht recht zu sein, allenfalls ruhiger ist sie geworden und hat einen Teil ihres Welterklärungsanspruches aufgegeben. Doch man muss nur wahllos jemanden auf Bush oder die USA ansprechen und es wird wie ein Wasserfall aus ihm herauskommen. Nur an militärischen Lösungen sei Bush interessiert, wohl auch wegen der starken Waffenlobby in den USA, Diplomatie ersetze er durch die Macht des Stärkeren. Die EU sei hingegen eher eine Friedensmacht, die sich für die Armen in der Welt, für die, die keine Stimme haben, einsetzt. Unsozial gehe es in den USA zu, eine soziale Abfederung, wie man sie in Europa kenne, sei dort nicht vorhanden. Viele, nicht nur Linke, nennen das dann Neoliberalismus und sehen die EU als Gegenpol, quasi als soziales Gewissen der Welt.
Und als Retterin der anständigen Esskultur, des hochwertigen Filmes, ja generell als Hort der Kultur wird Europa dann auch noch gegen die oberflächliche, kommerzialisierte Plastikwelt in Anschlag gebracht. Was ist von diesen Aussagen zu halten? Warum werden sie nicht mehr so hitzig vorgebracht? Warum treffen sich Rechte und Linke so oft in der Kritik an den USA, und worin unterscheidet sich ihre Kritik? Ist Schröder der Friedenskanzler und hängt Merkel am Rockzipfel von Bush? Wie kommt das gute Urteil über die EU zu Stande und wie hängt dieses mit dem Grund, warum es die EU gibt, zusammen? Und was ist eigentlich Anti-Amerikanismus? Das alles und noch viel mehr wollen wir auf dem Seminar diskutieren.
Termin: 14.-15.1.2006, Augsburg

Ohgottogott!
Seminar zu Religion und Religionskritik
Glauben ist schwer angesagt. Kaum hat der alte Bischof von Rom das Zeitliche gesegnet, entdeckte die Öffentlichkeit mal wieder den Wert der Religion. Und stößt damit nicht nur bei denen, die seit dem 11.September wissen, was der Moslem an sich für einer ist, auf Zustimmung. Wie kommen die Leute darauf, nach 200 Jahren Aufklärung an eine höhere Macht zu glauben? Welche Bedürfnisse befriedigt Religion? Ist die (post)moderne Religion von lauter naturwissenschaftlich gebildeten und psychologisch versierten Leuten die gleiche Sache, wie der verzweifelte Versuch, unverstandene Naturzusammenhänge zu beeinflussen, in dem man höheren Mächten Opfer bringt? Was hat Religion eigentlich mit Kapitalismus zu tun? Und wie wichtig sind die Unterschiede zwischen den Religionen? Kann man aus Bibel, Talmud, Koran, Veda und Buddhas Reden und Predigten die Praxis der jeweiligen Religion ableiten? Und sind New Age und der ganze Eso-Zauber die zeitgemäße Form der Religion? Pendeln wir es aus!
Termin: 27.-29.1.2006, Göttingen

Gründe der Herrschaft
Seminar zur Philosophie des Rechts (II)
Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es in der Philosophie die Tendenz, dass einstige Herrschaftskritiker sich anders besinnen. Heute sind sie der Meinung, dass der Versuch, Herrschaft abzuschaffen, nur zu noch schlimmerer Herrschaft führen könne. Herrschaftsfreiheit anzustreben, also die Möglichkeit der widerspruchsfreien Vermittlung der Zwecke der Einzelnen durch die Zwecke der Gesellschaft, bedeute notwendig eine Unterdrükkung der besonderen Zwecke der Einzelnen, weil die Widerspruchsfreiheit nur durch Weglassen von Widerstreitendem, durch Nivellierung von oben entstehen könne. Hegel dagegen hat versucht, eine solche Vermittlung ohne Unterdrückung des Besonderen zu denken. Ob und wie weit das funktioniert, bei Hegel und über ihn hinaus, und warum das sinnvoll sein könnte, soll auf dem Seminar behandelt werden.
Bei unserem letzten Seminar zur Rechtsphilosophie ging es um die Begründung des Eigentums und des Rechts bei Hobbes und Locke. In deren Theorie ließ der Mangel an Gütern und die Notwendigkeit der Sicherung des Eigentums den Staat als beste aller Notlösungen erscheinen. Gegen sowohl die frühbürgerliche Theorie als auch die späte des zwanzigsten Jahrhunderts will Hegel von Notlösungen nichts wissen. Für ihn ist der Staat die verwirklichte Vernunft, die vernünftige Organisation von Gesellschaft schlechthin. Wir wollen prüfen, inwieweit der Staat diesem Anspruch gerecht werden kann und einen Ausblick geben, wie man über Hegel hinausgeht, ohne wie heutige Strömungen den Anspruch auf vernünftige Lösungen aufgeben zu müssen.
Textgrundlage werden Passagen aus Hegels »Grundlinien der Philosophie des Rechts« sein, die zum Teil gemeinsam gelesen und zum Teil referiert, in jedem Fall aber gemeinsam diskutiert und auf ihre Konsistenz geprüft werden.
Teilnehmen darf jeder. Der Besuch des letzten Seminars ist keine Voraussetzung.
Termin: 10.-12.2.2006, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎ (05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

Alltäglicher Faschismus?
Von der Mär der anständigen Mitte. Oder: Antifaschismus beginnt vor deiner Haustür!
Im unserem ersten Seminar haben wir uns mit den Strukturen der Neonaziszene beschäftigt. Anknüpfend daran wollen wir uns diesmal die Frage stellen, ob und wie die rechte Ideologie, über die Szene hinaus, bis in unseren Alltag hinein wirkt. Dabei werden wir das Bild vom rechten Rand und neutraler Mitte der Gesellschaft gehörig auf den Kopf stellen – und nach Elementen rechter Denkweise mitten in der Gesellschaft suchen. Konkrete Beispiele sollen das Seminar abrunden, um die Theorien »greifbar« zu machen. Speziell auch die Erfahrungen der Teilnehmer/innen sollen hier ihren Platz finden.
Termin: 06.-8.1.2006, Hagen
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW,
Brückstr. 46, D-44787 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 49, Fax -50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de

BREMEN

Neue Formen der Arbeits- und Lebensorganisation im Gesundheitswesen
Rudolf Schulze, SEARI Bremen, arbeitet zur Zeit als Sozialpädagoge in einem Unternehmen der psychiatrischen Nachsorge. Er wird mit Beispielen aus dem Dienstleistungsbereich des Gesundheitswesens eine Diskussion über Notwendigkeit und Schwierigkeit von neuen Formen der Arbeits- und Lebensorganisation in einem Prozess doppelter Entfremdung einleiten.
Vortrag mit Diskussion
Veranstaltungsreihe »Vom Interesse zum Bedürfnis. Neue Inhalte und Formen sozialer Selbstorganisation«
Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen in Kooperation mit SEARI – Gesellschaft zur Förderung sozialökonomischer Handlungsforschung e.V.
Freitag 18. November 2005, 20 Uhr
Ort: Villa ichon., Goetheplatz 4, 28203 Bremen

Reihe: Kulturcafé »(W)here is Utopia?« – Gesellschaftskritik und alternative Lebensweisen.
Wege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft
Das Kulturcafe »(W)here is utopia?!« bietet Raum für Gesellschaftskritik, Utopien gegen die kapitalistische Realität, alternative Lebensweisen und gelebte Projekte kennen lernen, diskutieren und Kontakte knüpfen, dazu Tee, Kaffee und Kuchen.
Der Autor Darwin Dante wird auf der Grundlage offizieller Statistiken die theoretische Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung auf 5 Stunden pro Woche aufzeigen. Angesichts der technologischen Entwicklung, der Überproduktion und unsinniger Arbeit ist die weitgehende Befreiung von Arbeitszwang für alle eine reale Möglichkeit.
Um 18.30 Uhr beginnt die Lesung mit Otium e.V. zum Thema Muße und Arbeitsmoral. Otium vermittelt, warum Muße allumfassend notwendig ist, um Arbeitszwang, Leistungssucht, Erwerbs- und Handelsmentalität zu entkräften.
Sonntag 27.11., 16 Uhr
Ort: Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstr. 12-19, 28203 Bremen
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V. in Kooperation mit der AG Kulturcafe

MEDIEN

Computerwissen für die politische Arbeit!
Wer heute politisch arbeitet, braucht spezielle Computerkenntnisse. Diese Seminarreihe von September bis November 2005 (an 2 Tagen, jeweils von 10-16 Uhr) zusammen mit der Journalistenakademie, ist speziell für politisch Aktive im Haupt- oder Nebenamt konzipiert. In praktischen Übungen am PC setzen Sie das erworbene Wissen sofort um. Nicht mehr als 12 TeilnehmerInnen; für jede/n TielnehmerIn ein PC! Teilnahmegebühr jeweils 60 Euro.

Und hier die weiteren Termine:

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Texte aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Webseiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 19.-20.11.2005

Umsteigen auf Open Office
Sie kennen Word, Excel, PowerPoint und wollen auf eine preiswerte Alternative umsteigen? Warum die Software eines Monopolisten verwenden, wenn es ein besseres Open-Source-Produkt gibt? Open-Office umfasst inzwischen eine leistungsfähige Textverarbeitung (Writer), eine Tabellenkalkulation (Calc) und ein Präsentationsprogramm. In diesem Seminar erfahren Sie alles, was Sie für den Umstieg brauchen!
Termin: 26.-27.11.2005
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, bsp@baysem.de

SONST NOCH

Interkulturelles Training
Demokratie – Toleranz –Solidarität
Grundausbildung zum/r interkulturellen TrainerIn (mit Zertifikat)
Interkulturelles Verständnis gehört in Zeiten der Globalisierung immer mehr zu den Schlüsselqualifikationen, die junge Menschen in Zukunft brauchen. In einem Wochenend-Workshop lernen wir neue Ansätze der Sozialerziehung kennen.
Die Trainings, die wir gemeinsam durchführen, sind weltweit erprobt; sie gehen aus von der Erkenntnis, dass Vorurteile und Diskriminierung, die erfahren und dann bewusst werden, im Lernprozess zu Toleranz, Solidarität und demokratischem Verhalten führen. Wir machen diese Erfahrungen selber, um sie dann an unsere SchülerInnen (ab ca. 10 Jahre) in Hort, Tagesheim oder Schule weiterzugeben. Dabei wollen wir im interkulturellen Kontext soziales Denken, Fühlen und Handeln stärken.
Termin: 26.-27.11.05

A.R.T.: Anti-Rassismus-Training für Schule und Freizeit
Für engagierte Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9.
Warum A.R.T.? Weil es auch an unseren Schulen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, sogar rechtsextreme Propaganda gibt. Wir bieten die Möglichkeit, in Aktivitäten selber Fremdheitserfahrungen zu machen, Gefühle und Vorstellungen je nach Minderheits- oder Mehrheitsposition zu reflektieren. Gemeinsam wollen wir kreative Ansätze entwickeln, um im täglichen Umgang auch außerhalb des Unterrichts Rassismus abzubauen, Toleranz und Solidarität zu stärken.
Termin: 02.-03.12.05

Die neuen Rattenfänger von rechts – Achtung! Nicht in ihre Falle gehen!
Statt plumper Parolen arbeiten rechtsradikale Gruppen verstärkt mit rationalen Argumenten, beziehen sich auf die gesellschaftliche Situation und die aktuellen Entwicklungen und sind damit nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Sie sprechen Menschen in ihrer Notlage und Unzufriedenheit an und finden damit Interesse.
Wie kann man als Erwachsener dem begegnen? Wie kann man seine Kinder davor schützen und sie dafür sensibilisieren?
Termin: 09.-11.12.05

Konflikte erkennen und lösen
– mit dem Betzavta-Programm
Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben ihre Ursachen zumeist in Vorurteilen und im Misstrauen gegenüber unseren Mitmenschen. Daraus entstehen Konflikte, die wir jedoch häufig nicht als solche erkennen. Mit diesen "verborgenen" Konflikten fällt der Umgang schwer. Im Mittelpunkt des Seminars stehen Übungen aus dem Betzavta-(Miteinander-) Programm des ADAM-Instituts aus Jerusalem. Ziel der Übungen ist es, unbewusste Konflikte offen zu legen, die tiefer liegenden Ursachen zu erkennen und eine Lösung zu erarbeiten.
Dieses Seminar, das für PädagogInnen, für ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen (oder verwandte Berufe) konzipiert ist, kann als Aufbau-Seminar zur IKL-Grundausbildung (26.-27.11.05) genutzt werden.
Termin: 10.-11.12.05
Information & Anmeldung:

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg